

DIE ÖSTERREICHISCHE INFLATION

1918 - 1922

Christian Suppanz

Forschungsbericht/Research Memorandum

No. 111

November 1976

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	S. 1
Kapitel I	
1. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Monarchie ...	S. 5
1.1. Die Produktionsstruktur Österreich-Ungarns.....	S. 8
1.1.1. Industrie.....	S. 8
1.1.2. Landwirtschaft.....	S. 15
1.1.3. Außenhandel.....	S. 17
1.1.4. Banken	S. 20
1.2. Kriegswirtschaft.....	S. 22
1.2.1. Kriegswirtschaftliche Phasen.....	S. 22
1.2.2. Kriegsfinanzen.....	S. 27
1.2.2.1. Kriegskosten	S. 27
1.2.2.2. Deckung der Kriegskosten.....	S. 30
1.2.3. Inflation	S. 36
1.2.3.1. Geldmenge und Preise	S. 42
1.2.3.2. Wechselkurs.....	S. 46
1.2.3.3. Ökonomische Wirkungen des Krieges und der Inflation.....	S. 51
Kapitel II	
2. Die Nachkriegszeit.....	S. 57
2.1. Die innenpolitische Entwicklung.....	S. 60
2.2. Die wirtschaftliche Entwicklung.....	S. 67
2.2.1. Außenhandel.....	S. 72
2.2.2. Der Staatshaushalt.....	S. 82
2.2.3. Das Volkseinkommen.....	S. 91
2.3. Die Zeitreihen	S. 99
2.3.1. Die Geldmenge.....	S. 99
2.3.2. Die Preise	S. 107
2.3.3. Der Wechselkurs	S. 114
2.3.4. Phasen der Geldentwertung.....	S. 118
2.3.4.1. Vom Waffenstillstand bis Mai 1919	S. 118
2.3.4.2. Von Mai 1919 bis Juni 1920.....	S. 120
2.3.4.3. Von Juni 1920 bis Mai 1921.....	S. 121
2.3.4.4. Von Mai 1921 bis Oktober 1922	S. 126

Kapitel III

3. Erklärungen und Effekte der Inflation	S. 131
3.1. Die Diskussion der Inflationsursachen	S. 131
3.1.1. Der monetäre Ansatz	S. 134
3.1.2. Die Zahlungsbilanztheorie	S. 141
3.1.3. Das Kausalitätsproblem	S. 146
3.2. Wirkungen der Inflation	S. 157
3.2.1. Inflation und ökonomische Aktivität	S. 159
3.2.2. Verteilung	S. 165
3.2.2.1. Löhne	S. 165
3.2.2.2. Die Lohnquote	S. 168
3.2.2.3. Gewinne	S. 171

Anhang

Fußnoten zum Vorwort	S. 173
Fußnoten zum Kapitel I	S. 173
Fußnoten zum Kapitel II	S. 179
Fußnoten zum Kapitel III	S. 186
Literaturverzeichnis	S. 191

V O R W O R T

Diese Arbeit behandelt die Jahre 1919 - 1923, einen Zeitabschnitt, der in der europäischen Wirtschaftsgeschichte einen seltenen Fall darstellt. In mehreren Verliererstaaten kam es in den ersten Nachkriegsjahren zu einem sich ständig beschleunigenden inflationären Prozeß, der schließlich in einer Hyperinflation kulminierte. Da in den fünfziger und sechziger Jahren die jährlichen Preissteigerungsraten in den wichtigsten westlichen Industriestaaten nicht annähernd zweistellige Werte erreichten, waren Inflationen, wie sie in Österreich und in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg auftraten, für den Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftstheoretiker von mehr oder weniger "exotischem" Interesse. Nachdem jedoch in den siebziger Jahren die Inflationsraten eine sprunghafte Steigerung erfahren hatten und auch die mittelfristige Perspektive keine Änderung dieser Situation erwarten läßt, könnten Fälle extremer Geldwertinstabilität zunehmend an Relevanz gewinnen.

Daneben rechtfertigen längerfristige Nachwirkungen dieses "most colossal thing of its kind in history"¹ eine nähere Begutachtung. Zu diesen gehört die der öffentlichen Meinung in Österreich und Deutschland zugeschriebene "inflationsempfindlichere" Mentalität, die K. ROTHSCHILD mit den Hyperinflationen in diesen Ländern begründet.² Dieser Wirkung auf die Wirtschaftspraxis steht ein Einfluß auf die Wirtschaftstheorie zur Seite, der von E. STREISSLER hervorgehoben wird: Er führt die in der deutschsprachigen Literatur zuweilen aufgetretene Verabsolutierung des Zieles der Geldwertstabilität auf die "traumatische Erfahrung" der Hyperinflation zurück, die das Geldvermögen des oberen Mittelstandes, i. e. der Rentiers, der gehobenen Beamtenschicht und der freien Berufe zerstörte. Da Wissenschaftler sich gerade aus diesen Schichten rekrutieren, sei für sie "Inflation" jeglicher Art synonym mit der Verarmung ihres Elternhauses und/oder ihrer Verwandten.³

Der fragliche Zeitabschnitt hatte aber sicherlich weitreichende Konsequenzen als die Erzeugung einer sensiblen Einstellung gegenüber steigenden Preisniveaus und der immer wieder hervorgehobenen Zerschlagung der Klasse der Rentiers.⁴ Zu diesen Folgen zählen die - vor allem in der Zwischenkriegszeit wirksamen - "Lehren", die man aus der Hyperinflation zog und die in eine gewaltsame Senkung des wirtschaftlichen Aktivitätsniveaus mündeten. Die Einsichten für die Beurteilung des Richtungszusammenhanges ökonomischer Größen gewann man in den zwanziger Jahren vorwiegend aus der damals dominierenden Quantitätstheorie und deren Derivat, der Theorie der Kaufkraftparitäten. Hatte man diese Erklärungen theoretisch akzeptiert, so waren die nächsten Schritte rigorose Deflationsmaßnahmen, wie sie in der Weltwirtschaftskrise ergriffen wurden. Ausgeglichene Staatshaushalte waren - mit Ausnahme Japans nach 1930 - zum Hauptinstrument geworden, um Defizite in den Zahlungsbilanzen zu beseitigen.

Obwohl dieselben theoretischen Vorstellungen, die sich nach 1918 in ihrer Anwendung als verhängnisvoll erwiesen hatten, nach 1945 erneut als Grundlage für die Währungsreform in zahlreichen Ländern herangezogen wurden, war das Ergebnis, eine gelungene Rekonstruktion der europäischen Wirtschaft und des Welthandels, völlig andersartig. Das dürfte auf die veränderte wirtschaftspolitische Praxis, auf die Liberalisierung des Außenhandels nach 1945 sowie die umfangreichen Maßnahmen des European Recovery Program (Marshall-Plan) zurückzuführen sein. In der Zwischenkriegszeit waren die Vereinigten Staaten erst ab 1936 bereit, die Rolle zu übernehmen, die seit 1913 verwaist war: Bis zu diesem Zeitpunkt war Großbritannien der Garant des Weltwährungssystems gewesen. Das Ende des Ersten Weltkriegs markiert daher auch das Ende des Eurozentrismus - Großbritannien war nicht mehr in der Lage, die alten Funktionen zu übernehmen, die Vereinigten Staaten waren noch nicht dazu bereit.⁵

Ein zusätzlich interessanter Aspekt der ersten Jahre nach 1918 ergibt sich aus der Einschätzung des Inflationszeitraumes und seiner Konsequenzen durch L.ROBBINS. Er macht die fragliche Periode direkt für die wesentlichen politischen und ökonomischen Schwierigkeiten des folgenden Jahrzehnts verantwortlich:

Hitler was a foster child of inflation. The financial convulsions of the Great Depression were, in part at least, the product of distortions of the system of international borrowing and lending to which its ravages had given rise. 6

Neben den erwähnten Aspekten, die auch mehr als fünfzig Jahre später - wenn auch in einem entscheidend geänderten nationalen und internationalen institutionellen Rahmen - ein unmittelbares Interesse für diesen Abschnitt der österreichischen Wirtschaftsgeschichte hervorrufen, scheinen gewisse, immer wieder auftauchende Vorurteile über die Inflation in der Ersten Republik eine Auseinandersetzung zu rechtfertigen. Korrekturbedürftig erscheinen vor allem folgende Aussagen:

- 1) daß die Inflation eine Konsequenz verantwortungsloser Geld- und Fiskalpolitik war,
- 2) daß die Inflation die brutalste und unsozialste Art war, das Volkseinkommen zu verteilen,
- 3) daß die Ursache für die einschneidenden Einkommens- und Vermögensverluste eines Teiles der gehobenen Mittelschicht unmittelbar in der inflationären Entwicklung zu suchen ist,
- 4) daß der Anstieg der Lohnquote nach 1918 eine Folge der Verarmung eben dieser Gruppen war.

Die Hauptthese dieser Arbeit besteht darin, daß der Handlungsspielraum für die österreichische Wirtschaftspolitik zu gering war, um ein Umschlagen des sich ständig beschleuni-

genden Preisanstieges in eine Hyperinflation zu verhindern. Die einzig mögliche Alternative wäre in einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik gelegen. Hätte man diesen Weg schon vor 1922 beschritten, so wäre die allgemeine soziale und ökonomische Situation schlechter gewesen als im Falle der - sicherlich alles andere als wünschenswerten - großen Inflation.

Die Arbeit ist in drei Abschnitte gegliedert. Der erste behandelt die wirtschaftliche Entwicklung in der Monarchie und die Kriegswirtschaft. Im zweiten Abschnitt wird die innenpolitische und wirtschaftliche Situation zwischen 1918 und 1923 beschrieben. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Größen Preisniveau, Geldmenge und Wechselkurs gelegt. Im ersten Teil des dritten Abschnittes wird versucht, in einem Überblick über die Diskussion der Inflationsursachen in den zwanziger Jahren und eine Behandlung des Kausalitätsproblems etwas Klarheit in den Ereignisablauf zu bringen. Im zweiten Teil werden schließlich die Auswirkungen der Inflation auf die ökonomische Aktivität und die Verteilung des Volkseinkommens besprochen.

Diese Arbeit entstand 1975/76 am Institut für Höhere Studien. H. Suppanz gab mir den Anstoß, die Inflation in den zwanziger Jahren näher zu untersuchen und war ebenso wie E. Weissel durch kritische Bemerkungen eine wesentliche Hilfe. M. Wagner betreute die Studie von Anfang an und war durch seine ständige Gesprächsbereitschaft unentbehrlich. G. Raunicher unterstützte mich bei der Ausarbeitung der verwendeten Statistiken. Ihnen allen möchte ich herzlich danken.

KAPITEL I

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN DER MONARCHIE



KAPITEL I: DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN DER MONARCHIE

Das industrielle Zeitalter begann in Österreich verspätet. Eine kapitalistische Entwicklungsphase altliberaler Prägung hat es mit Ausnahme einer kurzen Periode in den 60er und 70er Jahren des 19. Jhdts. nie gegeben. Der Vorsprung der westlichen Industriestaaten konnte nach der Jahrhundertwende teilweise aufgeholt werden, das wirtschaftliche Gewicht der Monarchie blieb international aber weiterhin gering: Während 1913 der Beschäftigungsanteil in der Landwirtschaft in der Schweiz und in den U.S.A. nur noch knapp 30% überschritt, betrug er in der österreichischen Reichshälfte 53% und in Ungarn 69%.¹ Der Entwicklungsrückstand Österreich-Ungarns zeigt sich auch bei einem Landesvergleich der Einkommen. Das reale Volkseinkommen pro Kopf erreichte um die Jahrhundertwende knapp ein Drittel des Einkommens in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien und weniger als 50% der Vergleichsgröße in Frankreich und in Deutschland. Dabei ist aber zu beachten, daß es innerhalb Österreich-Ungarns starke regionale Disparitäten gab. In den Gebieten der späteren Republik lag das Einkommensniveau um 50% über dem Durchschnitt der österreichischen Reichshälfte und um 70% über dem beider Reichshälften.

Der Rückstand der deutschösterreichischen Gebiete war dadurch um 1900 wesentlich geringer: "Im Vergleich zum alpenländi-

schen Österreich war das Einkommensniveau in den U.S.A. und in England "nur" um etwa 80% höher, in der Schweiz und in Belgien um rund 50%, in den Niederlanden und in Deutschland um knapp 40%, sowie in Frankreich und Schweden um 20 - 25% höher."² Hinter Österreich rangierten von den in Tabelle 1 angeführten Ländern um 1900 nur Italien, Rußland und Japan.

Tabelle 1 Absoluter Niveauvergleich 1900-1913
(Reales Bruttonationalprodukt pro Kopf. Österreich = 100)

	1900	1913
U.S.A.	184	162
Schweiz	154	114
Schweden	119	106
Deutschland ⁺	137	109
Frankreich	126	113
Dänemark	133	117
Belgien	149	125
Norwegen	102	81
Österreich ⁺⁺	100	100
Niederlande	139	104
Großbritannien	178	132
Japan	34	29
Italien	75	63
Rußland	41	30

⁺Gebiet der Bundesrepublik

⁺⁺Heutiges Gebiet

Quelle: A. Kausel, Österreichs großer Sprung nach vorn, in: Europäische Rundschau, 1973/1, S. 74.

Bis 1913 konnte Österreich seine absolute und realtive Position stark verbessern: Die Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft erreichte im Zeitraum von 1901 bis 1913 im Durchschnitt 3,1 %, in Deutsch-Österreich war das Volkseinkommen im letzten Friedensjahr bereits annähernd so hoch wie in Deutschland.³

Diese Vorzugsstellung des alpenländischen Gebietes wird durch seine Position innerhalb der Monarchie erklärt: Der "Bourgeois" Deutsch-Österreich hatte dem 53 Millionenreich der Monarchie die bürgerlichen Dienste zur Verfügung gestellt und wurde dafür im industriellen und agrarischen Bereich alimentiert.⁴ Wien war das Zentrum. Neben der staatlichen Verwaltung hatten alle Großbanken und die wichtigsten Industrieunternehmen ihren Hauptsitz in Wien. Während in den übrigen Gebieten der Monarchie etwa 20 % der Beschäftigten im tertiären Sektor arbeiteten, betrug der Prozentsatz in Wien und Niederösterreich 42 %.

1.1. DIE PRODUKTIONSSTRUKTUR ÖSTERREICH-UNGARNS

=====

1.1.1. Industrie

Die Doppelmonarchie war mit einem Gebiet von mehr als 676.000 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von knapp 53 Millionen Einwohnern der drittgrößte Staat in Europa. Der verspätete Beginn der industriellen Produktionsweise war teilweise durch die natürlichen Voraussetzungen bedingt.

Die Verkehrsverbindungen waren aufgrund der ungünstigen Topographie weiter Teile der Monarchie, durch die Binnenlage des Landes, durch das Fehlen von günstigen Wasserwegen und wegen der geringen Bevölkerungsdichte unterentwickelt. Noch 1913 machte die urbane Bevölkerung weniger als ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus.⁶

Eine wesentliche Vorbedingung für die Industrialisierung war die Integration des Binnenmarktes. Erst nachdem im Jahre 1851 die Zollgrenzen zwischen Österreich und Ungarn beseitigt und damit ein reibungsloser Warenverkehr zwischen den Reichsteilen ermöglicht worden war, konnten die ungarischen Gebiete kostengünstig mit Industrieprodukten beliefert werden. Gleichzeitig übte der Bezug von billigen Agrarprodukten eine lohnstabilisierende Wirkung aus und legte den Grundstein für eine Beschleunigung des Akkumulationsprozesses im Zeitraum nach 1865.

N. Gross präsentierte folgende Schätzungen für die durchschnittlichen Wachstumsraten der Industrie der österreichischen Reichshälfte für den Zeitraum von 1841 bis 1911:

Tabelle 2 Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der

 österreichischen Industrie pro Einwohner

1841 - 1865: 2,3 %	1841 - 1885: 3,1 %
1865 - 1885: 4,1 %	1865 - 1911: 3,5 %
1880 - 1911: 3,4 %	1841 - 1911: 3,0 %

Quelle: N. Gross, *Industrialization in Austria in the Nineteenth Century*, Berkeley 1966.

RUDOLPH kommt nach seinen Schätzungen wie GROSS zu dem Schluß, daß sich der österreichische Industrialisierungsprozeß als ein langsames, ziemlich gleichmäßig verlaufendes Phänomen darstellt:

Tabelle 3 Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der

 Industrie

1880 - 1913: 3,6 %
1880 - 1890: 4,9 %
1890 - 1900: 3,4 %
1900 - 1913: 2,8 %
1895 - 1912: 3,2 %
1902 - 1912: 3,6 %
1903 - 1907: 6,3 %

Quelle: R. Rudolph, *Quantitative Aspekte der Industrialisierung in Cisleithanien 1848 - 1968*, Wien 1973, S. 243. (siehe Fußnote 3).

In Österreich war die Schwerindustrie auf die Gebiete Nordböhmens, Mährens und Schlesiens konzentriert. Ausläufer er-

streckten sich bis nach Wien. Diese Gebiete hatten sich durch ergiebige Kohlenvorkommen und die in der Nähe befindlichen Wasserwege Elbe, Oder und Donau als günstige Standorte angeboten. Außer Kohle verfügte Cisleithanien nur noch über die Rohstoffe Holz und Petroleum in einem bedeutenden Ausmaß. Die relative Rohstoffarmut wird durch die Einfuhr des Jahres 1913 deutlich. In diesem Jahr entfielen beinahe zwei Drittel der Importe der Monarchie auf Rohstoffe und Halbfertigwaren für die Industrie. Zwei Jahre vorher betrug der Wert der Bergwerksprodukte 22 % der deutschen Erzeugung.⁷

Das zweite - kleinere - Industriezentrum Österreichs lag in der Steiermark. Kohle, Erze und Holze bildeten in dieser Region die Basis der Produktion. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte sich die Eisen- und Textilindustrie aus den Gebieten Deutsch-Österreichs nach den Sudetenländern verlagert, während die im Norden alteingesessene Papierindustrie ihre Standorte in den Süden verschob. In der Eisenindustrie wurde diese Umschichtung durch die zunehmende Bedeutung von Kohle und Koks anstelle von Holz und die Anwendung neuer Technologien im Hüttenwesen, die eine Verarbeitung des weniger gehaltvollen böhmischen Erzes ermöglichte, verursacht. 1880 erzeugten die Sudetenländer 36,8 % des Roheisens der österreichischen Reichshälfte, während auf die Alpenländer 61,8 % entfielen. 1913 hatte sich das Verhältnis umgekehrt: die Alpenländer produzierten 34,5 %, die Sudetenländer 59,2 %.⁸

Diese Standortveränderungen führten zwischen 1890 und 1906 zu einer Stagnation der industriellen Entwicklung Deutsch-Österreichs. In den letzten Friedensjahren kehrte sich dieser Trend jedoch um und die vorher konstant gebliebene Zahl der Industriearbeiter erhöhte sich in den Alpenländern und in Niederösterreich um 50 %.

Tabelle 4 Zahl der Fabriken und Arbeiter in den Alpen-
ländern und in Niederösterreich

	Zahl der Fabriken		Zahl der Arbeiter	
	1903	1913	1903	1913
Niederösterreich	2.249	3.495	329.504	525.780
Alpenländer (OO, Sb, Tirol, Vorarlb, Stmk, Kärnten)	1.694	2.668	194.423	297.934

Quelle: F. Hertz, Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Kriege, Wien (o.J.), S. 36.

Die in den 90er Jahren feststellbare Stagnation der Entwicklung in den Regionen Deutschösterreichs war neben der eher industriefeindlichen Politik Cisleithaniens auch durch eine in den 80er Jahren einsetzende massive Industrieförderung in Ungarn bedingt. Die Förderung sollte die fehlenden Zwischenzolllinien kompensieren und bestand in der kostenlosen Beistellung von Industriegründen, in der Übernahme von Aufschließungskosten durch den Staat, in steuerlichen Begünstigungen und in der Stützung der Tarife für Transporte. Diesen Maßnahmen wurde auf österreichischer Seite nichts Gleich-

wertiges entgegengesetzt. In den 80er und 90er Jahren dominierten die kleingewerblich agrarischen Einflußgruppen die Wirtschaftspolitik.⁹ Es erfolgte eine zunehmende Abwanderung österreichischer Unternehmen und österreichischen Kapitals. Niedrigere Lohnkosten und eine fehlende Sozialgesetzgebung ermöglichten einen starken Anstieg des Industrieanteils in Transleithanien, während in der - allerdings weit entwickelteren - österreichischen Reichshälfte die Zuwachsraten nach 1880 im sekundären Sektor geringer waren.

Die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, Koalitionen zu bilden, resultierte in einem starken Machtzuwachs der Bürokratie, die zunehmend die Wirtschaftspolitik gestaltete.¹⁰ Die wachsende staatliche Einflußnahme auf wirtschaftliche Belange wird auch durch die Entwicklung des Staatshaushaltes reflektiert. Von 1868 bis 1914 stiegen die Staatsausgaben auf das Fünffache. Im selben Zeitraum verdreifachte sich die industriell gewerbliche Produktion in Deutschland. Das gleichzeitige geringere Wachstum Österreichs läßt den Schluß zu, daß Österreich das einzige Land ist, für das das Wagnersche Gesetz der relativ steigenden Staatsausgaben für die Zeit vor dem 1. Weltkrieg zutrifft.¹¹

Die relative Rückständigkeit des wirtschaftlichen Reifegrades der Monarchie war durch die bereits erwähnten natürlichen Gegebenheiten wie Binnenlage, ein geringes Bevölkerungswachstum, das Fehlen von kaufkräftigen, städtischen

Ansiedlungen und schlechte Verkehrsbedingungen bedingt. Letzteres zeigte sich beispielsweise in der hohen Belastung der Roheisenerzeugung mit Transportkosten. Die steirischen Unternehmen mußten Kohle und Koks aus den Revieren in Ostrau beziehen; die böhmische Roheisenproduktion erhielt diese Rohstoffe aus Niederschlesien. Um mit der internationalen Konkurrenz mithalten zu können, gingen die großen Eisenwerke in den letzten Jahren der Monarchie dazu über, Roheisen zu importieren.

Die Ursache dieser Entwicklung lag an der geringen regionalen Anpassungsfähigkeit der Unternehmen. Die Standorte wurden in den traditionellen Produktionszonen beibehalten und auch noch weiter ausgebaut, obwohl die technologischen Veränderungen die Standortvoraussetzungen drastisch verändert hatten.¹²

Die geringe Flexibilität und die aus dem Fehlen kaufkräftiger urbaner Zentren resultierende Beschränktheit des Binnenmarktes war mit einer ungünstigen Stellung am Weltmarkt verbunden. Dementsprechend erreichte die österreichische Industrie bei weitem nicht die Betriebsgrößen Deutschlands oder gar der Vereinigten Staaten. Ein Großteil der Betriebe und Arbeiter entfiel auf kleine Fabriken und Unternehmen, die sich von den im Gewerbe üblichen Ausmaßen kaum unterschieden.

Als weitere Erschwernis für Produktion und Absatz erwiesen sich die nationalen Verschiedenheiten. Die Produzenten standen nicht - wie es um die Jahrhundertwende in den U.S.A. bereits der Fall war - relativ uniformen Bedürfnissen der Konsumenten gegenüber, sondern mußten beispielsweise in der Bekleidungsindustrie wesentlich auf nationale Eigenheiten Rücksicht nehmen. Hertz verweist in diesem Zusammenhang auf eine große Firma, deren Produktionskosten bei annähernd gleichen Arbeits- und Rohstoffkosten in Österreich um 22 % höher lagen als in ihren deutschen Fabriken. Der Grund für die Kostendifferenz waren die hohen Geschäftsspesen. Mit den Kunden mußte in zehn Sprachen korrespondiert werden, Inserate erschienen in allen nationalen Zeitungen, und die Vielsprachigkeit erforderte einen großen Stab an Reisenden.¹³

Diesen die industrielle Dynamik der Monarchie hemmenden Faktoren stand andererseits eine - wie bereits gesagt - kontinuierliche Aufwärtsentwicklung gegenüber. So waren die konjunkturellen Schwankungen in Deutschland immer ausgeprägter als in Österreich-Ungarn.¹⁴ Die österreichische Industrie bot schlechtere Gewinnaussichten als die deutsche, andererseits war das Risiko einer Kapitalanlage in der Habsburgermonarchie beschränkter. Die höheren Produktionskosten wurden durch eine entschärfte Konkurrenzsituation zumindest teilweise kompensiert.¹⁵

1.1.2. Landwirtschaft^{16a}

Die Industrialisierung beschränkte sich, wie erwähnt, hauptsächlich auf Böhmen und Gebiete der Steiermark. In dem daneben sehr ausgeprägten ländlichen Raum herrschten weiterhin naturalwirtschaftliche Gewohnheiten vor, die mit einer geringen Arbeitsteilung verbunden waren. Die Landwirtschaft Österreich-Ungarns war ebenfalls im internationalen Vergleich rückständig. Neben den natürlichen Bedingungen, wie der Fruchtbarkeit des Bodens und der klimatischen Situation, spielten auch historisch-soziale Gegebenheiten eine wichtige Rolle. Dies führte beispielsweise dazu, daß in den letzten Jahren vor dem 1. Weltkrieg Kunstdünger und Kraftfuttermittel in einem beträchtlichen Ausmaß exportiert wurden, da die "Landbevölkerung vielfach noch nicht genügend Verständnis oder Kapital für (einen) intensiven Betrieb"^{16b} hatte.

Dennoch reichte die landwirtschaftliche Produktion in Jahren durchschnittlicher Ernte, um dem Bedarf beider Reichshälften gerecht zu werden. Der Schwerpunkt der Agrarerzeugung lag in Ungarn, dessen Getreideernte den Eigenbedarf weit überstieg. Die Überschüsse wurden beinahe zur Gänze in die österreichische Reichshälfte exportiert, die mit einem Bevölkerungsanteil von 60 % nur 40 % des notwendigen Getreides produzierte.¹⁷

In der Viehwirtschaft war die regionale Arbeitsteilung weniger ausgeprägt. Aber auch in diesem Bereich war der Beitrag Ungarns relativ zum Bevölkerungsanteil größer. Das Gebiet der späteren Republik war als Agrarproduzent für die Monarchie als Ganzes quantitativ eher bedeutungslos. In den Alpenländern dominierte - aus Gründen der Topographie - die Viehwirtschaft. Der Beitrag der Landwirtschaft zum Volkseinkommen machte in Deutschösterreich nur 11 % aus.¹⁸ Dieser Prozentsatz war geringer als 1958, als er 12 % betrug. Qualitativ erreichte der Ackerbau auch in den Alpenländern den Standard der übrigen Landesteile der Monarchie.

1.1.3. Außenhandel

Wesentlich für das Verständnis der Nachkriegsentwicklung ist die geringe Außenhandelsverflechtung Österreich-Ungarns, der andererseits eine komplexe wirtschaftliche Interpendenz innerhalb des Reichsgebietes gegenüberstand. Die losen Verbindungen zum Ausland werden aus der Außenhandelsquote pro Einwohner ersichtlich, die in der Schweiz sechsmal und im besser vergleichbaren Deutschland dreimal so hoch war. Nur Rußland hatte eine niedrigere Außenhandelsquote.¹⁹ Österreich-Ungarn exportierte 1913 pro Kopf Güter im Wert von 55 Kronen. Der Export der österreichischen Reichshälfte lag mit 87 Kronen deutlich höher als in Ungarn. Inklusive der Ausfuhr nach Ungarn betrug die Kopfquote 138 Kronen.²⁰

Tabelle 5 Anteile europäischer Länder am österr. Export 1913
----- (Prozent, Österreich ohne Ungarn) -----

Deutschland	38 %
England inkl. Kolonien	14 %
Italien	7 %
Schweiz	6 %
Türkei	5 %
Rumänien	4 %
Serbien	2 %
Bulgarien	1 %
Griechenland	1 %
Rußland	4 %
Frankreich	3 %

Quelle: F. Hertz, Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Kriege, Wien (o.J.), S. 88.

Die wichtigsten Absatzmärkte waren Deutschland und Großbritannien, welches mehr österreichische Güter importierte als alle Balkanländer. Den größten Marktanteil hatte Cisleithanien aber in der Schweiz, die pro Kopf der Bevölkerung Güter im Werte von 43 Kronen bezog, gefolgt von Rumänien mit 18 und Deutschland mit 17 Kronen pro Einwohner. Die ausgeprägte Arbeitsteilung innerhalb der Monarchie wird aus der entsprechenden Statistik für Ungarn deutlich, die 67 Kronen pro Kopf ausmachte.²¹

Tabelle 6 Exportanteil einiger österreichischer Branchen 1913
-----(Österreich ohne Ungarn)-----

Vorarlberger Stickerei	85 %
Möbel	75 %
Sensenindustrie	66 %
Porzellan	40 %
Leinenspinnerei und Weberei	30 - 40 %
Glasindustrie	30 %
Papier	25 %

Quelle: F. Hertz, Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Kriege, Wien (o.J.), S. 105.

Die größte Exportintensität wiesen Spezialindustrien und die Modeartikelerzeugung, wie die Handschuh-, Leder- und Stickereiproduktion, auf. Der große Anteil von Luxusgütern an der Ausfuhr der Monarchie führte trotz der geringen inter-

nationalen Verflechtung zu einer starken Abhängigkeit der österreichischen Industrie von der Weltkonjunktur.

Die Exportunternehmungen bedeuteten in allen beteiligten Ländern eine wichtige Reserve für den Kriegsfall. Sie waren eine wesentliche Voraussetzung für eine relativ reibungslose Umstellung auf die Kriegsproduktion. In dieser Hinsicht waren Österreich und Rußland am wenigsten weit entwickelt. Dieser Umstand erwies sich schließlich neben dem Rohstoffmangel und der im Vergleich zu Deutschland schlechten Organisation der Kriegswirtschaft als kriegsentscheidend.

1.1.4. Banken²²

Die wesentlichen Charakteristika der Banken in der Monarchie waren die dominierende Rolle Wiens, der starke Einfluß des Auslandskapitals und die enge Verflechtung zwischen Banken und Industrie.

Die Wiener Banken beherrschten ab 1860 - die Gründungen erfolgten in dem Dezennium von 1855 bis 1865 - durch ein großes Netz von Filialen und Exposituren das Finanzleben der Doppelmonarchie. Die Banken in Prag und in Budapest waren nur von zweitrangiger Bedeutung. "Jede einigermaßen bedeutende Operation, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Länder diene, ob es sich nun um eine Emission, um die Bildung eines Syndikates, um die Placierung einer Anleihe oder bloß um einen größeren Industriekredit handelte, wurde von den Wiener Banken übernommen, geleitet und zum großen Teil auch durchgeführt."^{22a} Daneben liefen alle Auslandsverbindungen über die großen Wiener Banken. Der dritte und vielleicht wesentlichste Faktor neben der Lenkung des österreichischen Kapitalflusses innerhalb der Monarchie und im Osten und Südosten Europas war die Seniorpartnerschaft der Banken gegenüber der Industrie, die sich bis in die Gründungsphase vor 1870 zurückverfolgen läßt.

Die enge Verbindung von Industrie und Banken läßt sich auch

in anderen Ländern nachweisen, wie z. B. in Deutschland; sie war aber nirgends so eng wie in Österreich-Ungarn. Mit der Ausnahme einiger größerer Unternehmen war der Großteil der Industrie von der Finanzkraft der Banken abhängig und teilweise sogar völlig dominiert. Anders als in Deutschland gab es in der Monarchie keinen Markt für Industrieobligationen.²³ Bedingt war diese Entwicklung durch die geringe private Kapitalsbildung und eine Gesetzgebung, die Emissionen von Industrieobligationen verhinderte.

1.2. KRIEGSWIRTSCHAFT

1.2.1. Kriegswirtschaftliche Phasen

Der Erste Weltkrieg unterschied sich durch den bedingungslosen Einsatz der Industrie wesentlich von allen vorhergegangenen Kriegen. Es war der erste Krieg der Maschinen. In der Doppelmonarchie gelang die Umstellung auf die Kriegsproduktion nur schleppend und unvollständig. In dem Ausmaß, in dem sie gelang, war sie, besonders für das Gebiet der späteren Republik, mehr belastend als förderlich. So wurde, strategisch und auch politisch motiviert, ein großer Teil der Munitionsindustrie im Wiener Becken angesiedelt. Das dadurch geschaffene Strukturproblem konnte bis zum Ende der Ersten Republik nicht gelöst werden. Von den Arbeitssuchenden des Wiener Beckens im Jahre 1934 waren 60 % in der Eisen-, Stahl- und Metallwarenerzeugung zu verzeichnen.²⁴

Man kann die wirtschaftliche Entwicklung während des Krieges grob in vier Zeiträume einteilen.²⁵ Die erste Phase der Umstellungsschwierigkeiten war im Frühjahr des Jahres 1915 abgeschlossen und wurde von einer Periode der Vollauslastung aller Kapazitäten abgelöst. Die dritte Phase beginnt im zweiten Halbjahr 1916 und ist durch zunehmende Engpässe ge-

kennzeichnet. Ende 1917 ging diese Mangelsituation in allgemeinen Notstand über, der sich bis zum Kriegsende noch verschärfte.

Daß die Probleme einer Kriegsführung in einem Krieg mit "industriellem" Charakter nicht annähernd vorausgeahnt worden waren, zeigte sich in den ersten Kriegsmonaten. Unter der Prämisse eines kurzen Krieges, dessen Dauer von deutscher Seite mit neun Monaten angenommen worden war,²⁶ sah man zunächst in Österreich-Ungarn für eine kriegswirtschaftliche Planung, die die Einbeziehung eines Großteiles der Volkswirtschaft ins Auge gefaßt hätte, keine Veranlassung. Die Heeresverwaltung glaubte mit der vorhandenen Rüstungsproduktion das Auslangen zu finden.

Die Mobilisierung lähmte in den ersten Wochen die gesamte Wirtschaft. Der Verlust an Arbeitskräften, die mangelnde Materialzufuhr, die Behinderung des Abtransportes erzeugter Waren und die Einstellung der Kreditgewährung durch die Banken führten zu Betriebsstillegungen.²⁷ Exportorientierte Unternehmen standen einem starken Rückgang der Auslandsfrage gegenüber. Der inländische Konsum stagnierte, da die Bevölkerung, verunsichert durch den Kriegsbeginn, ihre Kassenhaltung stark erhöhte. Die Militarisierung der Wirtschaft beschränkte sich zunächst auf die unmittelbare Heeresversorgung. Nur bestimmte kriegswichtige Betriebe wurden neben den Waffen- und Munitionsfabriken militärisch kon-

trolliert. Die Arbeiter dieser Betriebe waren an ihre Arbeitsplätze gebunden und unterstanden der Militärdisziplin und -gerichtsbarkeit.

Im Herbst 1914 waren die Vorräte der Heeresverwaltung erschöpft. Die Heeresnachfrage richtete sich immer mehr auf die Privatwirtschaft. Die zunehmende Inanspruchnahme durch den Staat kompensierte den Rückgang von Exporten und privatem Konsum. Fehlende Arbeitskräfte wurden, soweit möglich, durch Frauen ersetzt.

Der Umstellungsprozeß war im Frühjahr 1915 abgeschlossen. Der ab diesem Zeitraum zu registrierende Nachfrageüberhang und die Beschleunigung der Inflation stimulierten die Produktion und erhöhten die Gewinne der Industrie. Die Einfuhr der notwendigen Roh- und Hilfsstoffe stieß bis Mitte 1916 kaum auf Schwierigkeiten. Die im März 1915 verhängte unbeschränkte Blockade der Alliierten gegen die Mittelmächte hatte zunächst nur geringe Auswirkungen, da auf dem Umweg über neutrale Staaten importiert werden konnte.

Die Kriegskonjunktur wurde durch die in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 eintretenden Mangelerscheinungen in allen Bereichen beendet.²⁸ Die ökonomischen Probleme verminderten

den Zusammenhalt Österreich-Ungarns noch weiter. Der wirtschaftspolitische Partikularismus Ungarns hatte sich schon kurz nach Kriegsbeginn bemerkbar gemacht. Die ungarische Regierung schränkte die Lebensmittellieferungen nach Österreich ein. 1916 bezog Österreich nur mehr 100.000 Tonnen Getreide und Mehl gegenüber 2,1 Millionen Tonnen in den Vorkriegsjahren.²⁹ Die 1915 eingerichtete staatliche Getreidebewirtschaftung war für beide Reichsteile getrennt vorgenommen worden und wurde in Ungarn weniger rigoros gehandhabt.

Die Versorgungsengpässe hatten sich nach dem Kriegseintritt der U.S.A. im April 1917 verstärkt und intensivierten den nationalen Partikularismus auch innerhalb der österreichischen Reichshälfte. Im letzten Kriegswinter verhinderten die slawischen Gebiete einen Transport der in ihren Regionen erzeugten Brennstoffe und Nahrungsmittel in die Industriedistrikte Deutschösterreichs.³⁰ 1917 mußte Deutschland, obwohl in weit geringerem Ausmaß Selbstversorger, an Österreich-Ungarn Getreide liefern.

Die Mangelerscheinungen dieser dritten Kriegsphase gingen 1918 in einen totalen Notstand über. In einigen Gebieten kam es zu einer Hungersnot, die Arbeitsproduktivität sank rasch und die Rohstoffvorräte waren nahezu verbraucht. Im letzten Kriegsjahr konnte der Getreidebedarf Österreich-Ungarns nur mehr zu 53 % gedeckt werden, wenn man den Konsum des Jahres 1913 zum Vergleich heranzieht.³¹ Dabei ist aber zu be-

rücksichtigen, daß der Bedarf durch die notwendige Substitution von Reis und anderen Nahrungsmitteln während des Krieges zugenommen hatte. 1918 erreichte die Ernte der österreichischen Reichshälfte nur mehr 41 % des Ergebnisses von 1914.³²

Während die landwirtschaftliche Erzeugung bereits ab 1915 starke Produktionsrückgänge aufwies, war die industrielle Produktion 1917 größer als 1913. Die Kohlenversorgung funktionierte bis 1918 relativ klaglos. Produktion und Verbrauch erreichten in der österreichischen Reichshälfte knapp 90 % des Friedensniveaus.³³ Der Ausstoß von Rohstahl konnte 1916 um 30 % gegenüber dem Jahr 1913 erhöht werden und lag noch 1917 20 % über der Produktion im letzten Friedensjahr. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich in der Roheisenerzeugung und in den meisten anderen Sparten, die für die Kriegsführung wichtig waren.

1.2.2. Kriegsfinanzen

1.2.2.1. Kriegskosten

Die Rüstungsausgaben hatten in allen am Krieg beteiligten Staaten bereits in den Jahren vor 1914 zugenommen. Das Wetttrüsten nahm für damalige Verhältnisse enorme Ausmaße an. So betragen die Rüstungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung in der Doppelmonarchie jährlich 3,3 Dollar, in Frankreich 8 Dollar, in England 7,8 Dollar, in Deutschland 7,4 Dollar und in Rußland 2,8 Dollar. "In Relation zum Volkseinkommen betragen die Rüstungsausgaben am Vorabend des Krieges in Deutschland 3,5 Prozent, in Großbritannien 3,6 Prozent, in Österreich-Ungarn rund 4 Prozent."³⁴ In Rußland war die relative Belastung des Volkseinkommens mit 6 % am höchsten.

In den vier Kriegsjahren erreichten die Staatsausgaben eine noch nie dagewesene Höhe. Die Ausgaben des letzten Kriegsbudgets stiegen in den kriegsführenden Staaten auf das Vier- bis Sechsfache, verglichen mit 1913. Die Kriegsausgaben Österreich-Ungarns lassen sich nach den Angaben von Gratz und Schüller auf ungefähr 90 Milliarden Papierkronen, oder - nach dem durchschnittlichen Dollarkurs von 1914 bis 1918 - auf knapp 50 Milliarden Goldkronen schätzen. Von dieser Summe entfielen rund zwei Drittel - 58 Milliarden Papierkronen bzw. 31 Milliarden Goldkronen - auf die österreichische Reichshälfte.³⁵

Der Betrag von 58 Milliarden Papierkronen erscheint plausibel. Er entspricht dem Erlös der von der österreichischen Regierung während des Krieges aufgelegten Kriegsanleihen und den von der Österreichisch-Ungarischen Bank in Form von Sonderdarlehen beanspruchten Geldern. Es wurden von 1914 bis 1918 Kriegsanleihen im Wert von 35 Milliarden Kronen aufgelegt. Der Erlös betrug 33 Milliarden Kronen. Die Anlei^{er}nehmer rekrutierten sich hauptsächlich aus der Industrie, die für die hohen Gewinne mit zunehmender Kriegsdauer kaum mehr alternative Anlagemöglichkeiten vorfand, sowie aus dem Handel und den Banken. Mit den Darlehen der Österreichisch-Ungarischen Bank an den Staat in der Höhe von 25 Milliarden Kronen³⁶ kommt man zu dem Betrag von 58 Milliarden Papierkronen.

Im Budgetjahr 1914/15 betrugen die Einnahmen im Staatshaushalt der österreichischen Reichshälfte 3,1 Milliarden Goldkronen. Die Kriegskosten von 31 Milliarden Goldkronen entsprechen daher etwa dem Zehnfachen der jährlichen Staatseinnahmen Österreichs.

Nach den Berechnungen Fellners erreichte das Volkseinkommen Cisleithaniens vor Kriegsbeginn 12,5 Milliarden Kronen.³⁷ Nach der von A. Kausel übernommenen Schätzung F. Hertz' 15,5 Milliarden.³⁸ Davon entfiel etwa ein Drittel auf das

Gebiet Deutschösterreichs mit dem Gebiet des Burgenlandes.³⁹
Veranschlagt man die Verringerung des Volkseinkommens während des Krieges hypothetisch jährlich mit durchschnittlich 20 %, dann stehen einem Volkseinkommen von ungefähr 50 Milliarden Goldkronen während des gesamten Krieges Kriegskosten von etwa 31 Milliarden Goldkronen gegenüber. In den 51 Monaten des Krieges war - nach dieser äußerst groben Rechnung - das jährliche Volkseinkommen zu zwei Drittel durch Kriegsausgaben belastet.

So unzuverlässig diese Schätzung ist, so läßt sie doch zumindest den Schluß zu, daß Österreich-Ungarn neben den Vereinigten Staaten das einzige Land war, in dem die jährlichen Kriegskosten geringer waren als das jährliche Volkseinkommen. Ebenso sicher ist auch, daß der Lebensunterhalt der Bevölkerung nicht nur von diesem Drittel, sondern auch durch eine erhebliche Verminderung der Vermögenssubstanz bestritten werden mußte. Die Kriegskosten von 58 Milliarden Kronen entsprechen ungefähr einem Anteil von 35 Prozent des von Fellner geschätzten Volksvermögens der österreichischen Reichshälfte.⁴⁰

1.2.2.2. Deckung der Kriegskosten

Die Finanzierung des Krieges stellte alle Staaten im wesentlichen vor die selben Probleme, und in allen Staaten wurden die Probleme ähnlich gehandhabt. Die Finanzierung erfolgte hauptsächlich durch Anleihen und durch Geldbeschaffung bei der Notenbank gegen die Hergabe von kurzfristigen Schuldtiteln. Charakteristisch für die Inanspruchnahme der Notenbank war der "Rhythmus von Geldschöpfung und Abschöpfung".⁴¹ Die hinterlegten Staatspapiere wurden entweder verlängert oder durch Einnahmen aus Steuern und/oder Anleihen zurückgekauft. Abschöpfend wirkten die Steuereinnahmen und die Finanzierung über Anleihen. In Österreich-Ungarn war der abschöpfende Effekt der Anleihen aber gering, da diese von der Österreichisch-Ungarischen Bank bis zu 75 % des Ausgabekurses belehnt wurden. Von den Kriegskosten von 58 Milliarden Papierkronen konnten 33 Milliarden durch die Plazierung von Anleihen im Wert von 35 Milliarden Kronen gedeckt werden.

Die Geldschöpfung des Staates löste einen inflationären Impuls aus, der zunächst in der Rüstungsindustrie wirksam wurde und sich dann in den anderen Wirtschaftszweigen fortsetzte. Zusätzlich inflationär war die - kriegsunabhängig - schlechte Ernte des Jahres 1914. Dennoch folgten die

Preise der Geldausweitung in den ersten Monaten nur zögernd, da die Kassenhaltung der Bevölkerung stark zunahm und die Kapazitäten im privaten Bereich nicht voll ausgelastet waren. Ab dem Frühjahr 1915 konkurrenzierte jedoch der Staat bzw. die Heeresverwaltung mit der Zivilwirtschaft.

Mit Hilfe der monetären Abschöpfung durch Steuererhöhungen und Anleihen versuchte man zweierlei zu erreichen. Einerseits eine Dämpfung des Preisauftriebes und andererseits eine Einschränkung der privaten Nachfrage. Mit zunehmendem Kriegsverlauf gelang dies immer weniger, und je geringer die Wirksamkeit dieser Maßnahmen war, desto stärker mußte zu direkten Eingriffen des Staates übergegangen werden.

Die direkten Kontrollmaßnahmen außerhalb der eigentlichen Rüstungsfabriken begannen in Österreich Ende 1914 - nachdem bereits im November ein staatlicher Getreidehöchstpreis fixiert worden war - mit der Einrichtung einer Rohstoffbewirtschaftung nach deutschem Vorbild. Ende 1917, als die Mangelercheinungen auf die gesamte Volkswirtschaft übergreifen hatten, versuchte die Bürokratie durch den Aufbau einer weitgespannten Kriegswirtschaftsorganisation Abhilfe zu schaffen. Neben verschiedenen Ministerien mit einer "Kommission für Kriegs- und Übergangswirtschaft" als Koordinierungsinstrument an ihrer Seite bezog man auch neu geschaffene Selbstverwaltungsverbände der privaten

Wirtschaft mit ein.

Bei dieser Entwicklung wird man unwillkürlich an Robert Musils 'Mann ohne Eigenschaften' erinnert, denn es kam offenbar mehr auf die Vollständigkeit der Organisation als auf das praktische Ergebnis an; im August 1918 z.B., als die Alliierten ihre Balkanoffensive vorbereiteten und als es in Österreich aus Mangel an Arbeitskräften und Material längst nichts mehr zu bauen gab, wurde ein "Wirtschaftsverband des Baugewerbes" gegründet, der in acht Gewerbegruppen, die Bauleute von den Baumeistern bis zu den Deichgräbern vollständig erfaßte.

42

Das Lenkungsinstrumentarium bestand neben der Rohstofflenkung in der Zuweisung von Arbeitskräften und Produktionsrichtlinien der Militäradministration.

Die Beanspruchung der Notenbank durch den Staat verursachte unmittelbar nach Kriegsbeginn einen vehementen Anstieg der Geldmenge. Das Management der Bank sah es als oberste Pflicht, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den durch den Krieg bedrohten Staaten der Monarchie beizustehen.⁴³ Die Österreichisch-Ungarische Bank erfüllte diese selbstauferlegte Pflicht sofort.

In der letzten Juliwoche des Jahres 1914 stieg der Geldumlauf - durch die Inanspruchnahme der Notenbank - um 40 %. In den ersten Tagen wurden die notwendigen Mittel durch ein Bankenkonsortium organisiert, das sich seinerseits teilweise über die Österreichisch-Ungarische Bank refinanzieren mußte.⁴⁴

Als die Mobilisierung auf breiter Basis angelaufen war, konnten die notwendigen Geldmittel der Administration nicht mehr in Form von normalen Krediten gedeckt werden. Das Finanzministerium wandte sich direkt an die Notenbank, deren Deckungsverpflichtung inzwischen aufgehoben worden war,⁴⁵ und erreichte Kredite gegen die Hinterlegung von Schuldverschreibungen. In der Mobilisierungsphase blieben die Liquiditätsbedürfnisse der Privatwirtschaft weitgehend unbefriedigt. Die Illiquidität war - ebenso wie in den letzten Kriegsmonaten - auf den Geldbedarf der Heeresverwaltung zurückzuführen. 1914 begegnete die Notenbank der gestiegenen Geldnachfrage des privaten Sektors durch eine Ausweitung des Spektrums der lombardfähigen Effekten. So wurden z.B. die Aktien bestimmter Unternehmen bis zu 50 % belehnt.

Daneben konstituierte die Österreich-Ungarische Bank Kriegsdarlehenskassen, um der Kreditnachfrage von Handel und Gewerbe nachkommen zu können. Die von den Darlehenskassen ausgegebenen Kassenscheine wurden von allen staatlichen Ämtern und Kassen und der Notenbank als Zahlungsmittel akzeptiert. Bei einer Kreditvergabe reichten die Darlehenskassen Kassenscheine bei der Notenbank gegen Bargeld ein, das dann an die Kreditwerber weitergeleitet wurde. Die Darlehenstilgung führte zu einem Rückfluß der Kassenscheine an die Darlehenskassen. Erst in den letzten

Kriegstagen - als nicht mehr genügend Zahlungsmittel im Umlauf waren - deckte die Notenbank den Fehlbestand an Barmitteln, indem sie Kassenscheine kurzfristig in den Verkehr brachte.

Die direkte Beanspruchung der Notenbank durch den Staat wiederholte sich nach der ersten Kreditoperation im August 1914, im Oktober desselben Jahres und im April 1915. In den beiden letzten Fällen hinterlegten die beiden Regierungen Wechsel bei der Österreichisch-Ungarischen Bank. Die Gesamtsumme dieser drei Transaktionen betrug 4,8 Milliarden Kronen.

Neben diesen Finanzierungsmaßnahmen wurden ab dem Herbst 1914 Publikumsanleihen zur Zeichnung vorgelegt. Die erste Anleihe brachte ein Ergebnis von mehr als 3 Milliarden Kronen in Österreich und in Ungarn. Bereits bei dieser ersten Anleihe erklärte sich die Notenbank bereit, die Anleihestücke zum jeweiligen Zinssatz bis zu 75 % des Nominalwertes zu belehnen. Mitte des Jahres 1915 kam es zu einer weiteren Emission. Insgesamt kam es zur Auflage von 8 Anleihen, deren Abschöpfungseffekt wegen ihrer Belehnbarkeit praktisch Null war.

Ab Juli 1915 verzichtete die Notenbank auf Lombarddarlehen. Die Inanspruchnahme der Bank durch den Staat erfolgte ab diesem Zeitpunkt gegen die bloße Hinterlegung

von Schuldscheinen ohne einer Limitierung zu unterliegen. Im Juli und September 1915 gelangten auf diese Weise jeweils 1,5 Milliarden Kronen in den Umlauf. 1916 folgten vier weitere Teilbeträge in derselben Höhe. 1917 bezogen die beiden Regierungen weitere 6 Milliarden Kronen und 1918 mußte die Notenbank im Zeitraum von März bis Oktober elfmal 1,5 Milliarden Kronen bereitstellen. Die Summe aller Schuldscheingeschäfte betrug mehr als 31 Milliarden Kronen.

Zu den bereits genannten Maßnahmen zur Deckung der Kriegskosten wurden im Frühjahr 1918 verzinsliche Kassenscheine ausgegeben. Diese Aktion war als inflationsbremsendes Mittel gedacht. Der Erlös von mehr als 3 Milliarden Kronen wurde der österreichischen und ungarischen Regierung zur Verfügung gestellt.

1.2.3. Inflation

Die Konsequenz dieser Art von Kriegsfinanzierung war ein erheblicher Anstieg des Preisniveaus. In der Monarchie war der inflationäre Druck stärker als in den anderen kriegsführenden Staaten und konnte sich, da die Staats- eingriffe in Form von Bewirtschaftungsmaßnahmen und Preiskontrollen im internationalen Vergleich ein geringes Ausmaß einnahmen, unmittelbar im Preisindex niederschlagen.

Der Index der Großhandelspreise erreichte Ende 1918 international im Durchschnitt das zwei- bis dreifache gegenüber 1914. Für Österreich ist für die Zeit von 1914 bis 1918 und für die ersten Nachkriegsjahre kein Großhandelspreisindex berechenbar. Als einziger Indikator für das Preisniveau muß daher der verfügbare Index der Lebenshaltungskosten herangezogen werden. Dieser erreichte am Ende des Krieges etwa den Wert 15 (1914 = 1). Für den Zeitraum von 1916 - dem Beginn der Blockade - bis 1919 wird der Anstieg des Preisniveaus durch den Index der Lebenshaltungskosten überschätzt, da vor allem die Lebensmittelpreise in dieser Phase weit stärker gestiegen waren als die übrigen Preise (siehe Tabelle 7, S. 37).

Tabelle 7 LEBENSHALTUNGSKOSTEN ÖSTERREICH 1914 - 1918

	Lebensmittel	Bekleidung	Wohnung	Heizung u. Beleuchtung	Lebenshaltungs- kosten insgesamt	Wohnung inkl. exkl.
	(Juli 1914 = 1)					
1915						
Jan.	1.33	1.53	1	1.22	1.28	1.34
Juli	1.79	1.53	1	1.57	1.58	1.73
1916						
Jan.	2.47	3.35	1	1.99	2.21	2.78
Juli	4.44	3.35	1	2.31	3.36	3.96
1917						
Jan.	7.48	6.49	1	2.57	5.44	6.59
Juli	9.61	6.49	1	3.13	6.71	8.17
1918						
Jan.	8.44	12.33	1	3.92	6.82	8.31
Juli	16.91	12.33	1	4.39	11.62	14.34
Nov.	19.71	12.33	1	4.98	13.26	16.40

Quelle: Walré de Bordes, The Austrian Crown, London 1924,
S. 82.

Aber auch bei Berücksichtigung eines überschätzenden Effekts bleibt die Sonderstellung der Monarchie eindeutig. Im gleichen Zeitraum verdoppelten sich die Großhandelspreise in Deutschland, Kanada, den U.S.A. und in Großbritannien. In Schweden und in Frankreich erreichten sie das Dreifache, in Italien das Vierfache des Ausgangsniveaus (siehe Tabelle 8, S. 39).

In allen Ländern ging es darum, die enormen Staatsausgaben zu decken, wobei man nicht daran dachte, Steuern und Anleihen als gesamtwirtschaftliches Lenkungsinstrument einzusetzen. In der Monarchie erreichte man die Deckung der Staatsausgaben in einem weit größeren Ausmaß durch eine direkte Inanspruchnahme der Notenbank als in Deutschland. Sieht man von den geringen ordentlichen Einnahmen ab - in Deutschland betragen sie nur 13 % der Ausgaben - so war die Relation von Anleihen zu Darlehen der Notenbank in Österreich ungefähr 1:1, in Deutschland 2:1.⁴⁶

Der Verzicht auf eine einschneidende Erhöhung der Steuerbelastung zur Finanzierung der durch den Krieg verursachten Staatsausgaben war eine Gemeinsamkeit aller kriegsführenden Staaten. Dies bedeutete notwendigerweise, daß die Kostendeckung zum größten Teil durch Kredite erfolgen mußte. Man umging damit das Problem, die Lasten des Krieges durch direkte Staatseingriffe zu verteilen. Die darin zum Ausdruck

Tabelle 8 INDEX DER GROSSHANDELSPREISE
(1913 = 100)

	1914	1915	1916	1917	1918
Deutschland	106	142	153	179	217
Frankreich	102	140	189	262	340
Großbritannien	100	127	160	206	227
Italien	96	133	201	299	409
Kanada	100	109	134	175	205
Indien	100	112	128	147	180
Japan	95	97	117	149	196
U.S.A.	98	101	127	177	194
Schweden	116	145	185	244	339

Quelle: G. Hardach, Der Erste Weltkrieg, München 1973.
S.185

kommende Diskrepanz, daß der Staat einerseits die Bevölkerung zum Kriegsdienst zwang und es andererseits vermied, direkte Eingriffe in das Einkommen und das Vermögen der Staatsbürger vorzunehmen, lag aber in der Logik des Systems.⁴⁷

Die vergleichsweise hohen Inflationsraten der Monarchie sind im wesentlichen auf drei Gründe zurückzuführen. Erstens war die Mittelbeschaffung - wie die Relation von Anleihen und Notenbankdarlehen zeigt - weit mehr auf die Inbetriebnahme der Notenpresse konzentriert als in anderen Ländern; diesen Umstand verstärkte die Belehbarkeit der Anleihen. Zweitens war die Wirtschaft Österreich-Ungarns, vor allem was den sekundären Sektor betrifft, dem Kräfteverschleiß des Krieges weit weniger gewachsen als die übrigen Kriegsteilnehmer. Mit zunehmender Kriegsdauer hatte außerdem noch die politische Problematik des forcierten nationalen Partikularismus einen negativen Effekt auf die Wirtschaft. Die politischen Zerfallerscheinungen und die schlechte wirtschaftliche Situation standen dabei in einem Wechselverhältnis und verstärkten sich gegenseitig.

Der dritte Grund für das Ausmaß der Kriegsinflation lag an der weichherzigen Handhabung der staatlichen Preiskontrollen. In Deutschland konnte sich der inflationäre Druck nicht unmittelbar im Preisniveau niederschlagen, da die staatliche Intervention bereits früh begann und rigoros durchgeführt wurde. Die Verdoppelung des deutschen Groß-

handelsindex in den vier Kriegsjahren ist das Ergebnis der gemeinsamen Einwirkung des Inflationsdruckes und der staatlichen Bewirtschaftung. Je früher die Preiskontrollen begannen desto stärker war - bei konsequentem Vorgehen - ihr Einfluß auf den Preisindex, da die Preise ab dem Zeitpunkt der Intervention relativ stabil blieben.

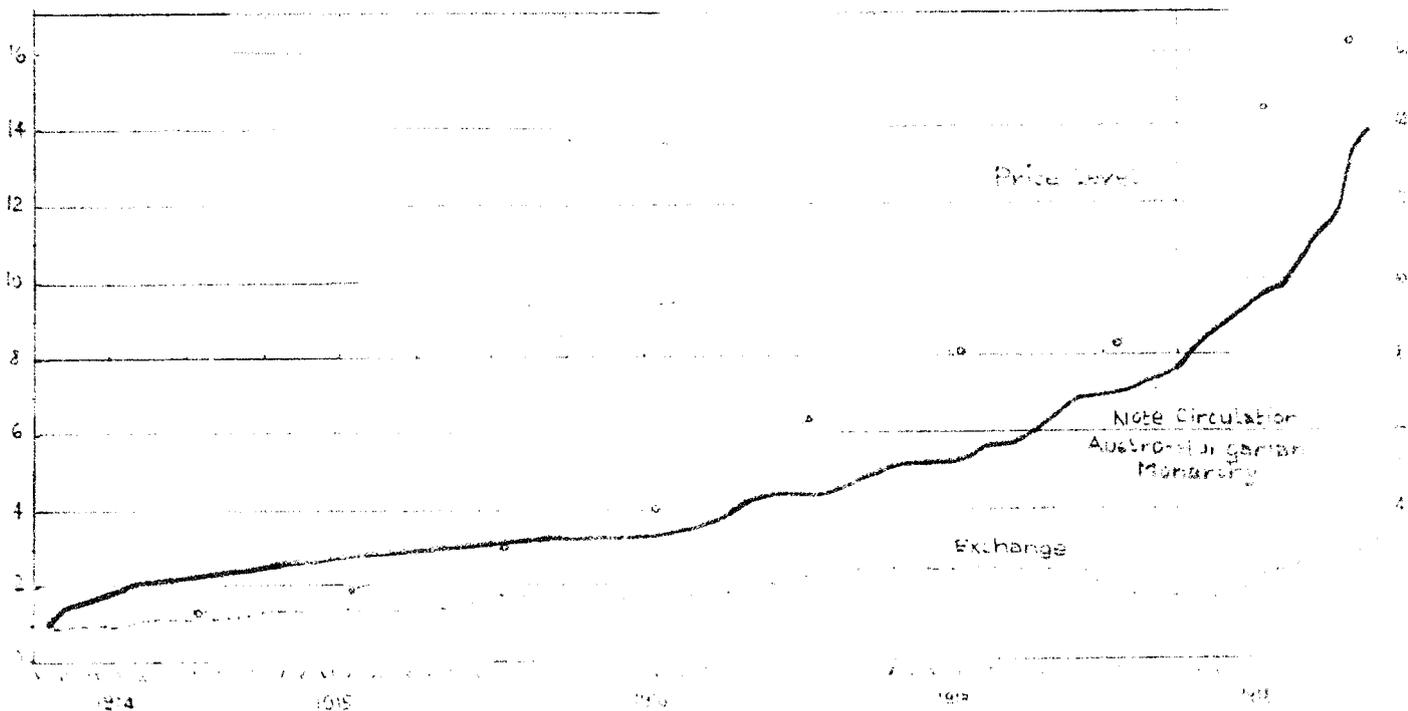
In Österreich läßt der Verbraucherpreisindex nur in der zweiten Hälfte des Jahres 1917 einen entscheidenden Einfluß der Preisregelung auf das Preisniveau erkennen. Ab Februar 1918 wurden die Kontrollen unwirksam, und der im zweiten Halbjahr des Vorjahres aufgestaute Druck beschleunigte den Anstieg der Lebenshaltungskosten (siehe Tabelle 8, S. 39).

1.2.3.1. Geldmenge und Preise

Preise und Geldmenge entwickelten sich, wie Tabelle 9 zeigt, weitgehend parallel. In der ersten Phase, die bis zum Frühjahr 1915 dauerte und die die Mobilisierung und die Umstellung auf die Kriegsproduktion umfaßt, verdreifachte sich das Geldangebot. In diesem Zeitraum folgten die Preise der vor allem in den ersten Monaten abrupt erhöhten Liquidität nur zögernd.

Tabelle 9

1914 - 1918



Quelle: Walré De Bordes, The Austrian Crown, London 1924, S. 146

In der Phase der Kriegskonjunktur, deren Ende man mit der zweiten Hälfte des Jahres 1916 angeben kann, stiegen die Preise schneller als die Geldmenge und "überholten" sie im Februar 1916. Bis Mitte 1917 - dem kurzfristigen Wirksamwerden der Preiskontrollen - verstärkte sich diese Konstellation der beiden Variablen, da die Konsequenzen der Blockade immer fühlbarer geworden waren.⁴⁸ Ab dem Frühjahr 1918 kann die Geldmenge mit den Preisen nur mühsam schritthalten. Insgesamt erreichte der Geldumlauf das Vierzehnfache gegenüber dem Ausgangswert Mitte 1914. Gleichzeitig vervierfachte sich die Geldmenge in Deutschland.⁴⁹ In den U.S.A. war sie Ende 1918 fast doppelt so groß.⁵⁰

Die Tabelle 10 auf Seite 44 enthält die wichtigsten Posten der Bilanz der Österreichisch-Ungarischen Bank. Daraus wird ersichtlich, daß die Zunahme des Notenumlaufes ausschließlich aus der finanziellen Unterstützung, die die Zentralbank den Regierungen gewährte, resultierte. Der in der Tabelle nicht gesondert aufscheinende Bestand an kommerziellen Wechseln schrumpfte auf ein Minimum, da ab Kriegsbeginn die Abwicklung von Geschäften fast nur mehr in bar erfolgte.⁵¹ Die Giro Guthaben und die Darlehen gegen Handpfand blieben während des Krieges relativ konstant. Erst der Zusammenbruch bewirkte einen Run auf Darlehen gegen Kriegsanleihen im November und Dezember 1918, da die Anleihen weiterhin bis zu 75 % ihres Nominalwertes beliehen

Tabelle 10 Österreichisch-Ungarische Bank

Datum	PASSIVA			AKTIVA		
	Banknoten- 31.12. umlauf	Girogut- haben u. sonstige sonstige Münzen) sofort fällig Verbind- lichkeiten	Reserve (ohne Münzen)	Eskontierte Wechsel, Warrants, Effekten	Darlehen gegen Hand- pfand	Darlehens- schuld der Staatsver- waltungen "aufgrund bes. Verein- barungen"
IN MILLIARDEN KRONEN						
1913	2.5	0.18	1.30	0.92	0.31	-
1914	5.1	1.42	1.10	2.05	3.39	-
1915	7.2	0.27	0.75	3.00	3.29	0.62
1916	10.9	0.42	0.30	2.85	3.42	5.30
1917	18.4	1.95	0.32	2.82	3.42	13.70
1918	28.6	2.46	0.28	2.81	3.54	24.80
30.9. 1918	30.8 ⁺	2.85	0.27	2.81	4.10	26.43 ⁺
26.10. 1918	35.6 ⁺⁺	7.14	0.28	2.88	8.35	31.07 ⁺⁺
31.12.						

⁺Plus Kassenscheine im Wert von knapp 3 Milliarden Kronen, die sowohl die Geldmenge als auch die Staatsschuld vergrößern.

⁺⁺Plus 7.4 Milliarden Kassenscheine

Quelle: Walré de Bordes, S. 53 und S. Pressburger, S. 279, 283, 295 und 323.

wurden, obwohl ihr Marktwert am Ende des Krieges nur noch 60 % des Nominales betrug. Allein am siebenten November 1918 wurden Darlehen im Wert von 609 Millionen Kronen vergeben.⁵² Im November und Dezember 1918 erhöhten sich die beiden genannten Posten um mehr als vier Milliarden Kronen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Expansion des Geldumlaufes von Kriegsbeginn bis zum Waffenstillstand ausschließlich durch die Kriegsfinanzierung des Staates bedingt war. Bis 1916 blieben die Preise hinter der Steigerung der Notenzirkulation zurück. Die danach zu verzeichnende Güterlücke und die möglicherweise beschleunigte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes⁵³ führten zu einer umgekehrten Entwicklung; die Preise stiegen schneller als das Geldangebot.

1.2.3.2. Wechselkurs

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und bis zum Jahre 1914 war das internationale Währungssystem durch den allgemein akzeptierten und auch funktionierenden Goldstandard geprägt. Ein ständiges und wesentliches Auseinanderklaffen zwischen Binnenwert und Außenwert einer Währung in Verbindung mit einem inflationären Prozeß schien in der Epoche des Goldstandards unmöglich, obwohl es dafür einige historische Beispiele gab.⁵⁴ "In fact, it seems that the gold standard was based on the very coincidence of the two values, a divergence leading to gold movements, causing the disappearance of the divergence."⁵⁵

Der Goldstandard wurde mit Beginn des Krieges de facto suspendiert. Die Verpflichtung zur Goldeinlösung der Banknoten wurde in allen Ländern aufgehoben. Einerseits geschah dies, um der Nachfrage von Inländern zu entgegen, die in Gold das sicherste Anlagemittel für unsichere Zeiten sahen. Andererseits versuchten Ausländer ihre Forderungen zu realisieren. Man behielt zwar weiterhin die Fassade des gewohnten Währungssystems bei, in der Praxis hat es den Goldstandard im Ersten Weltkrieg aber nicht mehr gegeben.⁵⁶

An dessen Stelle traten in den meisten Ländern Devisen-

bewirtschaftungssysteme. In Deutschland wurde die Bewirtschaftung auf dem Devisensektor wie auch in den anderen Bereichen rigoros durchgeführt. Da die administrierten Kurse meist von den Wechselkursen auf den neutralen Märkten stark abwichen, versuchte die deutsche Regierung noch Ende 1917 aus Prestigegründen durch Markkäufe die eigene Währung zu stützen.

In der Monarchie konnte und wollte sich die Bürokratie nicht zu einer Devisenbewirtschaftung durchringen.⁵⁷

Im Frühjahr 1916 institutionalisierten die Behörden eine privat organisierte Devisenzentrale, an der sich die Banken beteiligen konnten, wenn sie wollten. Die Devisenzentrale fixierte den jeweiligen Wechselkurs und zentralisierte den Devisenbedarf, nicht aber die Devisenvorräte.⁵⁸ Da der "offiziöse" Kurs die Krone gegenüber dem Kurs am Schwarzmarkt überbewertete, gingen die Devisenvorräte der Zentrale stark zurück. Der günstigere Schwarzmarktkurs lenkte den Großteil der Devisen an der Zentrale vorbei. Die Nachfrage nach Auslandswerten war Ende 1916 zehnmal so groß wie das Angebot.

Daher entzog man der Devisenzentrale die Autonomie. Der Devisenhandel wurde an eine besondere Bewilligung gebunden und der Export von Kronen untersagt. Ausfuhrerlöse mußten

an die Devisenzentrale abgeliefert werden. Da den mit einer Bewilligung ausgestatteten Firmen weiterhin ein großer Spielraum verblieb, bedeutete auch diese verschärfte Regelung noch keine Devisenbewirtschaftung.

Erst im Juni 1918 wurde die Kontrolle über den Handel und Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln und die Ein- und Ausfuhr mit Gütern weiter verschärft. Der Transfer von Effekten ins Ausland wurde bewilligungspflichtig. Die Handhabung dieser Vorschriften war relativ einfach, da die Monarchie bereits vom Großteil der Welt abgeschnitten war. Es genügte die Prüfung der Auslandstelegramme und Korrespondenz durch die Militärzensur.⁵⁹

Die Entwicklung des Wechselkurses der Krone hat mit den Preisen und der Geldmenge nur den Aufwärtstrend gemeinsam. Ansonsten erscheint die Zeitreihe des Außenwertes weitgehend von den beiden anderen Größen unabhängig. Das Verhältnis von Außenwert - ausgedrückt in Dollar - zu Innenwert der Währung entsprach in Deutschland in den vier Kriegsjahren weitgehend den Kaufkraftparitäten.⁶⁰ In Österreich-Ungarn dürfte diese Feststellung nur bis Mitte des Jahres 1915 zutreffend sein. Danach verstärkte sich die Diskrepanz. Mitte 1917 war das Preisniveau (Verbraucherpreise) bereits auf das Achtfache gegenüber Juli 1914 gestiegen. Gleichzeitig

hatten die Importpreise um ungefähr 50 % angezogen, sofern man den detuschen Importpreisindex für Österreich-Ungarn heranziehen kann.⁶¹

Im November 1917 begann sich der Wechselkurs sogar zu verbessern. Die Dollarnotierung in Wien sank von 11,5 Kronen im Monatsdurchschnitt des Oktober 1917 auf 8,0 im April 1918.⁶² Die Ursache für diese kurzfristige Aufwertung der Krone war der Erfolg über Italien bei Caporetto. Dadurch wurden die Erwartungen in einen Erfolg der Mittelmächte erneut geweckt. Das Ausscheiden Rußlands aus dem Krieg bewirkte auch noch im Frühjahr 1918 spekulative Käufe von Kronen und Mark auf den neutralen Devisenmärkten.

Zu Kriegsende hatte die Notierung der Krone wieder den Stand vom November 1917 erreicht. Im selben Zeitraum verdoppelten sich sowohl das Preisniveau als auch die Geldmenge. Das Verhältnis von Außenwert zu Innenwert der österreich-ungarischen Währung war bei Kriegsende weit von den Preisparitäten entfernt. Der Wert der Krone war während des Krieges auf den Auslandsmärkten auf ein Drittel gesunken. Gleichzeitig erreichten die Inlandspreise ungefähr das Fünfzehnfache und die Geldmenge⁶³ das Vierzehnfache des Ausgangsniveaus.

Worin liegt die Erklärung, daß "sich die österreichische Krone verhältnismäßig gut gehalten"⁶⁴ hat? Zunächst ist

zu berücksichtigen, daß die Mittelmächte ab 1916 durch die Blockade fast vollständig vom Weltmarkt isoliert waren. Der Außenhandel beruhte zuletzt hauptsächlich auf bilateralen staatlichen Kontrakten. Der Geldverkehr spielte eine immer geringere Rolle.⁶⁵ Außerdem war das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Währung ungebrochen. Es fehlte an jeglicher Inflationserfahrung, noch einige Jahre nach dem Krieg hortete die Bevölkerung - besonders in den ländlichen Gebieten - Kronen.^{65a}

Ein weiterer Faktor für die geringe Abwertung der Krone waren die Erwartungen auf den ausländischen Devisenmärkten. Man rechnete allgemein mit einer Wiederherstellung der alten Währungsparitäten nach Kriegsende. Wie stark dieser Glaube an die alten Paritäten, der an der Nachkriegsrealität weit vorbeiging, war, zeigte sich 1925; Großbritannien kehrte, in festem Vertrauen in den Vorkriegsgoldstandard, zur alten Parität zurück.⁶⁶

1.2.2.3. Ökonomische Wirkung des Krieges und der Inflation

Die Einflüsse des Krieges und der Inflation auf die soziale und ökonomische Struktur waren einschneidend. Die Bindung eines Großteils der vorhandenen Ressourcen für die Kriegsproduktion verminderte unvermeidlich das Volumen der Konsumgüter und hatten somit die gleiche Wirkung "wie sie eine erhöhte Investition von fixem Kapital in gewöhnlichen Zeiten haben würde."⁶⁷ Obwohl die Investitionen für den zivilen Bereich zum Stillstand kamen, reichten die freiwilligen Ersparnisse nicht annähernd, um die Investitionen in Kriegsmaterial sicherzustellen. Eine Übertragung von Kaufkraft wurde daher unumgänglich. "Es galt also das Problem zu lösen, auf welchem Weg diese Übertragung mit einem Minimum an sozialen Reibungen und Störungen zu bewerkstelligen war."⁶⁸

Der Notwendigkeit, die fehlenden freiwilligen Ersparnisse zu kompensieren, konnte man theoretisch auf drei Arten gerecht werden: Durch eine Senkung der Geldlöhne bei konstanten Preisen, durch einen Rückgang der Reallöhne über ein steigendes Preisniveau oder durch eine Besteuerung der Erträge der Produktionsfaktoren. Letzteres hätte zu einer direkten Belastung der armen Bevölkerungs-

schichten geführt, da das Ergebnis einer bloßen Besteuerung der Reichen ungenügend gewesen wäre. Nur eine Reduktion des Verbrauches der relativ Armen konnte, wegen seines Schwergewichtes, den erwünschten Effekt bringen. Diese Alternative war aber politisch kaum realisierbar.

Die Wirkungen einer stärkeren Anhebung der Preise als der Löhne oder einer direkten Senkung der Nominallöhne bei relativ stabilem Preisniveau sind zunächst dieselben. In beiden Fällen landen die "abgeschöpften" realen Mittel bei den Unternehmern, die so zu "Sammelstellen" werden. Ein Abbau der Nominallöhne war aber ebenso wie der Weg einer direkten Besteuerung des Verbrauches politisch kaum durchführbar. Keynes hielt den inflationären Weg während eines Krieges aber auch noch aus einem anderen Grund für den richtigen:

Während eines Krieges erfordert die Umstellung der Produktion eine möglichst rasche Umlenkung der Produktionsfaktoren. Dieses Problem ist über ein steigendes Preisniveau am einfachsten zu lösen. Dadurch kann den neuen Produktionszweigen ein genügend großer Kreditrahmen eingeräumt werden, der sie in die Lage versetzt, die zivilen Produzenten durch Überbieten aus dem Markt zu konkurrenzieren.

Für die außerdem notwendige Übertragung der Realeinkommen

von den Verbrauchern zum Staat ist daher im ersten Schritt eine Gewinninflation der einfachste Weg, wobei aber der Zuwachs der Gewinne größer sein muß als der Anstieg des Preisniveaus.⁶⁹ Eine "tugendhafte" Kriegsfinanzierung müßte dann in einem zweiten Schritt bestrebt sein, die bei den Unternehmern gesammelten Mittel durch eine rigorose Besteuerung an den Staat zu transferieren. Dies geschah bis zu einem gewissen Grade in Großbritannien.⁷⁰

In Österreich beschritt man den Weg des Lasters, um in der Keyneschen Terminologie zu bleiben. Die Regierung konnte sich zu keiner Besteuerung der hohen Kriegsgewinne durchringen. Die Abschöpfung der Mittel erfolgte über Anleihen, die zum großen Teil von Industrie und Handel gezeichnet wurden. Die Gewinne wurden nicht besteuert, sondern an den Staat verliehen. Die Inflation in den Folgejahren konnte diesen Vorteil, der vor allem der Industrie und dem Handel zugute kam, nur teilweise kompensieren, da die Anleihen belehnbar waren.

Aber es entspricht der Doppelzüngigkeit des Geschicks, daß diese 'lasterhaften' Methoden sich schließlich als besser erwiesen als Englands Mäßigung. Denn das Ergebnis bestand darin, die Lasten so unerträglich zu machen, daß sie, einfach durch die Kraft der Ereignisse, durch eine Entwertung des Geldes, auf das die Verpflichtungen lauteten, ganz oder großen Teils beseitigt werden mußten. Es gibt nichts schlimmeres als ein mäßiges Übel. Wenn Wespen und Ratten Hornissen und Tiger wären, so würde man sie schon lange vertilgt haben.

Zu den positiven Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschaft zählte G. Stolper das Vordringen der Geldwirtschaft in Gebiete, in denen vor 1914 das naturalwirtschaftliche Element vorherrschend war, die Liquidierung unrentabler Betriebe. Außerdem seien durch die zunehmende Spezialisierung und Konzentration auf Betriebsebene die Anpassung an die Industriestaaten beschleunigt worden. Abgesehen von den bei weitem überwiegenden Nachteilen der Kriegswirtschaft für eine spätere Umstellung auf die Friedensproduktion muß der Umfang dieser positiven Tendenzen angezweifelt werden.⁷²

Die einschneidendsten Änderungen waren bei Kriegsende im sekundären Sektor zu registrieren. Die starke Abnutzung des Kapitalstocks konnte durch Erneuerungen nicht annähernd kompensiert werden. In einigen Sparten, wie zum Beispiel in der Fahrzeugindustrie, war es zu wesentlichen Kapazitätserweiterungen gekommen; teilweise waren neue Industrien errichtet worden. Für später vorteilhaft erwies sich - neben den oben erwähnten Faktoren - die während des Krieges durch den Kohlenmangel notwendig gewordene Umstellung auf andere Energieträger. Die Umstellung von der Kriegsproduktion auf die Friedenswirtschaft zeigte jedoch, daß die Verschiebungen in der Pro-

duktionsstruktur insgesamt eine starke zusätzliche Belastung für die ökonomische Konsolidierung darstellten.

Die starke Zunahme der industriellen Produktion wirkte sich negativ auf das Gewerbe aus. Da sich in den vier Kriegsjahren in Serie erzeugte Güter gegenüber den im Handwerk erzeugten Gütern durchsetzten, mußte das Gewerbe zwangsläufig Einkommenseinbußen hinnehmen. Diese Entwicklung wurde durch das vor allem für das Gewerbe knappe Arbeitskräfteangebot noch verschärft. Einen großen Teil der Jugendlichen absorbierte die Industrie, und hier vor allem die Kriegsindustrie, die weit höhere Löhne bezahlte und bezahlen konnte als die Handwerksbetriebe.⁷³

Neben der Industrie zählte die Landwirtschaft zu den hauptsächlichen Nutznießern der Kriegswirtschaft.⁷⁴ Der Verlust an Arbeitskräften, die Verschlechterung des Bodens durch mangelnde Bearbeitung und Düngung und die Dezimierung des Viehbestandes bewirkten einen starken Rückgang der Produktion. Die Wirkungslosigkeit der ab Ende 1916 einsetzenden Preisregelung von Nahrungsmitteln ermöglichte aber gleichzeitig eine Zunahme des landwirtschaftlichen Anteils am Volkseinkommen.⁷⁵

Obwohl keine präzisen Zahlen vorliegen, kann man eindeutig feststellen, daß die Kriegsgewinne der Industrie⁷⁶

und der Landwirtschaft die Einkommenseinbußen der Selbständigen im Gewerbe weit übertrafen.⁷⁷ Die Lohnquote war während des Krieges stark gesunken; die Hauptlast der Kriegskosten hatten die Lohnabhängigen zu tragen. Diese Entwicklung war durch die Unterstützung der Kriegspolitik durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften mitverursacht worden. Die Vertreter der Arbeiterschaft verzichteten, wie in Deutschland,⁷⁸ auf die vor dem Krieg übliche scharfe Polarisierung zwischen Gewerkschaften einerseits und Unternehmern andererseits. Zu Kriegsbeginn waren alle Lohnbewegungen eingestellt worden. Der "Burgfriede" wurde bis zum letzten Kriegsjahr strikt eingehalten, und es wurde, auch in der Zeit der Kriegskonjunktur, nichts unternommen, um "die gewünschte Ruhe auf sozialem Gebiet zu stören".⁷⁹ Von Kriegsbeginn bis zum Frühjahr 1918 stiegen die Löhne etwa auf das Doppelte.⁸⁰

Den starken Rückgang der Löhne versuchten die Gewerkschaften durch eine Umverteilung innerhalb der Lohnquote zu mildern. Anstelle des Leistungsprinzips trat das Alimentationsprinzip; dessen Zweck in der "Sicherung des Existenzminimums der Arbeiterschaft, sei es auch auf Kosten der besser qualifizierten Gruppen" bestand. "Der Erfolg dieser Lohnpolitik war die Nivellierung der Verdienste, der Ausgleich der Spannungen zwischen den einzelnen Arbeiterkategorien."⁸¹

KAPITEL II

DIE NACHKRIEGSZEIT

KAPITEL II: DIE NACHKRIEGSZEIT

=====

Die mit dem militärischen Zusammenbruch der Monarchie eng verknüpfte ökonomische Erschöpfung hätte auch bei einem Weiterbestehen Österreich-Ungarns einen Wiederaufbau äußerst schwierig gestaltet. Für das Gebiet Deutschösterreichs schienen die wirtschaftlichen Probleme fast unlösbar. Der durch die Kriegsergebnisse aufgestaute Bedarf an lebensnotwendigen Importen wurde durch den Zerfall der Monarchie erheblich vergrößert. Inlandslieferungen - vor allem von Nahrungsmitteln und Rohstoffen - waren plötzlich zu Auslandslieferungen geworden. Da die Nachfolgestaaten zunächst nicht bereit waren, diese Güter Österreich zur Verfügung zu stellen, um eine Rekonstruktion ihrer eigenen Wirtschaft zu sichern, blieb eine Grundvoraussetzung für das Anlaufen der Produktion Deutschösterreichs im ersten Nachkriegsjahr unerfüllt: die hinreichende Ernährung der Bevölkerung und ein genügendes Angebot der nötigen Rohstoffe, vor allem von Kohle.

Die bereits in den letzten Monaten des Krieges katastrophale Mangelsituation in allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens verschärfte sich im ersten Halbjahr nach dem Waffenstillstand. Die Konsequenz dieser Güterlücke war eine Verdoppelung der Lebenshaltungskosten in diesem Zeitraum, die auch durch die staatlichen Preiskontrollen nicht verhin-

dert werden konnte. Die Arbeitslosigkeit, i.e. die Zahl der Menschen, die eine Arbeitslosenunterstützung bezogen, erreichte im Mai 1919 mit mehr als 186.000 ihren Höhepunkt in den ersten Nachkriegsjahren.

Im ersten Halbjahr 1919 beruhigte sich die Preisentwicklung durch die zunehmenden Nahrungsmittellieferungen aus dem Ausland etwas. In der zweiten Hälfte des Jahres 1919 begann die Produktion langsam anzulaufen. Da zu diesem Zeitpunkt die internationale Hochkonjunktur noch anhielt, waren Importe weiterhin schwierig und wenn, nur zu hohen Preisen erreichbar. Letzteres war eine Konsequenz der stark gestiegenen Weltmarktpreise und des ab Mai 1919 rapide fallenden Außenwerts der Krone.

Als Mitte 1920 der internationale Nachkriegsboom beendet war, begann in Österreich die Nachkriegskonjunktur. Die sinkenden Weltmarktpreise als Ausdruck des weltweiten Überangebots von Rohstoffen und die Beruhigung in der Wechselkursentwicklung ermöglichten nun einerseits genügend Importe, die ein Steigen des inländischen Güterangebots zuließen, und andererseits eine teilweise Befriedigung der großen Auslandsnachfrage nach österreichischen Gütern, die wegen der Wechselkursentwicklung äußerst billig geworden waren. Die Zahl der Arbeitslosen sank ab Mai 1920 rasch und betrug im November nur mehr 14.000 (siehe Tabelle 11, Seite 69).

1921 begann der Wirtschaftsaufschwung mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft und der Wohnungswirtschaft alle Bereiche zu erfassen. Das reale Wirtschaftswachstum lag bei etwa 10 %, und die Aufwärtsentwicklung der Preise hatte sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres etwas beruhigt. Im September 1921 hatte der Lebenshaltungskostenindex etwa das Siebenfache des Ausgangsniveaus vom November 1918 erreicht (siehe Tabelle 19, Seite 97). Im November 1921 erreichte die Zahl der unterstützten Arbeitslosen mit der Zahl von 9.000 ihren Tiefpunkt im Zeitraum von November 1918 und Oktober 1922.

Im September 1921 begann die Inflation, nachdem sich bereits ab Mai der Verfall der Krone auf den Auslandsmärkten zusehends beschleunigt hatte, in eine Hyperinflation umzuschlagen. Trotz galoppierender Inflation hielt die Konjunktur jedoch auch im Jahr 1922 an und wurde erst durch das Inflationsende im Oktober abrupt beendet. Der Österreich in den Genfer Protokollen auferlegte restriktive wirtschaftspolitische Kurs führte in der Folge zu einer stark erhöhten Arbeitslosigkeit, einer Unterauslastung der Kapazitäten und geringen Investitionen im industriellen Bereich. Diese Konstellation blieb bis zum Ende der Ersten Republik im wesentlichen unverändert.

2.1. DIE INNENPOLITISCHE ENTWICKLUNG

=====

Die Umwälzungen des Ersten Weltkrieges stellten die politischen Parteien 1918 vor eine völlig neue Situation. Während die parlamentarische Linke theoretisch einigermaßen darauf vorbereitet war, es aber an der nötigen Erfahrung bei der Umsetzung der theoretischen Vorstellungen in die Praxis fehlte, zeigte sich das bürgerliche Lager zunächst im Stadium der Desintegration.¹ Die Sozialdemokratie sah sich zwei Aufgaben gegenüber: "einerseits die gewaltige revolutionäre Gärung im Proletariat, die tiefe Erschütterung der ganzen kapitalistischen Gesellschaftsordnung auszunützen, um dem Proletariat möglichst starke und dauerhafte Machtpositionen im Staat und in den Gemeinden, in den Fabriken, in den Kasernen und in den Schulen zu erobern; andererseits aber zu verhindern, daß sich die revolutionäre Gärung bis zum offenen Bürgerkrieg, bis zum offenen Zusammenstoß mit der Übermacht des Entente-imperialismus weiterentwickelt und damit die Hungerkatastrophe, die Invasion, die Konterrevolution herbeiführt."²

Bis zu den Wahlen am 16. Februar 1919, in denen es vor allem um eine endgültige Entscheidung zwischen Monarchie und Republik ging, lag die Macht in den Händen der provisorischen Nationalversammlung. Ihr Exekutivorgan, de facto die Regierung, war der von allen drei Parteien, den Sozial-

demokraten, den Christdemokraten und den Großdeutschen besetzte Staatsrat. Aus den ersten Wahlen gingen die Sozialdemokraten mit 43 Prozent der Stimmen gegenüber 38 Prozent Stimmenanteil der Christlichsozialen als die stärkste Partei hervor. Auf die Deutschnationalen, die im Staatsrat und in der provisorischen Nationalversammlung noch dominiert hatten, entfielen knapp neunzehn Prozent.

Es kam zur Bildung einer "proletarisch-bäuerlichen" Koalition, da eine rein sozialistische Regierung die destruiende Opposition der Länder hervorgerufen hätte. Zu diesem Zeitpunkt dominierten in der Christlichsozialen Partei noch eindeutig die agrarischen Einflußgruppen und standen in deutlichem Gegensatz zum urbanen, bürgerlich-monarchistisch orientierten Flügel. Das Übergewicht der Agrarier ermöglichte eine Verständigung zwischen den beiden Koalitionspartnern; die Sozialdemokraten hatten nicht die "Alleinherrschaft, aber (die) Vorherrschaft" erreicht.³

Die konstituierende Nationalversammlung bestätigte im März 1919 den von der provisorischen Nationalversammlung am 12. November des Vorjahres gefaßten Beschluß, daß Deutsch-österreich ein Teil der deutschen Republik sei. Diese Proklamation hatte aber keinerlei praktische Bedeutung, da weder die Regierung in Wien noch in Berlin die Alliierten

Mächte vor Abschluß eines Friedensvertrages provozieren wollte.

Die zunächst hauptsächlich im nicht sozialistischen Bereich angesiedelte Opposition gegen eine Vereinigung mit Deutschland verstärkte sich, nachdem Anfang Mai 1919 ein Entwurf des Friedensvertrages mit Deutschland und damit die harten Friedensbedingungen bekannt wurden. Außerdem enthielt der Vertragsentwurf einen Passus, der Deutschland verpflichtete, die Unabhängigkeit Österreichs anzunehmen und als unabänderlich zu betrachten.⁴

Anfang Juni wurde der österreichischen Delegation in St. Germain der erste Entwurf eines Friedensvertrages überreicht, der neben der neuen Grenzziehung harte ökonomische Auflagen enthielt. Das Eigentum österreichischer Staatsbürger in den Nachfolgestaaten sollte beschlagnahmt und die Auslandsschulden und die Schulden in den Nachfolgestaaten sollten valorisiert werden. Während man in diesem ersten Entwurf die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Nachfolgestaaten und den Staaten der Entente auf dieselbe Weise behandelt hatte, wurde im zweiten Entwurf Ende Juli 1919 in dieser Frage differenziert.⁵ Die Liquidierung des Eigentums in den Nachfolgestaaten schien nicht mehr auf und die Regelung der Verteilung der Staatsschuld war nunmehr für Österreich günstiger. Im dritten und endgültigen Text des Vertrages vom 2. September 1919

konnten weitere wirtschaftliche Verbesserungen erreicht werden. Die Endfassung enthielt aber - zum Unterschied von den beiden ersten Entwürfen - ein Anschlußverbot.⁶ In den vier Wochen nach der Publikation des Friedensvertrages stieg die Dollarnotierung in Wien von 46.83 auf 68.50 Kronen.

Mitte Oktober 1919 ratifizierte die Nationalversammlung den Vertrag von St. Germain. Gleichzeitig trat die Koalitionsregierung zurück. In der darauf folgenden zweiten Koalition verloren die Sozialdemokraten an Einfluß. Der Gegensatz zwischen den landwirtschaftlichen und den bürgerlichen Einflußgruppen war durch die Rückkehr und Reintegration der Bauern in ihre Betriebe weitgehend beseitigt worden. Die Ausgeglichenheit des Kräfteverhältnisses im neuen Kabinett lähmte die Regierung, da alle Regierungsverhandlungen vom Koalitionskomitee genehmigt werden mußten. Es kam weder zu einer Vermögensabgabe, um die Situation der Staatsfinanzen zu verbessern, noch zum Beschluß einer Verfassung.

Ein Streit über den Einfluß der Parteien auf die Wehrmacht war der Anlaß für die Demission der Koalitionsregierung Renner im Juni 1920. Bis zu den Wahlen im Oktober 1920 amtierte eine Proporzregierung, die sich aus Christlich-Sozialen, Sozialdemokraten und Beamten zusammensetzte. In die Periode dieser Übergangsregierung fiel

das Inkrafttreten der neuen Verfassung, die die zentrifugalen Kräfte der Länder einigermaßen abschwächte. Die Neuwahlen machten die Christlich-Sozialen wieder zur stärksten Partei des Landes. Von den 174 Mandaten entfielen 83 auf die Konservativen, 66 auf die Sozialdemokratische Partei und 26 Mandate auf die Großdeutschen Parteien.⁸

Die Linke hatte aufgrund des Wahlergebnisses eine erneute Regierungsteilnahme abgelehnt. Die Optionen der Sozialdemokratie bestanden darin, sich an der Regierung zu beteiligen und damit wesentliche Zugeständnisse an die Christlich-Sozialen in Kauf zu nehmen oder die Oppositionsrolle zu übernehmen und damit den Staatsapparat dem politischen Gegner auszuliefern. Die Entscheidung für das Letztere entsprang prinzipiellen Erwägungen Bauers. Seiner Einschätzung nach hätte - nach deutschem Vorbild - eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Christlich-Sozialen eine Spaltung der Arbeiterschaft in Sozialdemokraten und Kommunisten unumgänglich gemacht und daher nur das konservative Lager gestärkt. In der Oppositionsrolle sah er den Einfluß der Kommunisten minimiert und die Einheit der Arbeiterschaft gesichert.⁹

Die Art der Konfliktaustragung radikalisierte sich zusehends. Renner wurde von O. Bauer innerhalb der Sozial-

demokratie abgelöst. Auf der Gegenseite ersetzte man den Bauernvertreter J. Fink. An seine Stelle traten die bürgerlichen Vertreter der "Wiener Richtung". Otto Bauer hatte als Reaktion auf die konservative Regierung ein neuerliches Aufleben revolutionärer Bestrebungen erwartet. Während er diesen Faktor bei weitem überschätzte, hatte er den schwindenden Einfluß der Sozialdemokraten im staatlichen Sektor unterschätzt. Die Arbeiterschaft verlor ihre führende Position in der Wehrmacht.

Im Mai 1921 trat die Regierung Mayr zurück. Die Führung des antimarxistischen Blocks wurde von Polizeipräsident Schober übernommen. Die Integration der Großdeutschen ermöglichte erstmals die Bildung einer Regierung, die durch eine starke Parlamentsmehrheit abgesichert war. Diese Blockbildung der nichtsozialistischen Parteien war ein Erfolg Ignaz Seipels, der im Mai 1922 zum Bundeskanzler avancierte. Verspätet wurde in den Genfer Protokollen im Oktober 1922 die definitive Zusage von Auslandskrediten erreicht. Die Konsequenz war ein "Ausverkauf"¹⁰ der österreichischen Wirtschaft und damit verbunden eine verhängnisvolle Abhängigkeit in Schlüsselbereichen der Industrie und des Dienstleistungssektors vom Ausland.

Der Staatshaushalt wurde durch die Entlassung von 30

Prozent der Beamten, durch den Abstoß von zahlreichen staatlichen Betrieben und weitere rigorose Sparmaßnahmen mühsam ins "Gleichgewicht" gebracht. Auf der Einnahmeseite forcierte man die indirekten Steuern.¹¹

... der vielgepriesene und vielgelästerte Genfer Sanierungsplan schuf durch die Festigung der Währung und die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt jedenfalls nur die Voraussetzungen der Sanierung. Den Aufbau der Wirtschaft des neuen Österreich hat er gar nicht versucht. Er hat vielmehr - indem er den Staat zu äußerster Sparsamkeit zwang - die staatliche Investitionsmöglichkeit und damit die Möglichkeit gewinnbringender Betätigung des inländischen Kapitals wie der inländischen Arbeitskräfte - eingeschränkt und - durch die landfremde Kontrolle, die er einsetzte und die nun allmonatlich warnende Berichte erstattet - das Vertrauen des Auslandes vernichtet und damit auch die Beschaffung ausländischen Kapitals unmöglich gemacht. 12

Seipel und den Alliierten gelang somit eine "Sanierung" des Budgets - die "Gesundung" der Volkswirtschaft und die von ihm dafür notwendig erachtete "Sanierung der Seelen"¹³ aber scheiterte. In den folgenden Jahren der ersten Republik reichten die Investitionen gerade, um den Realwert des Kapitalstocks zu erhalten, der Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen stieg auf Kosten der Industrie.¹⁴

2.2. DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

=====

Als Ende 1918 die Kampfhandlungen eingestellt wurden, war mit dem Krieg eine wichtige Epoche der Wirtschaftsgeschichte zu Ende gegangen. Die einschneidendsten internationalen Änderungen bestanden im Rollenverlust Großbritanniens als Garant des Goldstandards, in der Verschiebung der Weltproduktion und des Welthandels zuungunsten Europas¹⁵ und einer wesentlich stärkeren Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft; schließlich in der "Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung vom Tiefpunkt im August 1914 zum Triumph in der russischen Oktoberrevolution".¹⁶

Für Österreich waren die Veränderungen weit einschneidender als für die meisten anderen Länder. Ein entscheidender Rückgang der Inflationsraten war kurzfristig aus mehreren Gründen unmöglich. Der Kapitalstock für die zivile Produktion war in den vier Kriegsjahren "überall in der Welt in einem bis dahin wahrscheinlich unbekanntem Umfang vermindert worden".¹⁷ Die unmittelbar für die Kriegsführung hergestellten Güter wurden zum Teil unbrauchbar, und der Bestand der Konsumgüter reichte in einigen Ländern, zu denen auch Österreich gehörte, kaum zur Aufrechterhaltung des physischen Existenzminimums für alle Teile der Bevölkerung.

Die Demobilisierung erhöhte das Arbeitskräfteangebot

schlagartig. Anfang Dezember 1918 erhielten 46.000 Personen eine Arbeitslosenunterstützung.¹⁸ Zwei Monate später war die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf 162.000 angestiegen. Am Höhepunkt der Nachkriegskrise, im Mai 1919, betrug sie 186.000. Von da an - mittlerweile war die Blockade der Siegermächte aufgehoben worden und die für ein Anlaufen der Produktion notwendigen Rohstoffe konnten wieder importiert werden - sank sie rasch und halbierte sich bis zum Jahresende (siehe Tabelle 11, Seite 69).

Die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterschaft und die katastrophale Ernährungssituation machten eine Integration der rückkehrenden Arbeiter und Angestellten und eine Erhöhung der Löhne unumgänglich. Bis zum Februar 1919 - dem Anlaufen der Reliefkreditation der Alliierten und von neutralen Ländern, die die notwendigen Lebensmittelzufuhren ermöglichten,^{18a} - war die Bevölkerung Wiens beinahe ganz von Nahrungsmittellieferungen aus den anderen Sukzessionsstaaten und auch aus den ländlichen Gebieten der Republik abgeschnitten. Beispielsweise verhinderten die steirischen Behörden den Transit von Rindern aus Jugoslawien nach Wien, um auf diese Weise die jugoslawischen Bauern zu zwingen, ihre Tiere auf dem Grazer Markt zu günstigeren Preisen zu verkaufen.¹⁹

Die Reliefkredite hatten zweifellos im ersten Halbjahr 1919

Tabelle 11 Unterstützte Arbeitslose (in 1000) in Österreich

	1918	1919	1920	1921	1922	1923
Jan.				16.637	16.713	117.144
Feb.		162.104	69.427	16.217	33.554	161.227
März			61.851	14.520	42.933	167.417
Apr.		178.553	53.999	9.790	42.231	152.830
Mai		186.030	45.883	9.518	44.281	132.226
Juni		170.682	19.155	10.103	38.567	107.965
Juli			22.403	11.035	33.355	92.798
Aug.		133.362	23.970	11.702	30.967	87.155
Sept.			22.705	11.349	31.247	83.891
Okt.		112.347	19.768	10.594	38.000	78.801
Nov.			14.733	8.709	55.008	75.810
Dez.	46.203	87.266	16.073	9.822	82.923	79.290

Quelle: Walré de Bordes, The Austrian Crown, S. 11.

eine etwas dämpfende Wirkung auf die Lebenshaltungskosten. Sie konnten das drückende Versorgungsproblem aber nicht annähernd beseitigen. Da einige Preise für Grundnahrungsmittel von der Administration zu niedrig angesetzt worden waren, verschlechterte sich die Situation Anfang 1919 noch weiter. Während vor dem Krieg täglich 900.000 Liter Milch aus Ungarn nach Wien transportiert worden waren, waren es im Jänner 1919 nur noch 70.000 Liter. In den darauffolgenden Monaten sank die Zufuhr auf 30.000 Liter.²⁰

Nachdem im Laufe des Jahres 1919 die Versorgung der Bevölkerung einigermaßen gewährleistet werden konnte und die notwendigen Rohstoffe am Weltmarkt wieder erhältlich waren, wurden die längerfristigen Schwierigkeiten des neuen Staates offensichtlich. Der Krieg hatte die - gemessen am Zustand des Jahres 1913 - nicht ungünstige ökonomische Ausgangssituation Deutschösterreichs mit zusätzlichen Strukturproblemen belastet. In der Republik wurde die wirtschaftliche Lage aber - eine Konsequenz des Zerfalls der Monarchie - durch eine weit wichtigere Problematik kompliziert.

Die Neugliederung löschte jahrzehntelang eingespielte inner- und zwischenstaatliche politische und wirtschaftliche Mechanismen aus. Österreich verblieben etwa 12 Prozent der Bevölkerung der Monarchie, 30 Prozent der Industrie-

arbeiter, aber nicht einmal ein Prozent der Kohlenressourcen.²¹ Die Arbeitsteilung zwischen Österreich und Ungarn, die die notwendigen Lebensmittelzufuhren und den Absatz der Produkte Deutschösterreichs aus dem sekundären Sektor ermöglicht hatte, war ebenso beendet wie die Arbeitsteilung innerhalb der österreichischen Reichshälfte; letzteres bedeutet vor allem den Verlust wichtiger Rohstoffe für die Industrie der Republik. Der Kohlenbedarf konnte Anfang 1919 nur zu 25 Prozent gedeckt werden. Außerdem mußten Erdöl, Baumwolle, Schafwolle, Buntmetalle und Rohgummi importiert werden.

2.2.1. Außenhandel

Der durch den Verlust des ökonomischen "Hinterlands" ausgelöste überhöhte Importbedarf, dem ein Verlust der traditionellen Absatzmärkte gegenüberstand, traf mit der durch die Blockade vier Jahre lang aufgestauten Nachfrage nach ausländischen Gütern zusammen. Diese Konstellation mußte zu einem wesentlichen Defizit der Außenhandelsbilanz führen. Ab der zweiten Hälfte des Jahres 1919, als die Auslandsmärkte wieder zugänglich waren, begannen die Belastungen voll zur Geltung zu kommen. "Der Zusammenbruch des Kaiserreiches" hatte "klar bewiesen, wie groß Österreichs "Abhängigkeit von anderen Gebieten war". Es war, "wie England, Belgien oder die Schweiz, ein Land geworden, das von internationalem Handel lebt".²² Während die Einfuhr des alten Österreich 87 Kronen pro Kopf der Bevölkerung betrug, waren es 1924 260 Kronen. Ungefähr je ein Drittel entfielen noch in diesem Jahr auf Lebensmittel²³ und auf Rohstoffe²⁴.

Da es unmittelbar nach Kriegsende an Vorräten aller Art fehlte, war das Wiederaanlaufen der industriellen Produktion anfangs stark behindert. Die nach 1918 international aufgetretenen protektionistischen Tendenzen betrafen den neuen Staat daher besonders. Die Unsicherheit über die Richtung der künftigen Handelsströme und deren

Umfang, die Ungewißheit über die Entwicklung der Wechselkurse und das Bestreben der Nachfolgestaaten der Monarchie, den Aufbau der eigenen Industrie störungsfrei durchführen zu können und die zunächst noch wirksame Blockade der Alliierten schlossen Österreich im ersten Jahr nach dem Waffenstillstand fast völlig von der internationalen Arbeitsteilung aus. Ein Anfang 1919 von der Administration ausgearbeitetes Investitionsprogramm zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit scheiterte an diesen Schwierigkeiten. Die Ein- und Ausfuhr wurde staatlich kontrolliert und konnte nur in Form von Kompensationsgeschäften abgewickelt werden.²⁵ Die protektionistischen Maßnahmen der Donaustaaten bestanden zunächst aus Ein- und Ausfuhrverboten und später in einer allmählichen, aber wesentlichen Anhebung der Zölle. Anfang der Zwanzigerjahre wurden die Handelsbeschränkungen zum Großteil wieder aufgehoben. Die Zollsätze der östlichen Handelspartner blieben aber weiterhin deutlich über denen der westlichen Staaten.²⁶

In den ersten Nachkriegsmonaten setzten die Nachfolgestaaten damit gegenüber der Republik konsequent jene Politik fort, die sich bereits während der letzten Kriegsmomente innerhalb der Monarchie gezeigt hatte. Die Handelsbeschränkungen, vor allem der Tschechoslowakei, kamen einer Blockade gleich und machten den Beginn des Wiederaufbaues äußerst schwierig. So mußten zum Beispiel in der Steiermark alle Hochöfen bis auf einen stillgelegt werden,

was einer Lahmlegung der Eisen- und Stahlproduktion gleichkam.²⁷ Dies induzierte den Stillstand eines wesentlichen Teiles der Metall- und Maschinenindustrie. Aber auch in anderen Branchen lief die Produktion nur zögernd an. Die wirtschaftliche Krise verschärfte sich und erreichte im Mai 1919 ihren Höhepunkt.

Auch im zweiten Halbjahr 1919 waren die Rohstoffengpässe noch zu groß und die Angebotselastizität der österreichischen Wirtschaft zu gering, um eine Partizipation am internationalen Nachkriegsboom zu ermöglichen, die bei einer entsprechenden Produktion durch die - für Exporte - günstige Wechselkursentwicklung erreichbar gewesen wäre. Während die Vorteile eine Abwertung auf der Ausfuhrseite nicht wirksam werden konnten, kamen die Nachteile auf der Einfuhrseite in dieser Phase des Wiederaufbaus, die bis Anfang 1920 andauerte, voll zum Tragen, und wurden durch die wegen der internationalen Konjunktur weiter steigenden Weltmarktpreise noch verschärft.

Die Weltmarktpreise hatten sich von 1914 bis 1918 verdoppelt und stiegen bis zum Frühjahr 1920 weiter an. Der Index der Weltmarktpreise hatte bis dahin mit 250 (1913 = 100) seinen höchsten Wert erreicht. Bis Mitte 1921 sank der Index um 100 Punkte. Danach blieben die Weltmarktpreise bis Ende 1923 stabil auf einem Niveau, das etwa fünfzig

Prozent über dem der Vorkriegszeit lag.²⁸

Das Einsetzen der internationalen Rezession war eine Konsequenz der hauptsächlich von den Vereinigten Staaten und Großbritannien rigoros angewandten restriktiven Wirtschaftspolitik. Das dadurch entstandene Überangebot von Gütern am Weltmarkt machte ab der Mitte des Jahres 1920 auch die österreichischen Importeure als Nachfragende interessant. Österreich, das sich 1919 noch mit der Einfuhr von 12 Millionen Meterzentnern Kohle und Koks begnügen mußte, hatte nun keinerlei Probleme mehr, die nötigen Rohstoffe zu bekommen. 1920 stieg die Einfuhr von Kohle und Koks auf 40 Millionen Meterzentner.²⁹

Dadurch wurde die Produktion zunächst vor allem in den exportorientierten Branchen stark erhöht. Eine Ausnützung der durch die Wechselkursentwicklung geschaffenen "Exportprämie" stand nun nicht mehr, wie 1919, ein Engpaß an Vorprodukten gegenüber, die importiert werden mußten. Wie die Tabelle 12 auf Seite 76 zeigt, stiegen die Exporte erheblich. Dieser Expansion der Warenausfuhr stand jedoch, wegen der durch den Zerfall der Monarchie bedingten starken Importabhängigkeit der österreichischen Wirtschaft einerseits und dem nach wie vor extremen Nachholbedarf im Nahrungsmittelbereich, eine gleichzeitige sprunghafte Zunahme der Importe gegenüber, die die Nachfrage nach Devisen und den Druck auf den Kronenkurs weiter erhöhte (siehe Tabelle 13,

Tabelle 12 Exporte Österreichs 1919 und 1920

	Zweites Halbjahr 1919	1920
	Meterzentner	
Papier und Papierwaren	310.688	887.599
Leder und Lederwaren	12.232	40.443
Möbel und Möbelteile	24.052	91.914
Eisen und Eisenwaren	755.557	1918.523
Maschinen und Apparate	125.441	411.642
Elektrische Maschinen und Apparate	25.366	81.488
Chemische Hilfsstoffe und Produkte	155.624	471.086
Kleider und Putzwaren	4.043	12.189
Wäsche	263	3.277
		Stück
Fahrzeuge	2.081	12.491

Quelle: Otto Bauer, "Die österreichische Revolution", Seite 203.

Tabelle 13 Importe Österreichs

	im zweiten Halbjahr 1919	im Jahre 1920	im Jahre 1921
	Meterzentner		
Getreide und Mehl	2.359.571	6.131.404	7.560.558
Speisefette	122.036	432.396	402.867
	Stück		
Schlacht- und Zugvieh	18.487	37.141	130.928

Quelle: O. Bauer, "Die österreichische Revolution", S. 204.

Seite 77). Das Defizit in der Handelsbilanz betrug (wie die Tabelle 14 auf Seite 79 zeigt) 1920 769 Millionen Goldkronen. Die Exporterlöse konnten den Wert der Importe nur zu etwa 55 Prozent decken.

Diese verhängnisvolle Situation der österreichischen Wirtschaft wird auch aus der Handelsbilanz des folgenden Jahres ersichtlich, in dem der exportinduzierte Aufschwung in eine gesamtwirtschaftliche Konjunktur überging. Einer weiteren Steigerung des Exportvolumens stand eine größere Zunahme der Importe gegenüber. Das Defizit in der Handelsbilanz, ausgedrückt in Goldkronen, war 1921 sogar noch größer als 1920.

1922 zeigte die Handelsbilanz erstmals in der Nachkriegszeit einen Rückgang der importierten Mengen gegenüber dem Vorjahr, während die Exporte im letzten Inflationsjahr quantitativ erheblich zunahmen. Das Handelsbilanzdefizit sank von 795 Millionen Goldkronen im Jahre 1921 auf 544 Millionen Goldkronen im Jahre 1922. Daß das Volumen der Importe 1921 und 1922 beträchtlich über dem des Jahres 1920 lag, führt de Bordes vor allem auf die entschiedene Verbesserung der Transportbedingungen zurück.³⁰

Diese Entwicklung der Importe widersprach den gängigen theoretischen Vorstellungen, die in einer Situation einer kontinuierlichen Abwertung einer Währung eine hohe Elastizität der Importnachfrage unterstellte. Die Diskrepanz

Tabelle 14 Handelsbilanz Österreichs 1920 bis 1922

	Importe		Exporte		Defizit
	Gewicht in Zentnern (oder Stückzahl)	Wert in tausend Goldkronen	Gewicht in Zentnern (oder Stückzahl)	Wert in tausend Goldkronen	in Mio. Goldkronen
1920	61.176.232 (1.088.503)	1.701.160	13.752.433 (1.158.865)	931.849	769
1921	82.282.490 (2.088.503)	1.698.834	15.465.323 (1.719.376)	904.169	795
1922	74.487.374 (1.668.897)	1.590.879	21.157.603 (2.061.326)	1.046.580	544

Quelle: Walré de Bordes, "The Austrian Crown", London 1974, Seite 181.

zwischen Theorie und Praxis läßt sich in diesem Fall nur zu einem geringen Teil dadurch erklären, daß die durch den ständigen Verfall des Kronenkurses herbeigeführte Verteuerung der eingeführten Güter durch ein Sinken der Welt handelspreise teilweise kompensiert wurde. Wesentlicher ist, daß eine Reaktion auf eine Veränderung des Außenwerts einer Währung in Form einer - im Falle einer Abwertung - beträchtlichen Reduktion der Importe kurzfristig nur in Ländern eintreten wird, in denen der Zusammenhang zwischen Export- und Importwirtschaft gering ist.

For example in Russia during the depreciation of the rouble, a case studied by Wagner,³¹ exports were agricultural products and raw materials and imports were manufactured goods. In these conditions a fall in the exchange rate immediately placed an obstacle in the way of imports, while giving an immediate stimulus to exports.

32

In Österreich war die Lage anders. Die Industrie des neuen Staates war, wie auch in einem geringeren Ausmaß die deutsche Industrie, von der Einfuhr zahlreicher Rohstoffe abhängig. Um von der Abwertung der Krone durch gesteigerte Exporte profitieren zu können, mußten Rohstoffe und Vorprodukte importiert werden, wenn dem Zuwachs der Ausfuhr nicht eine entsprechende Reduktion des inländischen Konsums entsprechen sollte. Dazu kam noch - ein Effekt, der sich besonders 1921 auswirkte - , daß der durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogene industrielle Kapitalstock in einem Zustand war, der eine Erneuerung unaufschiebbar machte. Das

erklärt das scheinbar paradoxe Phänomen, daß ein Fall der Krone zuerst die Nachfrage nach ausländischen Gütern erhöhte. Dies geschah, weil die Produzenten die zukünftige Entwicklung der Exportnachfrage vorwegnahmen. Deshalb wurden auch in den ärgsten Phasen des Wechselkursverfalles ausländische Güter zu jedem Preis gekauft und gleichzeitig die Abwertung der Krone noch beschleunigt.

Neben dem geringen Anteil der inländischen Wertschöpfung an den exportierten Gütern machte die Nahrungsmittelsituation eine Verbesserung der Handelsbilanz unmöglich. Wie die Statistik der Einfuhrmengen vom zweiten Halbjahr 1919 und den Jahren 1921 und 1922 zeigt, wuchs das Importvolumen von Getreide und Mehl noch 1921 gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent (siehe Tabelle 13, Seite 77).³³

2.2.2. Der Staatshaushalt

Bereits während des Krieges war die Situation der Staatsfinanzen chaotisch geworden. Das Finanzministerium hatte noch vor 1918 die Übersicht über die Ausgaben der anderen Ressorts verloren, da unter dem Titel "kriegsnotwendige Ausgaben" jederzeit eine Überziehung des Ausgabenrahmens möglich gewesen war. Der größte Teil der nach dem Waffenstillstand anfallenden zusätzlichen Staatsausgaben entfiel auf die Lebensmittelzuschüsse, die Arbeitslosenunterstützung und auf die Beamtengehälter, wobei erstere unmittelbar mit jeder weiteren Abwertung der Krone zunahmen.

Die Lebensmittelsubventionen waren - zumindest bis Ende 1920 - jedoch unumgänglich.³⁴ Teilweise um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen und teilweise um den Preisauftrieb zu bremsen, hatte man die Verteilung der wichtigen Nahrungsmittel bereits während des Krieges staatlich kontrolliert. Dieses System wurde in der Nachkriegszeit übernommen und bestand in einer Abdeckung der Differenz zwischen Marktpreis und tatsächlichem Preis der Lebensmittel aus dem Staatshaushalt. Dieses Vorgehen kam - durch seine dämpfende Wirkung auf die Löhne - nicht zuletzt den Unternehmern zugute. Die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung belasteten das Budget besonders im ersten Nachkriegsjahr.

Die politische Notwendigkeit, die von den slawischen Nach-

folgestaaten und Italien entlassenen deutschsprachigen Beamten in den öffentlichen Sektor zu integrieren³⁵, war neben den Lebensmittelzuschüssen, die bis Mitte 1920 etwa 25 Prozent der gesamten Staatsausgaben in Anspruch nahmen³⁶, und der Arbeitslosenunterstützung der dritte Grund für die Expansion des Budgetdefizits. Der Anteil des Defizits an den Staatsausgaben erreichte im ersten Halbjahr 1919 mit 67 Prozent seinen größten Nachkriegswert (siehe Tabelle 15, Seite 84).

Der Beamtenapparat war bereits vor 1914 überbesetzt gewesen, da alle Nationalitäten und politischen Gruppen möglichst viele ihrer Angehörigen in den öffentlichen Dienst zu schleusen versuchten.³⁷ Außerdem war, wie in allen anderen kriegsführenden Staaten, die Verwaltung auch in Österreich wegen der Kriegserfordernisse zwischen 1914 und 1918 erheblich aufgestockt worden. Der Anteil der öffentlichen Bediensteten an der Gesamtheit der Beschäftigten betrug 1914 3,5 Prozent. Im Kleinstaat waren es 10 Prozent.³⁸

Während die Belastung des Budgets durch Gehälter und Arbeitslosenunterstützung vor allem im ersten Nachkriegsjahr wirksam war, da die Bezüge der öffentlichen Bediensteten erst in der letzten Inflationsphase an die Preissteigerungen gekoppelt wurden und die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ab Herbst 1919 erheblich zurückging, erhöhte jede Verschlechterung des Wechselkurses, indem sie die Nahrungs-

Tabelle 15 Budget 1919 bis 1922

	Einnahmen in Millionen	Ausgaben Kronen	Defizit	Defizit in % der Ausgaben
Jan 1 b. Juni 30/19	1.339	4.043	2.704	67
Jul 1 b. Juni 30/20	6.295	10.873	10.579	63
Jul 1/20 b. Jun 1921	29.483	70.601	41.117	58
Jul 1/21 b. Dez 1921	24.075	49.496	25.421	51
Jan 1 b. Dez 1922	209.763	347.533	37.770	40

Quelle: Walré de Bordes, "The Austrian Crown", S. 22.

Tabelle 16

1920/21	in Milliarden Kronen		
	Budget	Rechnungs- abschluß	Multiplum
Einnahmen	29.5	95.4	3.23
Ausgaben	70.6	133.2	1.85
Defizit	41.1	37.8	0.90

Tabelle 17

1922			
Einnahmen	209.7	3.315.0	15.86
Ausgaben	347.5	6.770.2	19.56
Defizit	137.8	3.455.8	25.00

Quelle: H. Patzauer, "Die Staatswirtschaft", in: siehe Fußnote 43.

mittelimporte verteuerte, das Defizit des Staatshaushalts. 1919/20 betrug die Lebensmittelsubventionen ein Viertel der Staatsausgaben. Im Budgetjahr 1920/21 waren es bereits 59 Prozent.³⁹ Dieser Prozentsatz entsprach ungefähr dem Anteil des Defizits an den Gesamtausgaben. Ende 1921 liefen die Lebensmittelzuschüsse aus. Das Defizit in Relation zu den Ausgaben sank auf 40 Prozent.

Wenn man die Budgetansätze von 1920/21 und 1922 mit den jeweiligen Rechnungsabschlüssen vergleicht, ergeben sich wesentliche Differenzen (siehe Tabelle 16 auf Seite 84). 1920/21 war das tatsächliche Defizit geringer als das präliminierte. Im letzten Inflationsjahr erreichte das Defizit das 25fache des Budgetansatzes. Das Defizit des Finanzjahres 1920/21 war aus mehreren Gründen geringer als erwartet. Von Mitte 1920 bis Mitte 1921 war die Zahl der monatlich zu unterstützenden Arbeitslosen mit 16.370 weit geringer als 1922. In diesem Jahr betrug sie durchschnittlich 40.815.⁴⁰ Die Gehälter der öffentlich Angestellten waren 1919 und 1920 auf etwa 14 Prozent der Friedenskaufkraft gesunken.⁴¹ Erst 1921 wurden die Beamtengehälter durch ein auf März rückwirkendes Gesetz angehoben. Im Jänner 1922 dürfte die Kaufkraft der Gehälter ungefähr ein Drittel des Vorkriegsniveaus erreicht haben; im Laufe des letzten Inflationsjahres verbesserten sich die Gehälter real um ca. 20 Prozent.

Die von Mitte des Jahres 1920 bis Mitte 1921 stark sinkenden

Welthandelspreise konnten die Belastung des Staatshaushaltes durch die Lebensmittelsubvention etwas dämpfen, sodaß der Anstieg der nominellen Ausgaben mit 89 Prozent gegenüber dem Vorjahr im Finanzjahr 1920/21 geringer war als die Zunahme der Lebenshaltungskosten; diese betrug im gleichen Zeitraum 96 Prozent. Die im Juli 1920 vom Parlament beschlossene Vermögensabgabe - die Auseinandersetzung darüber war mit ein Grund für das Zerfallen der Koalitionsregierung - stellte zwar "nur mehr einen lauen Kompromiß"⁴² dar, ermöglichte aber eine vorübergehende Entlastung des Staatshaushaltes.

Das Charakteristische an der Staatswirtschaft in den Inflationsjahren war die unsymmetrische Vervielfältigung von Ausgaben und Einnahmen. Die Staatseinnahmen wuchsen um vieles langsamer als die Ausgaben.

Sobald einmal das Budget auf dem Papier feststand, multiplizierten sich die Staatsausgaben fast ohne besondere Willensakte der Regierung ganz von selbst; um aber die Staatseinnahmen zu multiplizieren, bedurfte es meistens besonderer Willensakte des Parlamentes oder der vom Parlament gewählten Regierung.

43

1922 waren die nominellen Ausgaben fast zwanzigmal so hoch wie geplant. Da die Sachausgaben zu einem großen Teil für ausländische Güter verwendet werden mußten, - die wichtigsten Posten waren die Kohleneinkäufe für den Betrieb der Bundesbahnen⁴⁴ und für Tabak - waren sie eng mit der Wechselkurs-

entwicklung verbunden. Die vor allem in den letzten Monaten des Jahres umschlagende Entwicklung am Arbeitsmarkt ließ die Aufwendungen für soziale Fürsorge auf das 120fache der Ansätze hinaufschnellen.

Die Diskrepanz zwischen Budget- und Rechnungsabschluß zeigt deutlich, daß die Anpassung der Einnahmen an die Veränderungen des Außen- und des Innenwertes der Währung rigider erfolgte als bei den Ausgaben. Die Staatsausgaben wurden teilweise durch den Wechselkurs⁴⁵ unmittelbar bestimmt; die Personalausgaben waren in den letzten Monaten an den Index der Lebenshaltungskosten gebunden, und nur die Staatsschuld war relativ invariant gegenüber der Entwertung der Krone.

Auf der Einnahmenseite stieß eine Anpassung jedoch auf institutionelle Hindernisse. Die Bindung von Steuersatzänderungen an ein Gesetz und die Arbeitsweise des für die Festsetzung der Tarife zuständigen Hauptausschusses des Nationalrates, der in einem weit geringeren Ausmaß den vollen Einsatz des parlamentarischen Mechanismus erfordert hätte als eine gesetzliche Regelung, waren die Ursachen für die geringere Flexibilität der Staatseinnahmen.

Der österreichische Nationalrat arbeitet niemals wie eine kontinuierlich wirkende Dampfmaschine, sondern stets wie ein Explosionsmotor. Es vergehen oft Wochen der vollkommenen Untätigkeit, bis nach langen, von den Parteiführern hinter den Kulissen geleiteten Verhandlungen plötzlich eine Masse von Gesetzen den gesetzgebenden Körper verläßt.

Innerhalb der Staatseinnahmen, und hier innerhalb der Steuern, konnten die Personalsteuern am ehesten mit der inflationären Entwicklung mithalten. Sie stiegen 1922 - wie die Ausgaben - auf das Zwanzigfache des budgetierten Wertes. Die durch die Steuerprogression verursachte Anpassung der Einnahmen aus der Einkommensteuer wurden Ende 1921 durch die Einführung von Steuereinheiten gemildert und verhinderte im Vergleich zur Inflationsrate überproportional steigende Einnahmen.⁴⁸

Mathematisch ausgedrückt, bildet die Steuereinheit den Divisor des als Dividenden aufzufassenden Nominaleinkommens. Vervielfältigt sich der Dividend, so muß sich auch der Divisor vervielfältigen, damit der Quotient, das ist das Realeinkommen, konstant bleibe. Von dem derart stabilisierten Realeinkommen wird dann die Steuer mit dem im Gesetze festgelegten Prozentsätzen eingehoben. Die Steuereinheit betrug ab 1. Juni 1922 1200, ab 1. April 3000, ab 1. September 6600, ab 21. September 12.700 und sank dann ab dem 1. Dezember auf 10.000 Kronen. 49

Der Steuerzahler konnte durch Verzögerung der Steuerleistung um ein paar Monate die reale Belastung erheblich vermindern. Der dadurch erreichte Gewinn wurde nur durch Bezahlung geringer Verzugszinsen verkleinert.

Weit weniger flexibel als die Personalsteuern waren die Realsteuern. Die Grundsteuer wurde kaum verändert, da man den Widerstand der Bauern und einen Anstieg der Lebensmittelpreise befürchtete. Da die Mieterschutzgesetzgebung die Hausbesitzer stark belastet hatte, war auch eine wesentli-

che Veränderung der Gebäudesteuern kaum durchführbar. Die reale Belastung durch Verbrauchssteuern nahm ebenso kontinuierlich ab. Man erhoffte sich davon eine preis- und lohndämpfende Wirkung.⁵⁰

Die Einnahmen aus Gebühren waren im Rechnungsabschluß des Jahres 1922 auf das Zwanzigfache gegenüber dem Budgetansatz angewachsen. Dieser Effekt geht zum größten Teil auf die Ende 1921 eingeführte Besteuerung des Effekten-, Valuten- und Bankenumsatzes zurück.

In der Tarifpolitik verzichtete man - ebenso wie in Deutschland - auf eine Dynamisierung. Mit der Ausnahme der gemeindeeigenen Betriebe Wiens, wie den Gaswerken, Elektrizitätswerken und den Straßenbahnen, blieben die Tarife öffentlicher Betriebe weit hinter der Preisentwicklung zurück. Ein besonders krasses Beispiel dafür ist die Bundesbahn, die die gesamten Kosten von ins Ausland transportierten Gütern und Personen bis zum Empfangsort übernahm. Der Kunde zahlte den gesamten Tarifpreis, der sich aus der österreichischen und der ausländischen Strecke zusammensetzte, in Kronen, wobei die Kosten für den ausländischen Streckenteil zum jeweiligen Tageskurs berechnet wurden. Die Verrechnung mit der jeweiligen ausländischen Bahngesellschaft erfolgte meistens Monate später und mußte in ausländischer Währung bezahlt werden, deren Kosten in-

zwischen immens gestiegen waren.⁵¹ Die Gesamtausgaben der Bundesbahnen erreichten im Rechnungsabschluß des Jahres 1922 das 30fache der budgetierten Summe, die Einnahmen das 15fache. Für die Post lauteten die entsprechenden Abweichungen 39 und 19. Ähnlich war die Diskrepanz im Salz- und Tabakmonopol.⁵²

2.2.3. Das Volkseinkommen

Die in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 einsetzende rege Aktivität auf dem Effekten- und Devisenmarkt resultierte aus dem im Vergleich zum Außenwert der Krone relativ geringen inländischen Preisniveau. Diese zunehmende Differenz zwischen Binnen- und Außenwert der österreichischen Währung belebte zuerst die Umsätze im Handel, da durch Verkäufe an das Ausland hohe Gewinne realisierbar waren.

Die Anziehungskraft, die Wien dank der großen Spannung zwischen der Kaufkraft und dem Kurs der Krone ... auf die ausländischen Händler übte, stellte Wien als großen Handelsplatz wieder her. Nun kamen wieder jugoslawische und rumänische, polnische und ungarische Händler nach Wien, um hier die Erzeugnisse, nicht nur der österreichischen, sondern auch der tschechoslowakischen Industrie zu kaufen. Wien erlangte seine alte Funktion als Handelsvermittlung zwischen den Industriegebieten der Sudetenländer und den Agrargebieten des Donaubeckens wieder zurück. Und mit dem Handel begannen schließlich auch Gewerbe und Industrie wiederzuerstehen.

53

Die Industrie konnte, da Engpässe am Rohstoffmarkt Ende 1919 und Anfang 1920 noch immer spürbar waren, die durch die Entwicklung des Wechselkurses entstandene "Exportprämie" noch nicht voll ausnützen. Hochkonjunktur herrschte dafür im Luxusgewerbe, das vom Zustrom ausländischer Händler profitierte.

Als Mitte 1920 der heftige, weltweite Nachkriegsboom, der hauptsächlich Ausdruck einer Jagd nach Waren zur Auffül-

Tabelle 18 Volumenindices des Bruttonationalprodukts nach Wirtschaftszweigen

Gewerbl. Produktion

Jahr	Land- u. Forstw.	insges.	Industrie	Gewerbe	Bauwerke	Elektrizität, Gas, Wasser	Verkehr	Handel	Banken	Wohnungs- wirt- schaft	Öffentl. Dienst	Sonst. Dienste	BNP insg.
1913	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
1920	64.6	56.3	45.6	75.0	39.1	120.7	89.5	56.9	148.1	104.0	94.6	76.4	66.4
1921	64.2	62.2	49.6	84.1	43.4	120.1	104.7	69.0	165.8	105.4	102.6	86.0	73.5
1922	75.5	68.8	56.0	91.0	42.0	135.1	117.1	72.0	179.7	107.2	108.8	93.1	80.1
1923	81.3	68.5	57.1	88.2	37.3	139.6	100.8	74.0	172.7	108.7	106.2	90.2	79.3

Bruttonationalprodukt nach Wirtschaftszweigen

Mill. S.

Real. zu Preisen von 1937

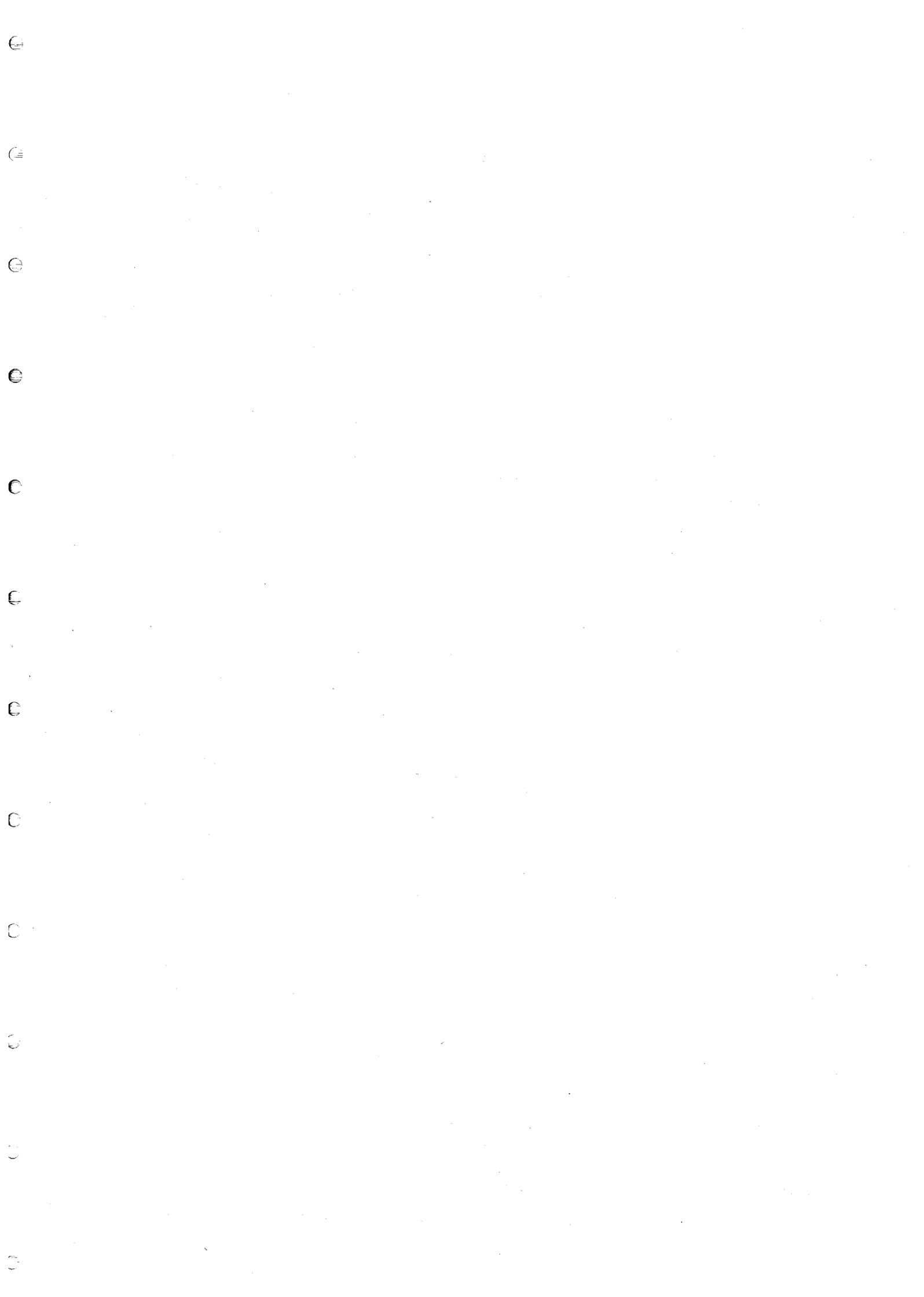
Jahr	1203	4.662	2.956	1.706	555	111	638	1.537	231	277	724	865	10.802
1920	780	2.626	1.547	1.279	217	134	571	871	342	288	685	661	7.175
1921	775	2.900	1.465	1.435	241	140	668	1.056	383	292	743	744	7.175
1922	912	3.207	1.654	1.553	233	150	747	1.103	415	297	788	805	8.657
1923	982	3.193	1.688	1.505	207	155	643	1.133	399	301	769	780	8.562

Anteil in %

Jahr	11.2	43.2	27.4	15.8	5.1	1.0	5.9	14.2	2.1	2.6	6.7	8.0	100.0
1920	10.9	36.6	18.8	17.8	3.0	1.9	8.0	12.1	4.8	4.0	9.5	9.2	100.0
1921 ⁺	9.8	36.5	18.4	18.0	3.0	1.8	8.4	13.3	4.8	3.7	9.4	9.4	100.0
1922	10.5	37.0	19.1	17.9	2.7	1.7	8.6	12.8	4.8	3.5	9.1	9.3	100.0
1923	11.5	37.3	19.7	17.6	2.4	1.8	7.5	13.2	4.7	3.5	9.0	9.1	100.0

⁺1921 bis 1923: eigene Berechnungen aus realen Werten

Quelle: Kausel, Nemeth, Seidel, Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963, S.40 und S. 38.



Hochkonjunktur über. Das reale Wachstum des Bruttonationalproduktes lag bei zehn Prozent. Mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft und der Wohnungswirtschaft, die weiterhin stagnierten, wurden nun alle Wirtschaftszweige von einer erhöhten ökonomischen Aktivität betroffen. Ein überdurchschnittliches Wachstum erzielten der Verkehr und der Handel. Im November, zehn Monate vor dem Ende der Inflation und einen Monat nach Beginn der Hyperinflation, wie sie Cagan⁵⁵ definiert, erreichte die Zahl der unterstützten Arbeitslosen mit knapp 9.000 ihren Tiefpunkt in der gesamten Periode der Nachkriegsinflation.

Es kam zur Errichtung neuer Industrien, die den durch den Zerfall des alten Wirtschaftsgebietes entstandenen Ausfall der Produktion in bestimmten Sparten ersetzen sollten. Zahlreiche ausländische Unternehmungen, besonders aus der Tschechoslowakei, verlegten ihre Betriebe nach Österreich⁵⁶, um die 1921 weiter zunehmende Differenz zwischen der Kronenabwertung und der Entwicklung des inländischen Preisniveaus auszunützen. Da sich in dieser Phase der Inflation ein Sinken des Außenwertes der Krone erst mit einer Verzögerung von zwei bis drei Monaten voll auf die Preise auswirkte,⁵⁷ konnte das Volumen der Exporte erhöht werden.

Das gute Konjunkturklima hielt auch 1922, in der Zeit der Hyperinflation, an. Wie im Jahr davor lag die reale Wachstumsrate des Bruttonationalprodukts bei etwa zehn

Prozent. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen erhöhte sich zwar im Frühjahr und stieg auf über 40.000, sank aber in den letzten Inflationsmonaten auf 30.000. Anders als in Deutschland, wo sich ein Jahr später in den letzten vier Monaten der Hyperinflation die Zahl der Arbeitslosen verfünffachte,⁵⁸ wirkte die Inflation in Österreich bis zuletzt als Stimulans für die ökonomische Aktivität. Die Produktion der Land- und Forstwirtschaft erhöhte sich um fast zwanzig Prozent und die Wachstumsrate der industriellen Produktion lag, bedingt durch eine intensive Exportnachfrage, ebenfalls über dem Durchschnitt.

Tabelle 19 WECHSELKURS, PREISE UND GELDMENGE IN ÖSTERREICH
Zeitraum November 1918 bis Oktober 1922

V01 11M18=100 DOLLARKURS WIEN
V02 11M18=100 LEBENSHALTUNGSKOSTENINDEX
V03 11M18=100 GELDMENGE OESTERREICH

	I	V01	V02	V03
	I			
11M18	I	100.0	100.0	100.0
12M18	I	113.0	132.0	106.0
01M 9	I	115.0	173.0	110.0
02M19	I	138.0	176.0	114.0
03M19	I	157.0	178.0	114.0
04M19	I	184.0	181.0	119.0
05M19	I	167.0	184.0	121.0
06M19	I	209.0	186.0	124.0
07M19	I	232.0	189.0	127.0
08M19	I	280.0	204.0	130.0
09M19	I	425.0	221.0	135.0
10M19	I	621.0	238.0	145.0
11M19	I	796.0	257.0	156.0
12M 9	I	1044.0	278.0	166.0
01M20	I	1559.0	300.0	178.0
02M20	I	1836.0	318.0	194.0
03M20	I	1559.0	337.0	212.0
04M20	I	1398.0	356.0	219.0
05M20	I	1333.0	367.0	218.0
06M20	I	1010.0	378.0	233.0
07M20	I	1068.0	389.0	253.0
08M20	I	1481.0	400.0	272.0
09M20	I	1691.0	412.0	299.0
10M20	I	2272.0	424.0	340.0
11M20	I	3239.0	466.0	379.0
12M20	I	4290.0	512.0	418.0
01M21	I	4736.0	562.0	464.0
02M 1	I	4895.0	607.0	525.0
03M21	I	4950.0	681.0	560.0
04M21	I	4507.0	679.0	613.0
05M21	I	4022.0	724.0	630.0
06M21	I	4616.0	725.0	679.0
07M21	I	5663.0	760.0	732.0
08M21	I	7275.0	753.0	797.0
09M21	I	11524.0	918.0	907.0
10M21	I	22919.0	1450.0	1154.0
11M21	I	43110.0	2283.0	1519.0
12M21	I	43216.0	4030.0	2167.0
01M22	I	52695.0	5061.0	2866.0
02M22	I	47553.0	5976.0	3469.0
03M22	I	50946.0	6030.0	3904.0
04M22	I	53332.0	6040.0	4599.0
05M22	I	65933.0	8317.0	5191.0
06M22	I	114480.0	14262.0	7984.0
07M22	I	217005.0	20171.0	9519.0
08M22	I	456232.0	45256.0	15102.0
09M22	I	521839.0	86299.0	26505.0
10M22	I	513278.0	79055.0	38033.0

Quelle: Walré De BORDES, The Austrian Crown, Its Depreciation And Stabilization, London 1924; S.82f, S.47-50, S.114-135.

Tabelle 20 WECHSELKURS, PREISE UND GELDMENGE IN ÖSTERREICH

Zeitraum November 1918 bis Oktober 1922
Veränderung gegen das Vormonat in %

V01 11M18=100 DOLLARKURS WIEN
V02 11M18=100 LEBENSHALTUNGSKOSTENINDEX
V03 11M18=100 GELDMENGE OESTERREICH

	I	V01	V02	V03
11M 8 I
12M18 I	13.0	32.0	6.0	
01M19 I	1.8	31.1	3.8	
02M19 I	20.0	1.7	3.6	
03M19 I	13.8	1.1	.0	
04M19 I	17.2	1.7	4.4	
05M19 I	-9.2	1.7	1.7	
06M19 I	25.1	1.1	2.5	
07M19 I	11.0	1.6	2.4	
08M19 I	20.7	7.9	2.4	
09M19 I	51.8	8.3	3.8	
10M19 I	46.1	7.7	7.4	
1 M 9 I	28.2	8.0	7.6	
12M19 I	31.2	8.2	6.4	
01M20 I	49.3	7.9	7.2	
02M 0 I	17.8	6.0	9.0	
03M20 I	-15.1	6.0	9.3	
04M20 I	-10.3	5.6	3.3	
05M20 I	-4.6	3.1	- .5	
06M20 I	-24.2	3.0	6.9	
07M20 I	5.7	2.9	8.6	
08M20 I	38.7	2.8	7.5	
09M20 I	14.2	3.0	9.9	
10M20 I	34.4	2.9	13.7	
11M20 I	42.2	9.9	11.5	
12M 0 I	32.8	9.9	10.3	
01M21 I	10.4	9.8	11.0	
02M 1 I	3.4	8.0	13.1	
03M21 I	1.1	12.2	6.7	
04M21 I	-8.9	-.3	9.5	
05M21 I	-10.8	6.6	3.8	
06M21 I	14.8	.1	6.8	
07M21 I	22.7	4.8	7.8	
08M21 I	28.5	-.9	8.9	
09M21 I	58.4	21.9	13.8	
10M21 I	98.9	58.0	27.2	
11M21 I	88.1	57.4	31.6	
12M21 I	.2	76.5	42.7	
01M22 I	21.9	25.6	32.3	
02M22 I	-9.8	18.1	21.0	
03M22 I	7.1	.9	15.1	
04M22 I	4.7	10.1	15.1	
05M22 I	23.6	25.3	12.9	
06M22 I	73.6	71.5	53.8	
07M22 I	89.6	41.4	19.2	
08M22 I	110.2	124.4	58.7	
09M22 I	14.4	90.7	75.5	
10M22 I	-1.6	-8.4	43.5	

2.3. DIE ZEITREIHEN

=====

Für eine nähere Analyse des Inflationsverlaufs nach 1918 stehen in den Tabellen auf den Seiten 96, 97 und 98 die kontinuierliche Entwicklung der Geldmenge, der Preise und des Wechselkurses zur Verfügung. Eine Einbeziehung von laufender Staatsschuld, der Lohnentwicklung und der Importpreise würden das Bild zusätzlich erhellen. Da es aber an zuverlässigen und/oder ausreichenden Daten in diesen Bereichen fehlte, wurde darauf verzichtet. In diesem Abschnitt sollen zunächst die drei Variablen kommentiert werden. Danach wird versucht, durch eine Phaseneinteilung der Periode vom November 1918 bis zu den Lausanner Protokollen im Oktober 1922 einige typische Merkmale des Prozesses zu erfassen.

2.3.1. Die Geldmenge

Bereits während des Krieges verschwanden ein Großteil der Geld- und Silbermünzen aus dem Umlauf. Sie wurden teilweise gehortet, teilweise für industrielle Zwecke verwendet und teilweise exportiert. Da der Nominalwert der Scheidemünzen unter den Metallwert fiel und sie außerdem in den Nachfolgestaaten anfangs weiterhin als legales Zahlungsmittel akzeptiert wurden, bestand die Geldmenge bald nach dem Waffen-

stillstand im wesentlichen nur noch aus Papiergeld. Mit Ausnahme der Übergangsperiode des Jahres 1919 kann daher die Geldmenge aus den Bilanzen der Österreich-Ungarischen Bank beziehungsweise in den letzten Inflationsjahren aus den Bilanzen der "österreichischen Geschäftsführung" problemlos bestimmt werden. Anders war die Situation im Jahr, das auf den Waffenstillstand folgte. Während der ersten Kriegsmo-
nate blieb die Österreich-Ungarische Krone weiterhin das gesetzliche Zahlungsmittel in den Nachfolgestaaten. Der Zwang zum Improvisieren unmittelbar nach Kriegsende bewirkte, daß Reste der alten Ordnung für einige Zeit weiterbestanden.

In der Österreichisch-Ungarischen Bank, die über die einzige Notendruckerei im Bereich der einstigen Monarchie und über nach wie vor gut funktionierende Zweiganstalten verfügte, herrschte anfangs die optimistische Meinung vor, durch eine entsprechende organisatorische Anpassung an die neue Situation die Währungseinheit aufrecht erhalten zu können.

59

Anfang Jänner 1919, als Jugoslawien begann, die in seinem Gebiet zirkulierenden Kronennoten abzustempeln, und endgültig Ende Februar desselben Jahres, als die Tschechoslowakei dem Vorbild Jugoslawien folgte, zeigte sich, daß der Gedanke an ein Fortbestehen einer gemeinsamen Währung illusionär war.⁶⁰

Das Problem der Währungstrennung stellte sich den einzelnen

Nachfolgestaaten in verschiedener Form, je nachdem, ob es sich um die Angliederung von Gebieten an bereits existierende Staaten wie im Falle Rumäniens, Serbiens und Italiens, oder um die Konstitution völlig neuer Staaten wie in der Tschechoslowakei und in Polen handelte. In Österreich und in Ungarn war die Situation wiederum anders gelagert; hier konnten die bereits bestehenden Währungssysteme fortgeführt werden.

Nach Jugoslawien und der Tschechoslowakei begannen auch Österreich und Ungarn mit einer Abstempelung der in ihren Gebieten zirkulierenden Kronennoten. Im April folgten Italien und Polen und im Juni Rumänien. Da die Österreichisch-Ungarische Bank in Wien im Frühjahr weiterhin ungestempelte Noten in Umlauf brachte und die Nachfolgestaaten die Abstempelung verzögerten, blieben in einem nicht geringen Ausmaß ungestempelte Noten im Verkehr.

As a rule these notes commanded a premium - in some cases as high as 30 per cent - as compared with the notes stamped by the Austrian Government. The explanation of this phenomenon was that the new Austria was from the very outset, regarded by everybody - and primarily by Austrians themselves - as the least deserving of credit of all Succession States, so that the notes stamped by other Governments were believed to possess higher value. The unstamped notes were either presented in those states which were latest in carrying out the stamping process, or were furnished with forged stamps - a deception which presented no great difficulty, as most of the dies used were easily counterfeited.

Die Abstempelung der Noten erfolgte in Österreich zwischen dem 12. und 29. März 1919. Obwohl danach von Zeit zu Zeit weitere Stempelungen vorgenommen wurden, konnten bei weitem nicht alle Banknotenbestände erfaßt werden. Die tatsächliche Geldmenge im Territorium der Republik war daher im Frühjahr und Sommer 1919 weit größer als die ab März in der Bilanz der Österreichisch-Ungarischen Bank aufscheinende.

Die vor 1914 im Gebiet Deutschösterreichs zirkulierende Geldmenge dürfte ungefähr 20 Prozent des gesamten Notenumlaufs der Monarchie betragen haben. Zu diesem Ergebnis gelangte Bordes aufgrund folgender Überlegungen: Innerhalb Deutschösterreichs lebte 1910 zwölf bis vierzehn Prozent der Gesamtbevölkerung Österreich-Ungarns. Berücksichtigt man nun, daß das Einkommen in den Gebieten der späteren Republik Österreich über dem Durchschnittseinkommen der Monarchie lag und Wien das Finanzzentrum war, so läßt sich die Geldmenge innerhalb der Grenzen des deutschsprachigen Kerngebietes mit einem Sechstel bis zu einem Viertel veranschlagen. Da der Anteil von Buchgeld in Wien überproportional war, verwendet Bordes zwanzig Prozent als Richtwert.⁶² Daran dürfte sich auch Mitte 1919 nichts wesentliches verändert haben.

In diesem Jahr stehen "zwei Geldmengen" zur Verfügung: die Notenzirkulation der Monarchie bis zum Ende des Jahres,

und die der Republik ab März. Im März - dem Beginn der Abstempelung der Kronennoten in Österreich - lag die Zirkulation von abgestempelten Noten nur um 66 Prozent über der mit Hilfe der 20 Prozent Schätzung ermittelten Geldmenge vor Kriegsbeginn. Gleichzeitig hatte sich der Notenumlauf in der Monarchie seit 1914 auf das 15fache erhöht. Der Anteil der in Österreich zirkulierenden Kronennoten dürfte Anfang 1919 knapp über 20 Prozent gewesen sein.⁶⁹ Eine Verkettung der Geldmengenindizes der Monarchie und der Republik im März des Jahres 1919 hätte das Niveau der Zeitreihe in der Tabelle auf Seite 96 nach oben verschoben, da sich der Notenumlauf, i. e. der Betrag der in Österreich abgestempelten Geldscheine, von März bis August mehr als verzehnfachte. Ab September laufen die beiden Reihen bis zum Ende des Jahres parallel.⁶⁴ Aus diesem Grund wurden die beiden Indizes erst im September 1919 verkettet. Diese Vorgangsweise bleibt bis zu einem gewissen Grad arbiträr, erschien aber, aufgrund der vagen Anhaltspunkte über die Geldmengenentwicklung im österreichischen Staatsgebiet im ersten Nachkriegsjahr die gangbarste.

Anfang 1920 wurde die Österreichisch-Ungarische Bank dreigeteilt: in eine Bank in Liquidation, in die "Österreichische Geschäftsführung", und in die "Ungarische Geschäftsführung". Damit begann die dritte Periode in der Entwicklung des Notenumlaufes seit Kriegsbeginn. Während des Krieges

waren die von der Österreichisch-Ungarischen Bank ausgegebenen Noten das alleinige Zahlungsmittel. In der Übergangsperiode der Währungstrennung, die bis Ende 1919 dauerte, wurde die freie Zirkulierbarkeit der von der Wiener Zentralbank ausgegebenen Geldscheine zunehmend beschränkt. Die "Österreichische Geschäftsführung" übernahm die im österreichischen Territorium vorhandenen abgestempelten Noten und brachte nur mehr abgestempelte in Umlauf. Bei der Betrachtung der Geldmengenentwicklung in der Tabelle auf Seite 97 ist zu beachten, daß erst ab diesem Zeitpunkt ein hoher Grad an Zuverlässigkeit der Daten gegeben ist.

Die Notenzirkulation dürfte dabei im wesentlichen den Bestand an Zahlungsmitteln erfassen; die Geldmenge im engeren und weiteren Sinne waren in der Nachkriegszeit weitgehend ident. Bereits vor dem Krieg war der Zahlungsverkehr mit Schecks in Österreich nur auf wenige kommerzielle Transaktionen beschränkt, und während des Krieges wurde ein großer Teil aller Geschäfte in bar abgewickelt.⁶⁵ Über die Entwicklung der Bankeinlagen sind nur spärliche Informationen verfügbar, da die Banken in der Umbruchsphase nach Kriegsende bestrebt waren, ihre tatsächliche wirtschaftliche Situation zu verschleiern. Die Bankeinlagen sanken aber sicherlich beträchtlich.

Ebenso wie die Bankeinlagen ging auch der Giroverkehr zurück, und zwar in einem stärkeren Ausmaß als es die

Größe des neuen Staatsgebietes erwarten ließe. Der Rückgang im Verrechnungsverkehr in den vier wichtigsten Banken verlief von 1919 bis 1922 kontinuierlich und war größer als die Abnahme der Bankeinlagen im selben Zeitraum.

Expressed in percentages of the clearings in 1913, the 1922 clearings amount to: 26 per cent for the "Wiener Giro- und Kassenverein" and seven per cent for the "Wiener Saldierungsverein", the Bank of Issue and the Postal Savings Bank. The first is mainly a local institution; but in the case of the two last named the 1913 figures relate to all parts of the Empire. 66

Unter der Annahme, daß in einer Periode hoher Inflationsraten ein bestimmter Einlagenstand in einem größeren Umfang zu Zahlungen herangezogen wird als in Zeiten stabilen Geldwerts, müßte der Verrechnungsverkehr weniger abnehmen als die Bankeinlagen. In Österreich war zunächst das Gegenteil der Fall. Dieser Umstand läßt sich durch die nach 1918 wieder einsetzende Bankenabhängigkeit der Industrie erklären. Der größte Teil der Depositen bestand hauptsächlich aus Krediten für die Industrie und nur zu einem geringen Teil aus Einlagen von Händlern. Während letztere ihre Kredite zur Gänze für den Kauf von Gütern verwendeten, mußten die industriellen Kreditnehmer einen Teil der Kreditsumme für die Zahlung von Löhnen und Gehältern, die in bar erfolgte, bei den Banken hinterlegen.⁶⁷

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß eine Be-

schränkung der Betrachtungsweise auf die Notenzirkulation nach 1919 wahrscheinlich nur geringe Ungenauigkeiten hervorruft, da die Bedeutung von anderen Zahlungsmitteln mit zunehmender Beschleunigung der Inflation kontinuierlich abnahm. Die undurchschaubare Situation des monetären Angebotes im Jahre 1919 könnte das Niveau der gesamten Zeitreihe etwas nach unten verschoben haben. Außerdem ist zu beachten, daß nach Kriegsende zahlreiche Kronennöten aus Spekulationsgründen ans Ausland verkauft worden waren und ein noch größerer Teil an Kronenbeständen von der Landbevölkerung weiterhin gehortet wurde,

2.3.2. Die Preise

Schwieriger als die Bestimmung des Zahlungsmittelumlau-
fes ist die Festlegung des Preisniveaus. Anders als in
den angelsächsischen Ländern, in denen man bereits um
die Jahrhundertwende mit der regelmäßigen Berechnung von
Preisindizes begonnen hatte, wurden in Österreich erst
ab 1921 monatliche Erhebungen publiziert, Dies erschwert
den beabsichtigten Vergleich der Entwicklung von Geld-
menge, Wechselkurs und Preisniveau insbesondere in den
Nachkriegsjahren. Für diesen Zeitraum sind nur spärliche
Daten verfügbar. Die Monatsdaten ab 1921 sind anderer-
seits als Indikator für das Preisniveau relativ unzuver-
lässig.

Da die Situation, gekennzeichnet durch eine Lebensweise
großer Teile der Bevölkerung am physischen Existenz-
minimum, primär eine Erhebung der Preisänderungen lebens-
wichtiger Güter verlangte,⁶⁸ die auch zur Grundlage für
die Lohnforderungen der Gewerkschaften werden konnte,
wurde bis 1923 das Augenmerk vornehmlich auf die Kalku-
lation eines Lebenshaltungskostenindex gelegt.⁶⁹ Dabei
ist zu beachten, daß die Preise einiger Artikel staat-
lich kontrolliert und vier- bis sechsmal geringer waren
als die Kosten derselben Güter oder ähnlicher Güter im
nicht kontrollierten Handel oder am Schwarzmarkt. Ende

1920 wurden Brot, Mehl, Milch, Zucker, Kartoffeln, Fleisch, Fett, Paraffin, Kohle und Gas noch immer rationiert und subventioniert.⁷⁰ Ende 1921 wurden die den Staatshaushalt stark belastenden Zuschüsse eingestellt. Brot, Mehl und Fett wurden davon ausgenommen. Die Preise dieser Güter wurden noch bis März 1922 gestützt. Wie unterschiedlich die Entwicklung von administrierten und Marktpreisen noch 1921 und in den ersten Monaten des letzten Inflationsjahres war, zeigt die folgende Tabelle auf Seite 109.

Einen Sonderfall stellten die Mieten dar, die nur bis zu einem gewissen Prozentsatz angehoben werden durften. Dies führte unter anderem dazu, daß sich der Preis einer Kleinwohnung vom Juli 1914 bis zum Jänner 1921 verdoppelt hatte,⁷¹ während im gleichen Zeitraum die Preise für Nahrungsmittel auf das 69fache gestiegen waren.⁷² Aus diesem Grund wurden in der Tabelle auf Seite 96 der Lebenshaltungskostenindex der mit Auslaufen der Lebensmittelzuschüsse Ende Dezember 1921 eingesetzten Paritätischen Kommission unter Ausschluß der Wohnungskosten als Indikator für das Preisniveau herangezogen.

Ein weiterer Verzerrungsfaktor neben den im Index enthaltenen preisgeregelten Gütern ist die durch den enormen Preisanstieg erhöhte Fehlerquelle, die sich aus geringen Irrtümern in der Erhebung zum Basiszeitpunkt

Tabelle 21 Index des Lebenshaltungskosten

Monat	Nahrungsmittel				Wohnung	Ver- schie- denes	Insgesamt
	Ratio- niert	Frei	Beklei- dung	Instand- haltung			
Jan 1921	100	100	100	100	100	100	100
Feb	100	103	118	119	120	100	109
März	102	111	153	150	132	117	122
Apr.	110	115	163	165	136	128	128
Mai	122	124	159	162	152	128	137
Juni	132	122	149	157	160	144	139
Juli	132	177	161	170	172	172	167
Aug	136	130	153	166	164	183	148
Sept	136	196	190	249	216	211	200
Okt	208	266	237	299	236	283	241
Nov	340	375	338	356	400	389	391
Dez	624	637	852	1012	620	911	670
Jan 1922	738	909	1083	1431	868	1261	935
Feb	2518	1359	1481	1838	1124	1900	1417
März	2962	1508	1380	1855	1648	2361	1639

Quelle: Index der Reparationskommission,
Walré de Bordes, "The Austrian Crown", S. 91.

vor Kriegsbeginn ergeben könnte.⁷³ Da die monatlichen Erhebungen erst 1921 begannen und die Preisentwicklung der vorhergehenden Jahre erst im nachhinein rekonstruiert worden war, ist die Möglichkeit von Ungenauigkeiten nicht von der Hand zu weisen.

Daneben sind auch Veränderungen in der Qualität der im Index enthaltenen Güter ein nicht zu vernachlässigender Umstand. Ganz offensichtlich war die Qualität zahlreicher Artikel während des Krieges und in der Nachkriegszeit gegenüber 1914 erheblich gesunken.

Außerdem wurden die Preiserhebungen auf das Gebiet von Wien beschränkt. Da aber - mit der Einschränkung, daß die Preise in den anderen Gebieten der Entwicklung in der Hauptstadt verzögert nachfolgten - eine einheitliche Preisbewegung im gesamten Territorium der Republik angenommen werden kann, ergibt sich aus dieser regionalen Beschränkung, relativ zu den anderen Unsicherheitsfaktoren, die geringste Verzerrung.⁷⁴

Neben dem hier herangezogenen Preisindex der Lebenshaltungskosten der Paritätischen Kommission ohne Wohnung, der im Jänner 1922 erstmals publiziert worden war, wurden ab Jänner 1921 vom Bundesamt für Statistik und vom "Österreichischen Volkswirt" monatliche Berechnungen von Ver-

braucherpreisindizes publiziert. Daneben gab es zeitweilige Kalkulationen von verschiedenen Stellen, wie der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie und der Reparationskommission.

Die Paritätische Kommission war mit einer gleichen Zahl von Unternehmer- und Arbeitnehmervertretern besetzt. Ihre Aufgabe bestand in der monatlichen Ausarbeitung eines Lebenskostenindex aufgrund eines bestimmten Konsumschemas, in dem nach vier Gruppen Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung und Beleuchtung differenziert wurde.⁷⁵ Die Artikel der ersten erwähnten Gruppe repräsentieren nicht das durchschnittliche Konsumverhalten eines Haushalts, sondern jene Güter, die den Großteil der Preisveränderungen bewirkten. Das Gewicht der Nahrungsmittel entsprach dem geschätzten Kalorienverbrauch einer Person pro Woche. Der Gruppe Bekleidung wurde das halbe Gewicht der Nahrungsmittel zugewiesen. Die Grundlage für die Berechnung der Wohnungskosten ist der Bedarf eines Drei-Personen-Haushaltes oder eines Haushaltes mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern. Die Gewichtung hatte insgesamt folgende Form:

Nahrung	57 %
Bekleidung	29 %
Heizung und Beleuchtung	14 %
Wohnung	0.1 %

Die Paritätische Kommission berechnete ab Jänner 1921 jeweils die Preisänderung gegenüber der Vorkriegszeit und gegenüber dem Vormonat. Die Kalkulation der monatlichen Preisänderung wurde ab März 1922 für beinahe alle österreichischen Arbeiter die Grundlage der Lohnbestimmung. Im Juni folgte die Regierung dieser Vorgangsweise bei der Fortsetzung der Beamtengehälter.

Die für die achtjährige Inflationsperiode zur Verfügung stehenden Preisindizes unterscheiden sich sowohl in der Erhebungsmethode und im verwendeten Konsumschema - so ist die Grundlage des Index des "Österreichischen Volkswirts" keine Familie, sondern ein alleinstehender Beamter - als auch, sofern die Preise für gleiche Güter in den Index eingingen, in den für diese Positionen erhobenen Preisen wesentlich. Obwohl die Indizes der Reparationskommission und des "Österreichischen Volkswirts" in keiner Position im Preis übereinstimmen und die Preisunterschiede bis zu 50 Prozent ausmachen, ist das Ergebnis der Gesamtindizes nur geringfügig verschieden.⁷⁶

Der Index der Paritätischen Kommission, der auf widerstreitenden Meinungen aufbaut, erscheint relativ am zuverlässigsten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß dieser Index aus mehreren Gründen nur ein schwacher Indikator für

das Preisniveau der gesamten Volkswirtschaft darstellte. Es ist im Auge zu behalten, daß

1. im Jahr 1919 nur im Jänner und im Juli Preiserhebungen stattfanden; 1920 liegen nur vierteljährliche Statistiken vor. Erst 1921 erfolgten die Berechnungen monatlich.
2. die Großhandelspreise von 1919 bis 1922 stärker gestiegen sind als die Kleinhandelspreise. Während der von der Paritätischen Kommission berechnete Index der Lebenshaltungskosten im Jänner 1923 knapp das 12.000fache gegenüber dem Basiszeitraum 1914 erreicht hatte, lag der ab Jänner 1923 berechnete Index der Großhandelspreise bei 17.000. De Bordes erklärt den geringeren Anstieg der Kleinhandelspreise mit den geringen Löhnen und Gehältern in Österreich, die teilweise auf die extrem niedrigen Wohnungskosten zurückzuführen waren.

This low standard of wages and salaries explains why the price of manufactured articles in Austria has risen less in proportion than the price of raw materials, and why retail prices show smaller increase than wholesale prices. 77

3. der Index im Zeitraum der Blockade von 1916 bis 1919 den Preisanstieg durch das Übergewicht an Nahrungsmitteln wahrscheinlich überschätzt,⁷⁸ für die gesamte Periode, durch die Außerachtlassung von Großhandelspreisen und Qualitätsveränderungen, aber unterschätzt.

2.3.3. Der Wechselkurs

Weit weniger problematisch als eine Ermittlung des Zahlungsmittelumfanges und insbesondere des inländischen Geldwertes ist die Ermittlung des Außenwertes der Krone, dessen Fluktuation sich aus den täglichen Notierungen am Devisenmarkt leicht und zuverlässig bestimmen lassen. Kompliziert wird eine Beobachtung der Wechselkursentwicklung nur durch die sich aus den Restriktionen am Devisenmarkt ergebende Diskrepanz zwischen den Kursen in Wien und auf den Auslandsmärkten.

Anfang Mai 1919 wurde die Devisenzentrale reorganisiert und dem Staatsamt für Finanzen unterstellt, da die bis zu diesem Zeitpunkt zuständige Notenbank ihre herausragende Stellung zu verlieren begonnen hatte.⁷⁹ Die Kontrolle des Devisenmarktes war unmittelbar nach Kriegsende durch den Zerfall der Monarchie gelockert worden. Nach der Reorganisation der Devisenzentrale wurden die während des Krieges eingeführten Restriktionen im Verkehr mit ausländischen Währungen wieder wirksam; die Handhabung erfolgte aber nicht besonders streng. Vom Oktober 1920 bis zum Dezember 1921 war der Handel mit ausländischen Währungen praktisch keinen Beschränkungen unterworfen.⁸⁰ Erst im ersten Halbjahr 1922 führte man schrittweise wieder Kontrollen ein. Ab Juli 1922 galten wieder ähnliche Bestimmungen wie

in der Kriegszeit.

Die Beschränkungen des Devisenverkehrs sollten den durch Spekulation und Hortung ausgelösten zusätzlichen Druck auf den Kronenkurs dämpfen. Um Kapitalflucht zu verhindern, wurde der Export von in Österreich abgestempelten Noten untersagt. Den Transfer von Kronenbeträgen auf Auslandskonten versuchte man durch eine Aufteilung der Privatkonten bei Wiener Banken in Auslandskonten, über die sowohl im In- als auch im Ausland frei verfügt werden konnte, und in auf Inlandskonten lautende Konten, über die nur innerhalb Österreichs und der Nachfolgestaaten verfügt werden konnte, zu verhindern.

In spite of all these restrictions the Austrian crown was regularly quoted on foreign markets. Austrian bank-notes in particular were smuggled abroad, sometimes in such quantities that the quotation in Zurich fell at the arrival of certain trains!

81

Um den weiteren Verkauf von Kronen im Ausland zu verhindern, wurde zeitweise versucht, durch ein Verbot, österreichische Kronen zu importieren und die Fakturierung von Exporten in Kronen vorzunehmen, der inländischen Währung auf den Auslandsmärkten jeden Wert zu nehmen. Daher zeigten sich in den Notierungen im Ausland und in Wien oft erhebliche Unterschiede. Der Kurs auf den Auslandsmärkten reflektierte die Kosten einer Fremdwährung in "Auslandskronen", der Kurs am Wiener Devisenmarkt die Kosten, ausgedrückt in "Inlandskronen". Da das Angebot von Auslands-

kronen weit geringer war und diese keinen Restriktionen unterlagen, war die Abwertung der österreichischen Währung in Wien oft größer als im Ausland.

1919⁸² und bis Ende 1920 war der Unterschied zwischen dem Wert der Goldkrone, ausgedrückt in Papierkronen, in Wien und New York relativ gering: er lag im Durchschnitt unter 10 Prozent. In der letzten Dezemberwoche des Jahres 1920 war die Diskrepanz erheblich angestiegen. Die Kosten einer Goldkrone betragen in Wien 133 und in New York 83 Papierkronen. Dieser Abstand blieb bis Oktober 1921 - die Kronenabwertung begann sich im Herbst wieder zunehmend zu beschleunigen - weitgehend konstant. Anfang Dezember kostete eine Goldkrone in Wien beinahe dreimal soviel wie in New York. Danach verringerten sich die Abstände. Ab März 1922 verschwanden sie. Der Grund für diese Entwicklung lag in einer Anfang März vorgenommenen Maßnahme, die alle Kronenguthaben von Ausländern als Guthaben von "Auslandskronen" deklarierte, Dadurch fiel der Wert der Auslandskronen rapide und erreichte dasselbe Niveau wie die Notierung der Inlandskronen.⁸³

In der Tabelle auf Seite 96 wurde für die Wechselkursentwicklung die Dollarnotierung in Wien herangezogen.⁸⁴ Diese erscheint der beste Maßstab für die Abwertung der öster-

reichischen Währung gegenüber anderen Währungen zu sein, da der größte Teil der Transaktionen, bei denen Kronen gegen Fremdwährungen getauscht wurden, in Wien vollzogen wurden. Außerdem war die Wiener Kursentwicklung für das inländische Preisniveau relevanter, weil den österreichischen Importeuren der Zugang zu den Auslandsmärkten kaum möglich war. Sie waren bei der Bezahlung der Einfuhren fast ausschließlich an den Wiener Devisenmarkt gebunden.

2.3.4. Phasen der Geldentwertung

Der Zeitraum vom November 1918 bis zur Währungsstabilisierung im Oktober 1922 läßt sich in vier Phasen gliedern. Deren Auswahl ist bis zu einem gewissen Grade willkürlich; sie sollte jedoch einige Charakteristika der in der Nachkriegszeit zu registrierenden extremen Geldinstabilität erfassen.

2.3.4.1. Vom Waffenstillstand bis Mai 1919

Diese Phase ist durch einen abrupten Anstieg des Preisniveaus in den ersten drei Monaten nach Kriegsende gekennzeichnet. In diesem Zeitraum allein stiegen die Preise um beinahe 100 Prozent. Dabei ist aber zu beachten, daß das Übergewicht von Nahrungsmitteln im Preisindex die gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung wahrscheinlich überschätzt. Von Jänner bis Mai veränderte sich der Innenwert der Krone nur mehr geringfügig. Einerseits begannen im Februar 1919 - durch das Anlaufen der Reliefkredite ermöglicht - die ersten Nahrungsmittellieferungen in Österreich einzutreffen, die zumindest die überlebensnotwendige Bedarfsdeckung ermöglichten, andererseits hatte die Wechselkursentwicklung noch keine Wirkung auf die Preise. Da die Blockade bis März weiterbestand und die Nachbarstaaten nur am Aufbau ihrer eigenen Wirtschaft interessiert

waren, war der Außenhandel praktisch zum Stillstand gekommen.

Wie die Preise verdoppelte sich auch der Wechselkurs. Die Abwertung der Krone in den ersten Monaten nach Kriegsende und des Zerfalls der Doppelmonarchie läßt sich unschwer erklären. Das fehlende Vertrauen in den neuen Staat, verbunden mit einer revolutionären Situation innerhalb und noch stärker außerhalb der neuen Grenzen, veranlaßten die vermögenden Bevölkerungsgruppen, ihr Kapital ins Ausland zu transferieren. Die Kapitalflucht erhielt im März 1919 durch zwei Faktoren neue Impulse. In diesem Monat wurde das - später konsequenzlose - Vorbereitungsgesetz für die Sozialisierung beschlossen und die Räteregierung in Budapest proklamiert. Im April und Mai konnte sich der Kronenkurs kurzfristig erholen, da das österreichische Finanzministerium durch eine Intervention in Zürich eine Stabilisierung zu erreichen versuchte.

Während sowohl der Wechselkurs als auch die Preise von November 1918 bis Mai 1919 beinahe um 100 Prozent anstiegen, blieb die Ausweitung des Zahlungsmittelumlaufes gering. Sie betrug um etwas mehr als 20 Prozent und zeigte in den ersten Nachkriegsmonaten keinen Zusammenhang mit der Preisentwicklung.

2.3.4.2. Von Mai 1919 bis Juni 1920

Zu Beginn dieser Periode waren die Ergebnisse der Friedensvertrages bereits abzusehen.⁸⁵ Dadurch, und durch die langsame Normalisierung des Außenhandels, begann sich der Druck auf den Wechselkurs zu verstärken. Nach der Publikation des endgültigen Vertragstextes von St. Germain Anfang September 1919 betrug die Entwertung allein in diesem Monat mehr als 60 Prozent. Dieser enorm beschleunigte Anstieg des Dollarkurses hielt - mit einer kurzen Unterbrechung im Dezember - bis Mitte Februar weiter an und unterstreicht die in dieser Periode erstmals konstatierbare Dominanz von Geldmenge und Preisniveau durch den Wechselkurs.

Die kurzfristige - in der Tabelle auf Seite 96 sichtbare - Erholung der Krone am Devisenmarkt war auf die Versuche der österreichischen Regierung, weitere Kredite von den Alliierten zu erlangen, zurückzuführen. Bis zum Herbst 1919 hatte die Regierung - wie auch die Reihe der Notenzirkulation zeigt - die Staatsfinanzen einigermaßen im Griff. Der größte Teil der Lebensmittelimporte war durch ausländische Kredite finanziert worden und die Staatseinnahmen konnten durch die Einhebung einer außerordentlichen Kriegsgewinnsteuer, die zwei Fünftel der Staatseinnahmen erbrachte⁸⁶, mit den Ausgaben einigermaßen schritthalten.

Die Ablehnung des Ansuchens um zusätzliche Kredite bedeu-

tete, daß ab nun die weiteren lebensnotwendigen Nahrungsmittelimporte durch das Budget und damit durch eine Expansion des Notenumlaufes zu finanzieren waren. Die Reaktion auf das Ausbleiben von Auslandshilfe war eine Abwertung der Krone um mehr als 50 Prozent in den ersten fünf Wochen des Jahres 1920. Als die Reparationskommission im Februar beschloß, eine Wiener Sektion zu gründen, deren Aufgabe in der Ausarbeitung eines detaillierten Schemas für einen Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft bestehen sollte, kam die Entwertung zum Stillstand. Ende Mai begann die Dollarnotierung aufgrund einer Regierungsintervention sogar entscheidend zu sinken. Das inländische Preisniveau hatte mit einem Abstand von drei Monaten auf das beschleunigte Fallen des Außenwertes im Juni 1919 reagiert und derselbe 'lag' zeigte sich bei der kurzfristigen Stabilisierung des Wechselkurses im folgenden Jahr. Die Geldmenge folgte der Wechselkursentwicklung noch zögernder als die Preise,

2.3.4.3. Von Juni 1920 bis Mai 1921

Wie in der vorhergehenden Periode beginnt auch dieser Inflationsabschnitt mit einem abrupten Anstieg des Wechselkurses, der weiter der dominierende Indikator bleibt.

Der kurzfristige Anstieg der Krone im Mai war zum Teil durch

einen Stabilisierungsversuch Österreichs erreicht worden. Diese Maßnahmen konnten aber, da es an weiteren Mitteln fehlte, nicht fortgesetzt werden. Inzwischen hatten sich außerdem die Transportbedingungen in Europa wesentlich verbessert. Der durch eine konsequent durchgeführte restriktive Wirtschaftspolitik hervorgerufene Konjunkturerinbruch in den U.S.A., in England und in den drei neutralen Ländern Holland, Schweiz und Schweden⁸⁷ machte Österreich als Handelspartner wieder interessant. Diese Veränderungen bewirkten einen Importstoß, der mit einer enormen Nachfrage nach ausländischen Währungen Hand in Hand ging.

Das Dilemma, daß ein entscheidender wirtschaftlicher Aufschwung notwendig eine hoffnungslos erscheinende Passivierung der Zahlungsbilanz nach sich ziehen mußte, sofern nicht Auslandskredite in einem beträchtlichen Ausmaß erreichbar waren, wurde nun offensichtlich. Im Jänner 1921 veröffentlichte die Wiener Sektion der Reparationskommission das von ihr ausgearbeitete Schema zur Sanierung der österreichischen Wirtschaft.

Das Schema enthielt Pläne für eine Sanierung des Staatshaushaltes und für eine forcierte Entwicklung des primären Sektors. Dieses als "Goode Schema" bekannt gewordene Konzept sah Kredite der Alliierten in der Höhe von 250 Millionen Dollar vor.⁸⁸ Da den Siegermächten diese Summe als zu hoch erschien, wurde die Reparationskommis-

sion Ende Jänner 1921 mit der Ausarbeitung eines neuen Schemas beauftragt. Das "Loucheur Schema" ging nicht mehr von Regierungshilfe aus, sondern versuchte die Probleme der österreichischen Wirtschaft durch die Mobilisierung von privatem Auslandskapital zu lösen. Dabei wurde aber übersehen, daß durch das Scheitern des "Goode Schemas" und der darin enthaltenen Schätzungen der für Österreich notwendigen Kapitalhilfe national und international ein pessimistisches Meinungsklima geschaffen worden war, das Österreich für ausländische Investitionen uninteressant werden ließ.

Nach dem Scheitern des "Goode Schemas" und dem kurz nach seiner Ausarbeitung von der Bildfläche verschwundenen "Loucheur Schemas" wurde das Problem Österreich Ende März 1921 von den Alliierten dem Finanzkomitee des Völkerbundes "übergeben", das eine Delegation zur Untersuchung der österreichischen Situation nach Wien sandte. Diese Vorgänge, die außerhalb der Einflußsphäre österreichischer Politik lagen, weckten neue Hoffnungen, die sich auf den Devisenmärkten im ersten Halbjahr 1921 in einer Stabilisierung des Kronenkurses bemerkbar machten. Über den gesamten betrachteten Zeitabschnitt betrug der Anstieg der Dollarnotierung dennoch 300 Prozent.

Gleichzeitig verdoppelte sich das Preisniveau und der

Notenumlauf erhöhte sich um mehr als 170 Prozent: beide Indikatoren scheinen auch in dieser Phase dem Außenwert nur zögernd zu folgen, wobei die Rigidität der Preise stärker ist als die des Zahlungsmittelumlaufes. Während bei ersteren mit einem Abstand von etwa vier Monaten auf den rapiden Verfall der Krone ebenfalls ein beschleunigter Anstieg zu verzeichnen ist, expandierte die Geldmenge kontinuierlich. Die starke Ausweitung des Notenumlaufes ist zum Großteil eine Konsequenz der zunehmend prekär gewordenen Situation des Staatshaushaltes, die sich in der Bilanz der "Österreichischen Geschäftsführung" hauptsächlich im Posten "Eskontierte Wechsel, Warrants und Effekten" niederschlägt (siehe Tabelle 22, Seite 125).

Dieser Posten erreichte Anfang März 1921 mit mehr als 31 Milliarden Kronen sein Maximum. Anfang Juni betrug er nur mehr 1.4 Milliarden Kronen und blieb danach beinahe unverändert. Gleichzeitig stiegen die Schatzscheine von Null auf mehr als 44 Milliarden Kronen: " ... which proves that the large amount of bills etc., held in 1920 and the beginning of 1921, consisted almost exclusively of credits advanced to the government."⁸⁹

Tabelle 22 "Österreichische Geschäftsführung"

Datum	PASSIVA			AKTIVA		
	Banknoten- um- lauf	Giroguthaben u. sonst. so- fort fällige Verbindlich- keiten	Devisen	Eskon- tierte Wechsel, Waarants u. Effek- ten	Darle- hen ge- gen Hand- pfand	Österr. Staats- schatz- scheine
IN MILLIARDEN KRONEN						
1920						
31.3.	15	2	0.002	8	0.405	1
30.6.	17	4	0.009	10	0.394	-
30.9.	22	4	0.011	16	0.537	-
31.12.	31	4	0.009	23	0.769	-
1921						
31.3.	41	7	0.004	24	0.847	11
30.6.	50	10	0.007	1	0.500	48
30.9.	70	5	0.011	4	0.542	65
31.12.	174	20	0.010	29	0.667	152
1922						
31.3.	304	18	- ⁺	70	0.521	248
30.6.	550	31	-	175	2.000	379
30.9.	2.278	250	-	783	2.000	996 ⁺⁺
18.11.	3.162	364	-	865	0.800	2562
31.12.	4.080	328	-	782	0.500	2558

⁺insignifikant

⁺⁺Dazu kamen noch eine Staatsschuld in der Höhe von 541 Milliarden, die durch Auslandskredite abgesichert war; sie wurde Mitte November 1922 durch Schatzscheine ersetzt.

Quelle: Walré de Bordes, "The Austrian Crown", S. 54 und Preßburger, "Österreichische Notenbank 1816 - 1966", S. 355 und 366.

2.3.4.4. Von Mai 1921 bis Oktober 1922

Der letzte Inflationsabschnitt beginnt, wie die vorhergehenden, mit einem abrupten Fall des Außenwertes der österreichischen Währung, dem die beiden anderen Indikatoren mit einer Verzögerung von drei Monaten folgen. Ende 1921 stabilisiert sich die Dollarnotierung, die allein in den sechs Monaten davor beinahe auf das Elf-fache gestiegen war, auf hohem Niveau. Ab Mai beginnt sich die Entwertung der Krone erneut fortzusetzen. Die Preise und der Notenumlauf entwickeln sich in diesem letzten Stadium des Währungsverfalls parallel zum Wechselkurs. Erst in diesen letzten Monaten wurde die Inflation von den Wirtschaftssubjekten voll antizipiert. Richtwert für die Preisfestsetzung der Händler war nicht mehr der Tageskurs der Krone, sondern der zukünftige Wechselkurs.⁹⁰

Die in den ersten Monaten des Jahres 1921 durch die Ausarbeitung von zwei verschiedenen Sanierungskonzepten durch die Siegermächte und die Entsendung einer Delegation des Völkerbundes geweckten Hoffnungen wurden Mitte des Jahres enttäuscht. Das von der Völkerbunddelegation Anfang Juli vorgelegte Schema beabsichtigte das Problem, daß einerseits die ständige Entwertung des Kronenkurses das Budgetdefizit vergrößerte und andererseits der Zustand des Staatshaushalts über die Geldmenge und das inländische Preisniveau negative Rückwirkungen auf den Wechselkurs hatte, zu lösen: ausreichende ausländische

private Kredite sollten eine Stabilisierung ermöglichen, die durch drastische finanzpolitische Maßnahmen abzusichern wäre. Zur Erlangung dieser Kredite waren aber Sicherheiten notwendig. Die österreichische Regierung schlug dafür eine Verpfändung der Zollerlöse und der Einnahmen aus dem Tabakmonopol und den Bundesforsten vor.

But at this point there arose a formidable difficulty. The Peace Treaty of St. Germain had given to the Allied States a first charge on all possessions and revenues of the Austrian State to meet their claim arising from costs of occupation, reparations etc. Moreover, a prior charge had been given to the States which furnished "relief credits". The Austrian Government was thus debarred from pledging the customs receipts or any other revenue as security for new credits. 81

Die Möglichkeit, Auslandskredite zu bekommen, hing daher von einer Aufhebung der Pfandrechte von 18 Ländern, die Österreich als Sicherheit gegeben hatte, ab. Außerdem mußten Ansprüche langfristig suspendiert werden - die Völkerbunddelegation schlug einen Zeitraum von 20 Jahren vor - um die angestrebte Rekonstruktion der österreichischen Wirtschaft nicht zu gefährden. Die 18 Länder zerfielen in zwei Gruppen. Die Ansprüche der ersten Gruppe resultierten aus dem Friedensvertrag von St. Germain und bestanden hauptsächlich aus Reparationen. Die Aussetzung dieser Forderung fiel in die Kompetenz der Reparationskommission und bereitete daher geringe Probleme. In der zweiten Ländergruppe bedurfte es jedoch individueller Entscheidungen der einzelnen Staaten, für die teilweise die

Legislative zuständig war. Am gravierendsten waren die sich daraus ergebenden zeitlichen Verzögerungen im Falle der Vereinigten Staaten.

Die starre bis gleichgültige Haltung der Alliierten gegenüber den Verlierermächten hatte sich schon Anfang Mai 1921 im Falle Deutschlands angekündigt. Im "Londoner Ultimatum" wurde Deutschland zu unverzüglicher Zahlung der Reparationen aufgefordert. Die Exporte mußten nun, neben dem Import von Gütern und Dienstleistungen, einen einseitigen Transfer in der Höhe von ungefähr einem Fünftel der jährlichen Einfuhren, decken. Die Konsequenz dieses Beschlusses war ein enormer Kursverlust der Mark. Dieselben Folgen zeigten sich in Österreich, als im Juli bekannt wurde, daß mit einer Durchführung des Völkerbundplans kurzfristig nicht zu rechnen ist, weil der notwendige Kongreßbeschluß der U.S.A. zur Aufhebung der Pfandrechte aus innenpolitischen Gründen erst im Frühjahr 1922 erfolgen konnte.⁹²

Zwischen Ende Juli und Ende November 1921 erhöhte sich die Dollarnotierung auf das Zehnfache. Die Preise blieben bis September relativ stabil. Ab diesem Monat begann eine abrupte Aufwärtsentwicklung der Lebenshaltungskosten, die sich allein in den beiden darauffolgenden Monaten mehr als verdoppelten. Der Preisanstieg gegenüber dem Vormonat betrug sowohl im Oktober als auch im November jeweils knapp 60 Prozent (siehe Tabelle, Seite 97).

Nachdem im Dezember 1921 auf dem Devisenmarkt eine kurz-

fristige Beruhigung eingetreten war, wurde auch der Anstieg der Preise und die Expansion der Geldmenge in den ersten Monaten des Jahres 1922 gedämpft. Durch die Gewährung eines englischen Kredites und dem Versprechen italienischer und französischer Hilfe stieg der Kronenkurs ab Mitte Februar sogar zeitweilig an. Die englische Kapitalhilfe war nach einigen Wochen verbraucht. Ein Kredit der Tschechoslowakei mußte zum größten Teil für die Bezahlung von Schulden für Kohlenlieferungen verwendet werden.

Die von Frankreich und Italien in Aussicht gestellten Kredite blieben aus. Damit war das letzte Hindernis für einen Fall der Krone ins Bodenlose beseitigt. Die Preise und die Geldmenge waren nun unmittelbar an der Dollar-notierung orientiert. In den letzten Wochen stiegen die Preise teilweise schneller als der Wechselkurs; eine Konsequenz der Vorwegnahme des künftigen Kurses als Kalkulationsbasis.

Diese Entwicklung ließ die Alliierten den Ausbruch anarchistischer Zustände in Österreich befürchten. Anfang September zeigte sich im Völkerbund ein Stimmungsumschwung, der eine "endgültige" Lösung der österreichischen Problematik erwarten ließ. Am vierten Oktober 1922 wurden

in Genf drei Protokolle unterzeichnet, die eine Auslandsanleihe zur Stabilisierung der Krone vorsahen. Um private Gelder aufzutreiben, betrachtete man eine strenge Kontrolle der österreichischen Budgetpolitik als unumgänglich. Ende August erreichte die Dollarnotierung ihr Maximum; drei Wochen später begannen die Preise zu sinken.

KAPITEL III

ERKLÄRUNGEN UND EFFEKTE DER INFLATION

KAPITEL III ERKLÄRUNGEN UND EFFEKTE DER INFLATION

=====

3.1. DIE DISKUSSION DER INFLATIONSURSACHEN

=====

Die theoretische Diskussion über die Kriegs- und Nachkriegsinflation entzündete sich hauptsächlich an der Entwicklung in Deutschland und war wie J. Robinson in ihrer Besprechung des Buches von Bresciani-Turroni¹ schreibt, lange Zeit durch politische Vorurteile bestimmt. Die meisten deutschen Autoren betrachteten den territorialen Verlust und vor allem die Reparationsbelastungen als die Hauptquelle der wirtschaftlichen Schwierigkeiten.² Daraus resultierte, daß der katastrophale Verfall des Außenwertes der Währung die Inflationsursache sei.

Zur herrschenden Auffassung wurde jedoch die Argumentation der Siegermächte. Für ihre Sprecher war die durch enorme Budgetdefizite gekennzeichnete, völlig verfehlte Finanzpolitik, die zu einer Explosion der Geldmenge geführt hatte, der Hauptgrund der Inflation. Gemäß dieser Erklärung war die Wechselkursentwicklung nicht die Ursache, sondern die Konsequenz des Preisauftriebes.³ Dieser Auseinandersetzung entsprach auf theoretischem Gebiet die An-

knüpfung an eine in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beinahe vergessene Debatte in Großbritannien,⁴ die als "Bullionist Controversy" bekannt geworden ist. Es ging darum, ob die Inflation in England an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert die Ursache oder die Konsequenz der Pfundabwertung war.⁵ Damit waren zwei sich überlagernde Probleme angesprochen: Einerseits die Beziehung zwischen den Preisniveaus und den Wechselkursen und andererseits die Frage, wodurch das Preisniveau bestimmt wird. Die "Bullionisten" standen auf dem Standpunkt, daß die Inflation durch die expansive Geldpolitik der Bank von England bedingt sei. Die "Anti-Bullionisten" argumentierten, daß

the exchanges and the premium on bullion would be governed solely by the state of the balance of international payments; and that in a period when heavy military remittances and extraordinary importations of grain of deficient English harvest had to be made, there was no defineable limit beyond which the exchange would not fall or the premium on bullion rise without demonstrating that the currency was in excess. 6

Die Kontroverse wurde - wie mehr als hundert Jahre später - durch die instabile Entwicklung der Wechselkurse ausgelöst. Daß diese Problematik in der theoretischen Literatur in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kaum auftaucht, läßt sich analog erklären. Das allmählich von immer mehr Ländern übernommene System des Goldstandards garantierte im allgemeinen stabile Preise und Wechselkurse.^{6a} In diesem Zeitraum wurde daher kaum etwas über flexible Wechselkurse ausgesagt.

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde die Entwicklung des Außenwertes wieder zu einer wichtigen Thematik. Die allgemein akzeptierte Auffassung war zunächst die hundert Jahre vorher von den "Anti-Bullionisten" vertretene Zahlungsbilanztheorie. Nach Kriegsende begann jedoch die Dominanz des hauptsächlich in der angelsächsischen Theorie vertretenen monetären Ansatzes.

It was Gustav Cassel who rediscovered Ricardo and reformulated his theory under the name of the Purchasing Power Parity theory ... One of the merits of Cassel's forceful attack was that he managed to sell the theory, at least for a while. 7

Der Glaube an eine gleichgewichtige Wirtschaft und deren Fähigkeit, ein gestörtes Gleichgewicht in kurzer Zeit wieder herzustellen, blieb in der Folge bis zur Weltwirtschaftskrise der Dreißiger Jahre unerschüttert. Bis dahin glaubte man, daß Geldpolitik zur Sicherstellung äußerer und innerer Stabilität genüge. Die Weltwirtschaftskrise und die Rezeption von Keynes "Allgemeiner Theorie" führten zu einem Durchbruch nichtmonetärer Politik, da eine Verwendung traditioneller geldpolitischer Instrumente offensichtlich erfolglos geblieben war:

The large volume of excess bank reserves concomitant with a decline in the supply of money and low interest rates accompanied by a low level of investment were considered evidence of the impotency of monetary policy. 8

Anfang der Fünfziger Jahre feierten die Monetaristen in den U.S.A. ein Comeback,⁹ das nur durch die Fiskalpolitik der Kennedyära eine Unterbrechung erfuhr.

3.1.1. Der monetäre Ansatz

Die letzte große Inflation in den zwanziger Jahren ist dadurch entstanden, daß der Staat seine Bedürfnisse durch Kredite der Notenbank, also durch Noten-Drucken, bewältigt hat - durch reine Geldschöpfung, Assignaten, Bankozetteln wie beim Kaiser Franz.

10

Während zur Beantwortung der Frage, wie die Relation zwischen den Preisniveaus und den Wechselkursen zu interpretieren sei, in den Kriegsjahren zumeist die Zahlungsbilanztheorie herangezogen wurde, dominierte bei der Erklärung der Bestimmungsgründe des Preisniveaus die Quantitätstheorie.¹¹ Sie postuliert die Identität der Geldmenge multipliziert mit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und dem in Preisen ausgedrückten Wert der gesamten realen Transaktionen für einen bestimmten Zeitraum. Diese Gleichung wurde nicht als informative Tautologie verstanden, aus der man mit der Geldmenge proportional steigende Preise unter der Bedingung konstanter Umlaufgeschwindigkeit und eines konstanten Güterangebotes ableiten kann, sondern als die Feststellung eines Kausalzusammenhanges: Eine Vergrößerung des Umfanges der Zahlungsmittel induziert ceteris paribus eine passive Adjustierung des Preisniveaus.

Geld wird demnach als ein Schleier perzipiert, der den realen

Bereich der Wirtschaft verdeckt, aber nicht beeinflusst. Im realen Sektor werden die relativen Preise, die Gütermengen und der Zinssatz, im monetären Sektor die absoluten Preise bestimmt.¹² Eine Vergrößerung der Geldmenge - zumeist die Konsequenz gestiegener Staatsschulden - ist nicht bloß eine notwendige, sondern auch eine hinreichende Bedingung der Inflation.¹³ Diese wird daher immer jenen Institutionen angelastet, die die Möglichkeit haben, das Geldangebot zu manipulieren.

Die Quantitätstheorie zeigte sich in mehreren - ausgefeilteren - Varianten, die sich in der Erklärung des Übertragungsmechanismus zwischen Geldmenge und Preisen unterscheiden. Das Hauptproblem bestand darin, darzulegen, wodurch sich die Wirtschaftssubjekte bei einer Vergrößerung des Geldangebotes veranlaßt sahen, die zusätzliche Liquidität - die sie wegen des gleichzeitig sinkenden Zinssatzes bereitwillig in ihre Kassenhaltung übernehmen - in vermehrte Güternachfrage umzusetzen. Hier soll nur kurz auf zwei dieser komplexeren Varianten eingegangen werden.¹⁴

Die Cambridgeversion der Quantitätstheorie schreibt Geld - wie jedem anderen Gut - Nutzen zu, den das Individuum gemäß der mikroökonomischen Konsumtheorie zu maximieren sucht. Das Wirtschaftssubjekt verteilt sein Einkommen auf die verschiedenen nutzenspendenden Güter derart, daß die

Befriedigung aus den Grenzausgaben für die einzelnen gewünschten Güter ident ist (Ausgleich der Grenznutzen). Nimmt das Geldangebot zu, so sinkt der Grenznutzen des Geldes relativ zu dem anderer Güter, die sich damit steigender Nachfrage gegenübersehen. In der Folge wird das Preisniveau bis zu dem Punkt angehoben, an dem die Nachfragenden wieder bereit sind, den monetären Zufluß in die Kassenhaltung zu übernehmen und ein neues Gleichgewicht - identische Grenznutzen der Elemente des Güterbündels - erreicht wird.^{14a}

Gemäß der Erklärung von Wicksell können die für die Geldpolitik zuständigen Institutionen die Geldnachfrage über den Zinsmechanismus beeinflussen. Wird der Zinssatz unter dem Gleichgewichtssatz, der die Gleichheit von Sparen und Investieren gewährleistet, gesenkt, so bewirkt die stimulierte Nachfrage nach Investitionen höhere Preise in diesem Sektor. Die Konsequenz ist ein Abzug von Produktionsfaktoren aus dem Konsumsektor, der das Preisniveau auch in diesem Bereich anhebt, Dieser Prozeß setzt sich fort, solange der Zinssatz unter der Gleichgewichtsrate liegt: das Preisniveau steigt - wie in der naiven Form der Quantitätstheorie - proportional mit der Geldmenge. Dieses Resultat ergibt sich aus der Annahme, daß die Nachfrageelastizität des Geldes immer gleich eins ist.¹⁵ Wicksell bekräftigte damit die traditionelle Doktrin. Die Güterpreise werden durch

Angebot und Nachfrage auf dem Gütermarkt bestimmt und die Geldmenge kann daher die Preise nur insofern beeinflussen, als sie Auswirkungen auf den Gütermarkt hat. Diese Verbindung zwischen monetärem Bereich und realem Bereich ergibt sich durch den Zinssatz. Es blieb weiter unbestritten, daß das Geldangebot das Preisniveau bestimmt und daß es in der Macht der Regierungen liegt, die die Geldmenge kontrollieren können, Inflation herbeizuführen oder zu verhindern.

Die Theorie der Kaufkraftparitäten stellt eine Erweiterung der Quantitätstheorie durch ihre Anwendung auf verschiedene Monetärsysteme, deren Verbindung durch den Wechselkurs erfolgt, dar:

Our willingness to pay a certain price for foreign money must ultimately and essentially be due to the fact that this money possesses purchasing power as against commodities and services in that foreign country. On the other hand, when we offer so and so much of our own money, we are actually offering a purchasing power as against commodities and services in our own country. Our valuation of a foreign currency in terms of our own, therefore, mainly depends on the relative purchasing power of the two currencies in their respective countries ... When two currencies have undergone inflation, the normal rate of exchange will be equal to the old rate multiplied by the quotient of the degree of inflation in the one country and in the other. There will naturally always be found deviations from this new normal rate, and during the transition period these deviations may be expected to be fairly wide. But the rate that has been calculated by the above method must be regarded as the new parity between the currencies, the point of balance towards which, in spite of all temporary fluctuations, the exchange rates will always tend. This parity I call purchasing power parity.

Die Kaufkraftparität zweier Währungen ergibt sich demnach aus dem Verhältnis ihrer Preisniveaus. Wird die Geldmenge in einem Land A relativ zu der eines Landes B erhöht, so wird das Preisniveau des Landes A relativ zu dem des Landes B ansteigen. Die Folge sind zunehmende Importe von A aus B und abnehmende Exporte von A nach B. Gleichzeitig wird die Differenz durch Gold- beziehungsweise Devisenexport ausgeglichen, und zwar solange ausgeglichen, bis das Gleichgewicht wieder hergestellt ist. Abweichungen von der Kaufkraftparität, die durch das Verhältnis der Preisniveaus der beiden Länder gegeben ist, und die das natürliche Gleichgewicht repräsentiert, sind daher nur kurzfristig möglich. Eine Veränderung des Wechselkurses ist somit immer in einer unterschiedlichen Fluktuation der Preisniveaus begründet, die gemäß der Quantitätstheorie durch die Geldmenge determiniert sind.

Diese Anschauung Cassels entspricht im wesentlichen den mehr als hundert Jahre früher formulierten Thesen der "Bullionisten". Der Unterschied liegt nur darin, daß Cassel die Kaufkraftparitätentheorie als eine eher längerfristig gültige Beziehung sah, die er auch durch die Beobachtungen in einigen Ländern zu unterstützen suchte. Wesentlich ist, daß diese Theorie eine Kombination zweier Behauptungen darstellt. Die erste verweist auf die Bestimmung des Preisniveaus in einem Land durch die Geldmenge. Die zweite

Behauptung besteht darin, daß das Verhältnis der so bestimmten Preisniveaus in den einzelnen Ländern die Wechselkurse zwischen diesen determiniert. Die Kaufkraftparitätentheorie wird fälschlich oft auf die zweite Behauptung reduziert. Es ist aber klar, daß Cassel die Quantitätstheorie als einen wesentlichen Bestandteil seines Konzeptes betrachtete.¹⁷

Die Quantitätstheorie erklärte damit in den Augen der damaligen Wirtschaftstheoretiker alle monetären Vorgänge und war die Basis für die Beurteilung der während des Krieges und in dessen Folge auftauchenden monetären Probleme. Nachdem nach Kriegsende die Preis- und Devisenkontrollen gelockert oder völlig beseitigt worden waren, begannen die Preise in allen Ländern rasch zu steigen. Da gleichzeitig alle Budgets stark defizitär waren, sah man gemäß der gestellten Diagnose die Herstellung eines Gleichgewichtes in den Staatshaushalten als Voraussetzung für die Bekämpfung der Inflation. England, die U.S.A. und die meisten neutralen Länder taten genau das. Die Konsequenz war ein gemäß der Diagnose zu erwartender Rückgang der Preise und eine ausgeprägte Rezession.

In Österreich und in Deutschland verlief die Entwicklung aber anders und läßt sich kaum durch dieselbe Interpretation erfassen. Wie die Tabelle auf Seite 96 zeigt, dominierte der Wechselkurs ab 1919 eindeutig den Ablauf der

Ereignisse. Dasselbe gilt für den Verlauf von Wechselkurs, laufender Staatsschuld, Zahlungsmittelumlauf und Preisen in Deutschland.

... it seems clear that it was the collapse of the exchange which inaugurated the great inflation. Both the magnitude and the temporal order of price changes in 1921 and 1922 support the argument. If the impulse comes from the side of the exchange, we should expect the fall in exchange to run ahead of the rise in prices, and the prices of traded goods to run ahead of home prices. This is precisely what occurred, the magnitude and speed of change being in this order: exchange, import prices, export prices, home prices, cost of living, wages. 18

Trotz dieser, der vorherrschenden Theorie zuwiderlaufenden Ereignisse, ließen sich die Wirtschaftstheoretiker mit wenigen Ausnahmen nicht irritieren. Sie blieben entweder bei der reinen Theorie oder suchten nach einer Interpretation der Diskrepanzen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Theorie. Dazu verwendete man häufig Konzepte wie Veränderungen in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und Spekulation.¹⁹

3.1.2. Die Zahlungsbilanztheorie

Die augenscheinliche Dominanz der Wechselkursentwicklung führte dazu, daß verschiedentlich die Ursache der Inflation im Zusammenbruch des Wechselkurses gesucht wurde. Anhänger dieser Erklärung waren hauptsächlich Geschäftsleute, Bankiers, Journalisten und Politiker.²⁰ Sie verwiesen vor allem auf die völlige Erschöpfung der Wirtschaft durch den Krieg, die territoriale Neugliederung, die ein strukturelles Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz hervorrufen mußte, und die ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrags.²¹ Diese Faktoren - mit Ausnahme der Reparationsbelastung - hatten eine starke unelastische Nachfrage nach Importen ausgelöst, die den Außenwert unmittelbar nach Kriegsende stark vermindern mußte. Da alle Güterpreise direkt oder indirekt durch den Wechselkurs mit den Preisen auf den Auslandsmärkten verbunden sind, waren Auswirkungen auf das inländische Preisniveau unvermeidlich. Teilweise wurde der Anstieg der Notenzirkulation und des Budgetdefizits daher als bloße notwendige Anpassung an die steigenden Preise gesehen, die auf den Zustand der Zahlungsbilanz zurückzuführen wären. Dabei wurde übersehen, daß ein Preisanstieg nicht notwendigerweise einen erhöhten Umsatz bedeutet, der eine Vergrößerung des Geldangebotes erfordern würde.

However, the more thoughtful observers explained that the rise in prices called forth a corresponding rises in wages and other incomes which, in turn raised the demand for cash. If the authorities had not accomodated this increase in the demand, an employment crisis would have ensued,

23

Der prominenteste Vertreter dieses Ansatzes ist K. Helfferich. Er betonte, daß die Ausweitung der Geldmenge in Deutschland der Preisentwicklung nicht voranging, sondern langsam und in einem großen Abstand folgte. Die Ursache für den Verfall des Außenwerts sah er in der ökonomischen Überbelastung Deutschlands durch den Friedensvertrag und in der "französischen Gewaltpolitik". Die daraus hervorgehende Verteuerung der importierten Güter induzierte eine Anhebung des inländischen Preis- und Lohnniveaus, die eine Vergrößerung des Geldbedarfs im privaten und öffentlichen Sektor bewirkte.

Im Gegensatz zu der weitverbreiteten Auffassung steht also nicht die "Inflation", sondern die Valutaentwertung am Anfang dieser Kette von Ursachen und Wirkungen; die Inflation ist nicht die Ursache der Preissteigerung und der Valutaentwertung, sondern die Valutaentwertung ist die Ursache der Preissteigerung und der Vermehrung der Papiergeldausgabe.

24

Die Anhänger des monetären Ansatzes hielten dem entgegen, daß die Zahlungsbilanz die Preise in keinem erheblichen Ausmaß beeinflussen kann. Ein durch Spekulationen oder Veränderungen in der Importnachfrage bedingter Fall des Außenwerts

einer Währung würde die Preise der eingeführten Güter sofort verteuern. Unter der Voraussetzung eines konstanten Zahlungsmittelumschlages wird dies eine Einschränkung des Inlandskonsums und eine Umlenkung von den Ressourcen zur Produktion von Exportgütern und Substitutionsgutern für Importe bewirken.

Bresciani-Turroni schränkte dieses Argument etwas ein. Für ihn ist auch ein Fall denkbar, in dem ein Sinken des Wechselkurses innerhalb eines bestimmten Bereiches bei unelastischer Auslandsnachfrage zu einem Rückgang des Realwertes der Ausfuhren und einer zusätzlichen Verschlechterung der Zahlungsbilanzsituation führt. Ein genügend großer Anstieg der Importpreise bedingt aber in jedem Fall eine Reduktion der Nachfrage. Es gibt daher immer einen Gleichgewichtswechselkurs, der eine ausgeglichene Zahlungsbilanz ermoglicht und einen weiteren Verfall des Außenwertes verhindert. Daß dies nicht der Fall war, sei auf die kontinuierliche Expansion der Geldmenge durch die Notenbank zurückzuführen.

The author rejects the view that exchange depreciation caused the inflation. But the difficulties of his own explanation are just as great. Neither the budget deficit nor the increase in quantity and velocity of circulation of money can produce the effects contributed to them. Clearly in each explanation some essential item is missing. 25

Das fehlende Bindeglied, das hier angesprochen wird, ist der Anstieg der nominellen Einkommen der Unselbständigen. Dieser Faktor wurde in der zeitgenossischen Diskussion von

einigen Autoren erwähnt, die auf die enge Verknüpfung zwischen Preisniveau und Arbeitseinkünften hinwiesen: Hätte die Notenbank die der orthodoxen Theorie entsprechende stark restriktive Geldpolitik durchgeführt und die zur Finanzierung der höheren Löhne notwendigen Geldmittel nicht zur Verfügung gestellt, wäre eine schwere ökonomische und wohl auch politische Krise unvermeidlich geworden. Diese Krise hätte nicht nur den Zusammenbruch zahlreicher Unternehmen sondern auch - besonders angesichts der durch die territoriale Neugliederung bestehenden strukturellen Schwierigkeiten - eine katastrophale Arbeitslosigkeit bedeutet, deren Ausmaß eine Funktion der Elastizität der Löhne bezüglich der Beschäftigung gewesen wäre.

Dem wurde von den Vertretern der traditionellen Theorie entgegengehalten, daß die Elastizität der Löhne in bezug auf einen Anstieg der Arbeitslosigkeit sehr groß sei. Ein sinkendes Beschäftigungsniveau würde die Lohnbewegungen sofort zum Stillstand bringen. Schlimmstenfalls wäre mit einer kurzen Übergangsperiode zu rechnen, in der die Arbeitslosigkeit weiterhin bestehen bleibt, um den Geldwert stabil zu halten. Dieses Argument impliziert, daß nur im Falle einer Übernachfrage nach Arbeit höhere Löhne zur Auszahlung kommen. Tatsächlich waren die Löhne aber - trotz Arbeitslosigkeit - an den Index der Lebenshaltungskosten und in der letzten Inflationsphase an den Wechselkurs gebunden.²⁶

Einige Ökonomen, die prominentesten waren G. Cassel und J.M. Keynes,²⁷ nahmen eine sich selbst widersprechende Position zum Inflationsproblem in den Kriegsverliererstaaten ein.

Both were champions of the Quantity Theory and its derivative, the Purchasing Power Parity Theory. In their view the spectacular rise in the German price level was certainly the handwork of the monetary and fiscal authorities in Germany. The budget deficit was the root of the matter, for it meant a constant increase in money, and a consequent rise in prices and in the rate of foreign exchange, if prices rose relatively to those of other countries. Simultaneously both found an excuse in the erroneous and even preposterous terms of the Peace Treaty which de facto made it impossible to balance the budget and in this sense the treaty could be called "the cause" of inflation. 28

Dennoch bestritten sie die Möglichkeit, daß ein inflationärer Prozeß vom Zustand der Zahlungsbilanz seinen Ausgang nehmen kann. Ihrer Meinung nach - dies gilt nicht mehr für den Keynes des Jahres 1930 und dessen "Treatise on Money" - war es genau umgekehrt. Sie negierten, daß der Gleichgewichtswechselkurs neben der Finanzpolitik, der Geldmenge und dem Preisniveau auch von anderen wesentlichen Faktoren wie Verschiebungen in der Importnachfrage, in den terms of trade und spekulativen Momenten abhängig ist.

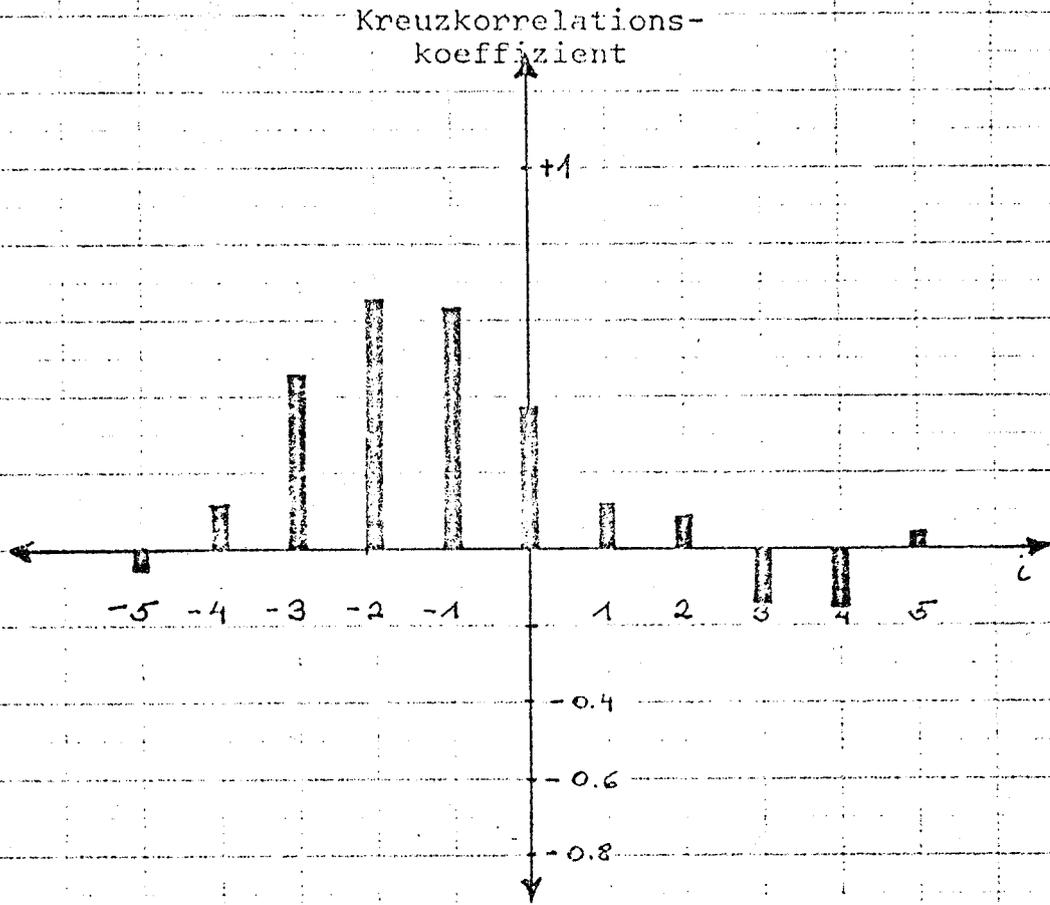
3.1.3. Das Kausalitätsproblem

Wie die Tabellen der Kreuzkorrelationen zwischen den Veränderungen von Wechselkurs und Geldmenge, Lebenshaltungskostenindex und Geldmenge und zwischen Preisen und Wechselkurs für den Zeitraum von November 1918 bis Oktober 1922 zeigen, ist die dominierende Rolle der Wechselkursentwicklung gegenüber den beiden anderen Variablen eindeutig. Die Kreuzkorrelationskoeffizienten indizieren bei einer Korrelation von Preisen und Wechselkurs eine Verzögerung der Preisveränderungen gegenüber Variationen des Dollarkurses der Krone von einem Monat. Der Koeffizient erreicht in diesem Fall mit 0.73 sein Maximum. Die Korrelation von Wechselkurs und Geldmenge läßt einen Vorsprung der Außenwertveränderung von ein bis zwei Monaten vermuten. Die Kreuzkorrelation zwischen Preisen und Geldmenge unterstreicht dies. Die Geldmengenveränderungen - über den gesamten Inflationszeitraum in den Nachkriegsjahren - folgten den Preisveränderungen in einem äußerst kurzen Zeitabstand.

Wenngleich die Korrelationen eindeutig gegen die monetaristische Erklärung zu sprechen scheinen, da der 'lead' der Außenwertentwicklung sowohl in Deutschland als auch in Österreich ab 1919 offensichtlich ist, bedeutet dies noch nicht die Feststellung der 'Ursache' der Inflation. Um ein Phänomen - in diesem Fall die Inflation, definiert als ein

KREUZKORRELATION DER RELATIVEN VERÄNDERUNGEN GEGENÜBER DEM VORMONAT
 ZWISCHEN WECHSELKURS_t UND GELDMENGE_{t-i}

(± 5 Verzögerungen, 1 Periode = 1 Monat)
 Zeitraum: November 1918 bis Oktober 1922



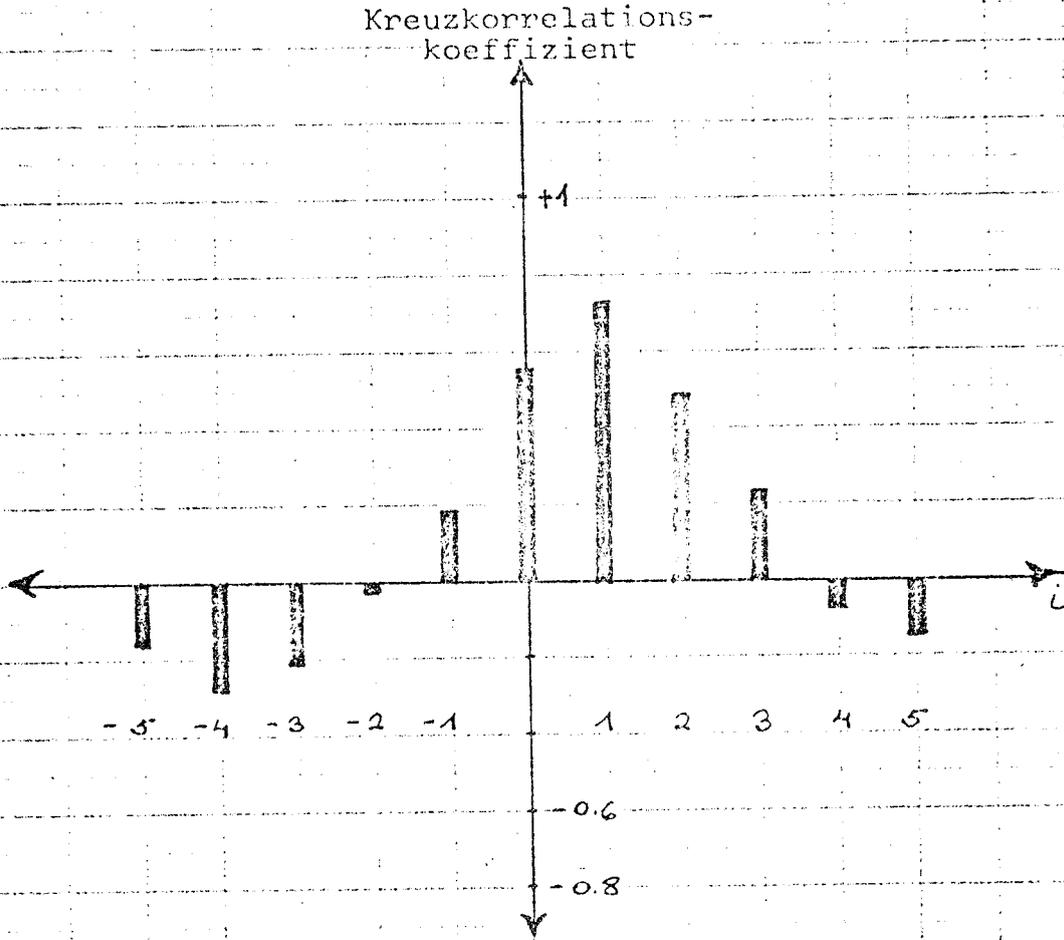
VERZÖGERUNGEN

KREUZKORRELATIONS-
KOEFFIZIENT

-5	-0.0530
-4	0.1027
-3	0.4564
-2	0.6563
-1	0.6281
0	0.3726
1	0.1169
2	0.0882
3	-0.1421
4	-0.1453
5	0.0420

KREUZKORRELATION DER RELATIVEN VERÄNDERUNGEN GEGENÜBER DEM VORMONAT
 ZWISCHEN PREISEN_t UND WECHSELKURS_{t-i}

(± 5 Verzögerungen, 1 Periode = 1 Monat)
 Zeitraum: November 1918 bis Oktober 1922



VERZÖGERUNGEN

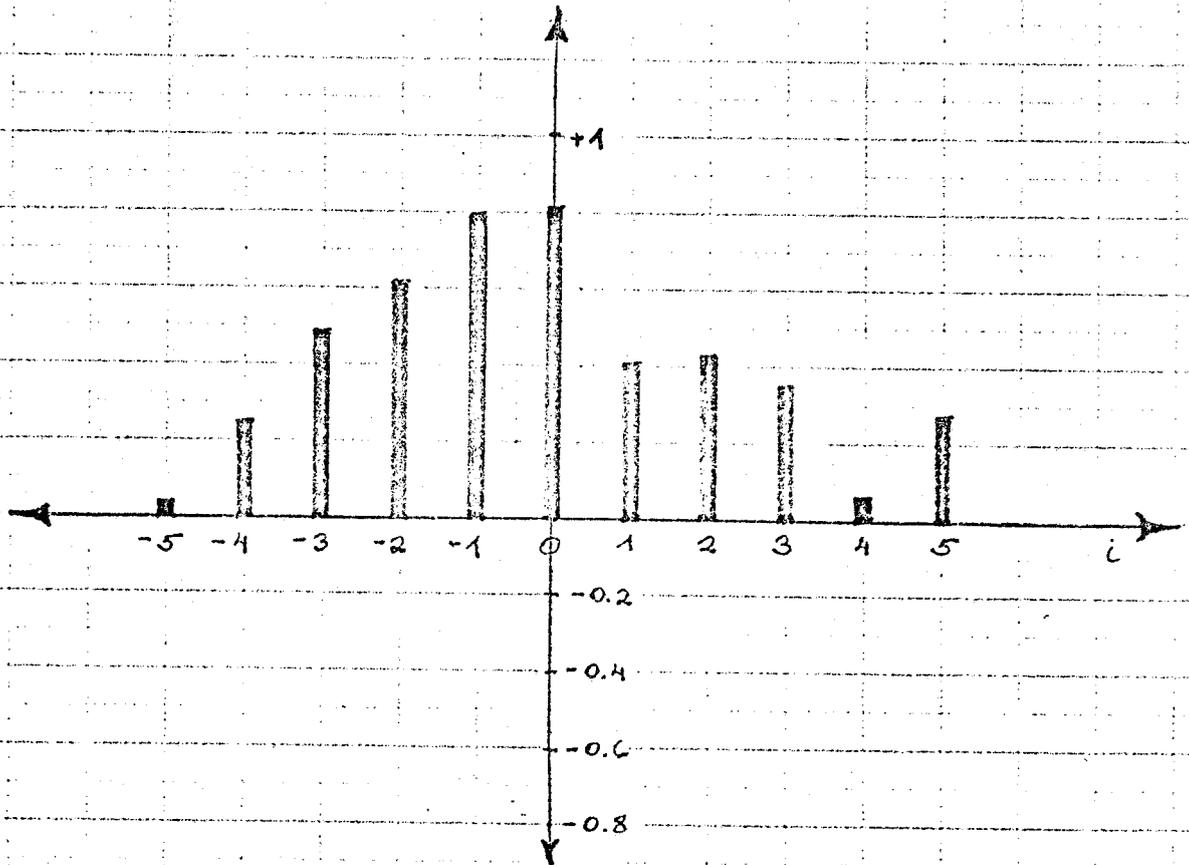
KREUZKORRELATIONS-
KOEFFIZIENT

-5	-0.1693
-4	-0.2935
-3	-0.2104
-2	-0.0227
-1	0.1917
0	0.5603
1	0.7281
2	0.4815
3	0.2360
4	-0.0887
5	-0.1753

KREUZKORRELATION DER RELATIVEN VERÄNDERUNGEN GEGENÜBER DEM VORMONAT
ZWISCHEN PREISEN_t UND GELDMENGE_{t-i}

(± 5 Verzögerungen, 1 Periode = 1 Monat)
Zeitraum: November 1918 bis Oktober 1922

Kreuzkorrelations-
koeffizient



VERZÖGERUNGEN

KREUZKORRELATIONS-
KOEFFIZIENT

-5	0.0302
-4	0.2489
-3	0.4850
-2	0.6161
-1	0.7974
0	0.8152
1	0.4010
2	0.4374
3	0.3587
4	0.0684
5	0.2701

Anstieg des durch einen Preisindex erfaßten Preisniveaus - zu erklären, benötigt man meistens verschiedenste Daten, die das Phänomen bewirken. Daten, die mit einer wesentlichen Veränderung des Preisniveaus Hand in Hand gehen, - und zu diesen gehört sicherlich die Geldmenge - sind wichtige 'Gründe', Daten die nur insignifikante Einflüsse auf das interessierende Phänomen ausüben, kann man als unwichtige 'Gründe' apostrophieren.

In diesem Zusammenhang kann eine weitere Unterscheidung Tinbergens das Kausalitätsproblem erhellen. Für ihn gibt es Ursachen schlechthin auf der einen Seite und 'strategische' Ursachen auf der anderen Seite:

In a provisional and general way we may say that whether we consider one or the other datum as "the" cause, depends on which data are considered "changeable". Thus, we may say that in the absence of a price rise at the world market two data have to be present in order to make inflation in a small country possible, namely isolation from the world market and an elastic money supply. Both have to be present in order for the inflation to occur. Yet we may consider either as "the cause", depending on what we consider to be changeable. If, on the one hand, we think that nothing can be done about the elasticity of money supply, we may call the fact of isolation "the" cause; if, on the other hand, we think the degree of isolation cannot be changed, we may consider the elasticity of money supply as "the strategic" cause.

29

Daten können weiters in "politische Parameter" und andere unterschieden werden, je nachdem ob sie politisch beeinflusbar sind oder nicht. Sind bestimmte "politische Parameter" unter den 'Gründen', dann gibt es Möglichkeiten, die In-

flation zu stoppen. Im Falle der österreichischen Nachkriegsinflation war der ab 1922 zur Verfügung stehende Parameter die Notenzirkulation. Die vorhergehenden Ausführungen haben gezeigt, daß die Hauptursache(n) der Inflation in einer drastischen Verschiebung im Verhältnis von Importnachfrage und dem Angebot von Ausfuhrsgütern, die in einer funktionalen Beziehung gesehen werden müssen, im Fehlen von Auslandskrediten als Konsequenz der internationalen politischen Entwicklung und dem an die Preisentwicklung gebundenen Anstieg der Einkommen der Unselbständigen zu suchen sind.

Bezüglich der zur Verfügung stehenden Handlungsparameter, oder anders ausgedrückt der Freiheitsgrade, die es ermöglichen, bestimmte Variable so festzulegen, daß sie die Inflation zum Stillstand bringen, kann man zwischen technischer und politischer Wahlfreiheit unterscheiden.³⁰ Durch den Einsatz fiskal und/oder geldpolitischer Maßnahmen ist es sicherlich technisch möglich, die Preise auf ein gewünschtes Niveau zu bringen. Diese Gestaltung der Variablen kann aber politisch unerreichbar sein, weil sie entweder andere Variable ungünstig beeinflusst oder ihre Anwendungsmöglichkeit nicht gesehen wird. Im ersten Falle besteht eine Beschränkung, wie zum Beispiel die Voraussetzung von Vollbeschäftigung, die bestimmte Konstellationen von Parameterwerten von vornherein ausschließt.³¹

Im zu untersuchenden Fall war die Eindämmung der Nachfrage

durch strikte Restriktionsmaßnahmen im fiskalischen und monetären Bereich der einzige Handlungsparameter. Dies entsprach der traditionellen Theorie und hätte notwendigerweise - wie es nach der Stabilisierung offenkundig wurde - zu einer immensen Arbeitslosigkeit geführt. Betrachtet man dies als nicht wünschenswert, so wäre kein Aktionsparameter mehr zur Verfügung, die Entwicklung des Systems würde durch die Daten bestimmt und müßte sich selbst überlassen werden. Das stellt sicherlich keine optimale Strategie dar, angesichts der Auswirkungen des zur Verfügung stehenden Parameters, im Rückblick gesehen, aber eine zweitbeste.

In ihrer Analyse der deutschen Inflation nach 1918, die mit geringen Modifikationen auf die Situation Österreichs im selben Zeitraum übertragbar erscheint, verwenden Laursen und Pedersen ein System mit neun interdependenten Größen.³² Jede dieser Größen - die wichtigsten sind Importe und Exporte, Auslandsverkäufe von Banknoten und Forderungen, die auf inländische Währung lauten, die Löhne, das Beschäftigungsniveau, der tatsächliche und erwartete Dollarkurs und das Inlandspreisniveau - wird gleichzeitig von einer Anzahl technischer, physiologischer und politischer Daten bestimmt, die dem System von außen vorgegeben sind. Zusätzlich gilt, daß die Einnahmen von Forderungen und Verkäufen von in inländischer Währung ausgedruckten Banknoten immer ausreichend sein muß, um das Defizit in der Handelsbilanz auszugleichen. Die Entwicklung des Systems muß als Resultat der von den exogenen Daten ausgehenden Impulsen gesehen werden,

die sich entweder verstärken, aufheben oder dämpfen.

Die Funktionsweise des Systems läßt sich am Beispiel der Lohnbewegungen nach Kriegsende veranschaulichen, die sowohl eine Konsequenz der revolutionären Situation als auch der katastrophalen Ernährungslage der Lohnbezieher waren. Die so durchgesetzten Lohnerhöhungen bedeuteten - bei konstantem Inlandsangebot - eine Vergrößerung der Nachfrage nach Gütern. Da die Produktion im Inland zunächst unverändert blieb oder sogar abnahm, stieg die Nachfrage nach Fremdwährung, um mehr Güter einzuführen. Ein Teil der durch die Löhntwicklung gestiegenen Nachfrage richtete sich auch auf Güter, die andernfalls ausgeführt worden wären. Die Konsequenz war ein enormer Anstieg des Dollarkurses, der im ersten Halbjahr 1919 durch Kapitalflucht noch verstärkt wurde.

Die mit dem Wechselkurs multiplizierten Auslandspreise und das Lohnniveau in Österreich waren die wesentlichsten Bestimmungsgrößen für die Entwicklung des Preisniveaus im Inland. Die Löhne waren von der Situation am Arbeitsmarkt weitgehend unabhängig und orientierten sich an den Lebenshaltungskosten. Der nach Kriegsende einsetzende Fall der Krone führte über die Preise zu Lohnbewegungen, die einen weiteren Anstieg der Dollarnotierung hervorriefen. Die so erzeugte zusätzliche Verschlechterung der Zahlungsbilanz wirkte sich in der oben beschriebenen Weise wiederum auf das Lohnniveau aus. Diese spiralenförmige Entwicklung wird in

den meisten Fällen auf ein bestimmtes Niveau hin konvergieren.³³ Dieses schien in der ersten Jahreshälfte 1921 erreicht worden zu sein. Der oben beschriebene Prozeß wurde aber (siehe dazu Abschnitt 2.3.4.3.) durch einen Impuls, der außerhalb des Systems erzeugt wurde, neuerlich in Gang gebracht.

Neben der Wechselkurs - Preis - Lohnspirale muß auch noch der Umstand in Betracht gezogen werden, daß der österreichische Kapitalstock durch die Kriegswirtschaft qualitativ und quantitativ stark belastet worden war. Dies, die erschöpften Lagerbestände und das Fehlen des aus der Monarchie gewohnten ökonomischen Hinterlandes machten das Anlaufen der Produktion von einem starken Anstieg des Importvolumens abhängig. Die Grenzproduktivität der Einfuhren und die Nachfrage nach Fremdwährung waren daher außergewöhnlich hoch und bedingten den gleichen Prozeß wie die autonomen Lohn-erhöhungen, da der steigende Dollarkurs das inländische Preisniveau und die Löhne erhöhte. Beide Impulse, die autonome Lohnerhöhung und der abrupte Anstieg der Nachfrage nach ausländischen Gütern, wirkten teilweise gleichzeitig. Ein derartiger Prozeß wird theoretisch von drei Seiten gedämpft:

Erstens ist die Grenzproduktivität der Importe eine abnehmende Funktion der eingeführten Gütermengen. Einerseits wird durch den nun möglichen Übergang zur normalen Produktion die Arbeitsproduktivität und das Exportpotential zunehmen, andererseits kann durch die so verbesserte wirtschaftliche

Situation die Spekulation in die inländische Währung angeregt werden. Der zweite dämpfende Faktor ist das durch die kontinuierliche Abwertung hervorgerufene Sinken der Preise inländischer Güter für ausländische Käufer, die die Exportnachfrage erhöhen und zusätzliche Importe ermöglichen. Drittens kann das international niedrige Lohnniveau die Spekulation in die Inlandswährung wecken.

Die exogenen Impulse wirkten, wie die Entwicklung des Wechselkurses zeigt, hauptsächlich verstärkend auf die steigende Tendenz des inländischen Preisniveaus. Der einzige wesentliche dämpfende Impuls entstand aus dem durch die internationale Rezession 1920 herbeigeführten Sinken der Rohstoffpreise auf den Auslandsmärkten, das der Rohstoffabhängigkeit Österreichs entgegenkam. Die im ersten Halbjahr 1921 zu registrierende Stabilisierung von Wechselkurs, Preisen, Löhnen und Geldmenge wurde jedoch durch die aussichtslos erscheinende Möglichkeit, Auslandskredite zu erhalten, unterbrochen, und die Inflation geriet in ein galoppierendes Stadium. Die entscheidenden ökonomischen Variablen waren in eine explosive Konstellation geraten. Die Krone verlor ihre Funktion als Zahlungsmittel und wurde in den letzten Inflationsmonaten zunehmend durch ausländische Währungen ersetzt, nachdem die Löhne und die Preise zunehmend auf den Wechselkurs bezogen worden waren. Immer mehr Geldtransaktionen wurden in Schweizer Franken, Dollar oder englischen Pfund vorgenommen.

Wenn die Regierungsbehörden nicht eingeschritten wären, so hätte dieser Handel zu einer Stabilisierung geführt, nach der es möglich gewesen wäre, ohne wesentliche Störungen bei den Löhnen und Preisen ... einige Nullen zu streichen oder eine neue Währungseinheit mit den entsprechenden legalen Zahlungsmitteln einzuführen. 34

Stattdessen wurde jedoch der Weg nach Genf beschritten, der neben den sicher notwendigen Auslandskrediten eine Rezession extremsten Ausmaßes und völlige Auslandsabhängigkeit bedeuten mußte. Dabei ist zu beachten, daß die Krise des Jahres 1923 durch die Ruhrbesetzung Frankreichs, die für Österreichs Exportindustrie vermehrte Nachfrage brachte, wesentlich abgeschwächt wurde.

An diesem Punkt taucht die Frage auf, warum die Ende 1922 durch Kreditrestriktionen erfolgte Beendigung der Nachkriegsinflation erst so spät erfolgte. Pedersens Antwort auf die Frage, warum sich die deutsche Reichsbank und das Finanzministerium nicht schon früher weigerten, einen weiteren Anstieg der Arbeitseinkünfte zu finanzieren, der den Prozeß in Gang hielt, hat auch für die österreichische Situation Gültigkeit:

Die Antwort lautet: Die Armut des deutschen Volkes war zu groß, als daß man die Produktionsverluste hätte hinnehmen können, zu denen eine solche Politik geführt hatte ... eine solche Politik (wäre) technisch möglich gewesen, aber nicht politisch ... Technisch gesehen bestanden zwei Freiheitsgrade. Es wäre möglich gewesen, entweder die Löhne zu fixieren oder die Zahlungsmittel zu beschränken, aber keines dieser beiden Instrumente konnte politisch durchgesetzt werden, sondern beide wurden praktisch zu einem Teil des interdependenten Systems, wobei die Löhne von den Preisen abhängen und die Zahlungsmittelmenge von Beschäftigung und Lohnniveau. 35

3,2. WIRKUNGEN DER INFLATION

=====

Es ist noch immer allgemein akzeptierte Anschauung, daß eine Instabilität des Geldwerts negative Einflüsse sowohl auf die Produktion als auch auf die Einkommensverteilung hat: Inflation schmälert sowohl die Größe des Kuchens als auch überproportional das Stück, das die Lohn- und Rentenbezieher und die Sparer beziehen. Die Löhne bleiben hinter der Preisentwicklung zurück und die Ersparnisse werden - zumindest teilweise - zerstört. Auf der anderen Seite gewinnen die besitzenden Klassen, weil die Löhne in einem geringeren Ausmaß steigen als die Preise (wage lag)³⁷, weil sie Besitzer von Realkapital und außerdem Debitoren sind.

Die Größe des Kuchens wird - gemäß dieser Auffassung - durch eine von den Preissteigerungen ausgelöste Desorganisation der Arbeitsteilung und eine Fehlallokation der Ressourcen gefährdet. Die Sparer verlieren jeglichen Anreiz weiter zu sparen und gefährden damit eine wichtige Quelle nationalen Reichtums. Gleichzeitig wird jedoch behauptet, daß die steigenden Preise zusätzliche Investitionen durch eine Flucht in Sachwerte anregen. Obwohl die Motivation zum Sparen sinkt, steigt die Investitionsquote durch die Umverteilung zugunsten der Produzenten. Es kommt zum "Zwangssparen".

Tatsächlich sind jedoch keinerlei generelle Aussagen über

die Wirkungen eines steigenden Preisniveaus auf Produktion und Einkommensverteilung möglich. Die Geschichte der letzten 300 Jahre zeigt, daß es sowohl Inflationen gab, die eine Umverteilung zu den Gewinnen brachten, als auch solche, die die Grundrentenbezieher begünstigten. Die letzten Erfahrungen in der Bundesrepublik und in Großbritannien zeigen sogar eine Umverteilung weg von den Unternehmern. Es gab Inflationen verbunden mit zunehmender und abnehmender Arbeitslosigkeit, mit steigender und fallender Investitionsquote, mit niedrigen und hohen Wachstumsraten und mit aktiver und passiver Zahlungsbilanz. Zeit-örtlich invariante Aussagen über die Wirkungen "der" Inflation sind nicht möglich.³⁹

3.2.1. Inflation und Ökonomische Aktivität

In den traditionellen Abhandlungen über das Phänomen der Nachkriegsinflation in den Verliererstaaten⁴⁰ werden besonders die nachteiligen Auswirkungen wie Fehlinvestitionen, sinkende Reallöhne und ein Zunehmen der unproduktiven Arbeit hervorgehoben. Bresciani-Turroni unterstreicht besonders die in Deutschland in den Inflationsjahren zu verzeichnende Hypertrophie des Dienstleistungssektors, in dem die wirtschaftliche Situation durch bloßes Kaufen und Verkaufen erhebliche Gewinne garantierte. Wie die Insolvenzstatistik zeigt, ging die Zahl der Ausgleiche und Konkurse in Österreich tatsächlich stark zurück:

Tabelle 23 Zahl der Bankrotte in Österreich⁴¹

Jahr	Ausgleiche	Konkurse
1913	293	61
1914	564	102
1921	92	33
1922	62	25
1923	533	110
1924	2546	448

Im kommerziellen Sektor kam es seiner Meinung nach zur Etablierung von zusätzlichen Zwischenhandelsstufen, die das volkswirtschaftlich notwendige Ausmaß weit überschritten.

Dasselbe gilt für den Bereich der Banken, die trotz des Wegfalls der Nachfolgestaaten und eines Großteils ihrer Einlagen zu den Inflationsgewinnern zählten.⁴² Neue Privatbanken wurden gegründet, da der Umsatz von Aktien und Devisen ständig zunahm. Die Öffentlichkeit beteiligte sich in einem erheblichen Ausmaß an der Börsenspekulation und überlud die Banken daher mit Kauf- und Verkauforders. Dieser kontinuierliche und sich ständig beschleunigende Wechsel von Vermögenstiteln schuf sicherlich keine neuen Werte.

Der Anteil der unproduktiven Arbeit stieg mit der Zeit auch in Unternehmen der Güterproduktion. Die Kalkulationen wurden immer zeitraubender, und damit erhöhten sich die Fixkosten auf betrieblicher und gesamtwirtschaftlicher Ebene. Aus der Schwierigkeit und oft auch Unmöglichkeit, die Kosten und Preise richtig zu kalkulieren, folgte unmittelbar das Fehlen einer rationalen Produktionsplanung. Die eher geringen Arbeitskosten trugen, wie Bresciani-Turroni meint, dazu bei, daß nicht nach effizienteren Produktionsmethoden gesucht wurde.⁴³ Die Gütererzeugung war daher nur mehr ein Nebenresultat wirtschaftlicher Aktivität. Die Hauptanstrengungen galten der Güter- und Devisenspekulation.

Zwar war die Inflation mit großen Kapitalinvestitionen verbunden, sie bedeuteten jedoch bloß ein extensives und unselektives Wachstum. Dem muß entgegengehalten werden, daß

diese nachteiligen Faktoren, beispielsweise in der Industrie, andererseits durch die Wechselkursentwicklung starke Exportzunahmen ermöglichten.⁴⁴

Sicherlich konnte die durch "Zwangssparen" finanzierte Zunahme der Investitionen die strukturellen Schwierigkeiten nicht einmal ansatzweise beseitigen, und sicherlich flossen diese Ersparnisse teilweise in unproduktive Zweige, die sich durch gesicherte Profite über Wasser halten konnten. So bedeutete beispielsweise die forcierte Produktion von Luxusgütern wegen der hohen Nachfrageelastizität dieser Produkte eine verschärfte Konjunkturabhängigkeit der Volkswirtschaft. Ob aber die erzwungenen "Sozialersparnisse" wirklich "unsozial" verteilt wurden, weil, wie Bresciani-Turroni meint, "inflation dispensed its favour blindly"⁴⁵, ist mehr als zweifelhaft.

Die negativen Allokationseffekte, die die Preisentwicklung verursachte, stehen außer Frage. Fraglich wird die Argumentation jedoch, wenn man dies und andere Negative einer "artificialen Prosperität" aus dem Ergebnis der Stabilisierungskrise deduziert, da die Verhältnisse nach der Inflation ebenso abnormal waren und auch nach zehn Jahren keine Normalisierung erbracht hatten und der Ablauf der Ereignisse auch bei relativ stabilem Preisniveau in der Periode bis 1923 alles andere als ein Positivum dargestellt

hätte.

Der Hinweis auf eine Verzerrung der Produktionsstruktur bekommt außerdem nur dann Sinn, wenn man den Zustand, den man verzerrt nennt, mit einem Idealzustand vergleicht. In einem solchen Idealfall von Vollbeschäftigung und stabilen Preisen hätte die Wirtschaftsstruktur sicherlich anders ausgesehen. Der Konsum und die Kapitalimporte wären höher gewesen, die nationalen Investitionen wahrscheinlich anfangs geringer. Folgt man der Argumentation von Pedersen und Laursen, so hat die Inflation, verglichen zum idealen Zustand, die Wirtschaft in Richtung vermehrter Investitionen verzerrt.

Die Inflation ermöglichte eine Umverteilung von den unproduktiven Gruppen wie den Rentiers und Hausbesitzern und den Beamten zugunsten der Produzenten, die einen großen Teil der so zustande gekommenen Gewinne aufgrund der günstigen Gewinnaussichten für Investitionen verwendeten. Die so stimulierten Investitionen hoben die Produktion und die Beschäftigung an, so daß im Endeffekt sowohl Konsum als auch Investition ein höheres Niveau erreichten als im Alternativfall, der sich aus einer strikt deflationistischen Politik ergeben hätte. Die Lohnbezieher wurden durch die Inflation schon allein deshalb nicht geschädigt, weil sie wegen ihrer prekären Situation ihr gesamtes Einkommen für Konsumzwecke verwenden mußten und bei Kriegsende kaum mehr über Ersparnisse verfügen konnten. Die Unternehmer gewannen zwar durch

ihre Position als Debitoren, aber nicht auch als Arbeitgeber, die vom Zurückbleiben der Löhne hinter den Preisen profitieren konnten.

Im gleichen Zeitraum wurde in den Ländern, die früh zu deflationistischen Maßnahmen griffen, Kapital verzehrt, die Arbeitslosenziffern stiegen rapid und die Reallöhne sanken. Das Beispiel Großbritannien zeigte 1921/22 außerdem eine im kapitalistischen System erstmals auftretende Asymmetrie von größerer Bedeutung: im Konjunkturaufschwung kam es zu Preis- und Lohnerhöhungen in der Industrie; in der rezessiven Phase offenbarten sowohl Preise als auch Löhne eine neuartige Rigidität bei gleichzeitiger hoher Arbeitslosigkeit.⁴⁶

Wie weit die ökonomische Situation auch nach einer konsequent angewandten restriktiven Wirtschaftspolitik von einem Normalzustand entfernt sein kann, bewies die wirtschaftliche Entwicklung der Ersten Republik nach 1924. Nach dem kurzen Boom in den Inflationsjahren, in denen die Investitionen umfangreicher gewesen sein dürften als 1913, halbierte sich die Investitionsquote im Durchschnitt der Jahre 1924 - 1937 gegenüber dem Jahr 1913. Die Investitionen reichten gerade zur Erhaltung des vorhandenen Kapitalstocks.⁴⁷ Österreich, das vor dem Ende des Ersten Weltkriegs daran war, den Anschluß an die entwickelten Industriestaaten dieser Epoche zu finden, befand sich auf dem Weg zurück ins

agrarisch-kleingewerbliche Zeitalter.

Obwohl eine Inflation in dem Ausmaß, in dem sie Österreich nach 1918 erlebte, alles andere als wünschenswert ist, erscheint sie doch von den vorhandenen Möglichkeiten die gangbarste gewesen zu sein:

... it may very well be to the interest of the people that capital is "sunk" in plants producing substitutes during an emergency, although after this emergency has passed, they have to be scrapped.

48

Die Tabelle 18 auf Seite 92 scheint nur die These von der Hypertrophie bei Banken und Versicherungen vollauf zu bestätigen. Der Anteil dieses Wirtschaftszweigs an der gesamten volkswirtschaftlichen Wertschöpfung hatte sich gegenüber 1913 mehr als verdoppelt. Die Entwicklung der entsprechenden Statistik im Handel scheint dagegen der Behauptung stark zunehmender Zwischenhandelsstufen zumindest teilweise zu widersprechen; auch wenn man den Rollenverlust Wiens als Handelszentrum der Monarchie vor 1914 berücksichtigt.

Das relativ gute Abschneiden des Gewerbes gegenüber der Industrie läßt sich aus der unterschiedlichen Absatzsituation erklären. Die Industrie hatte teilweise Vorteile aus der Wechselkursentwicklung und den geringen Arbeitskosten, andererseits war sie nach 1918 von ihren traditionellen Absatzmärkten zunächst völlig abgeschnitten, Diesem Problem stand das für einen lokalen Markt produzierende Gewerbe nicht gegenüber.

3.2.2. Verteilung

Die Inflation war die brutalste, unsozialste und unwirtschaftlichste Methode, das Sozialprodukt aufzuteilen und einen Ausgleich zwischen diesem und dem Verbrauch zu erzwingen.

49

3.2.2.1. Löhne

Die vor allem im ersten Nachkriegsjahr erreichten Fortschritte in der Sozialpolitik, die Österreich auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung zu einem der fortschrittlichsten Staaten machten, waren durch die erstmals freien Gewerkschaften - dem "siamesischen Zwilling" der Sozialdemokratie - durchgesetzt worden. Diese Errungenschaften bestanden hauptsächlich in der Einführung des Achtstundentags, Jugend- und Frauenschutzes und der Arbeitslosenversicherung.⁵⁰

Die Gewerkschaften konnten ihren Mitgliedstand von 250.000 im Jahre 1913 bis 1921 mehr als vervierfachen. Nach 1921 sanken die Mitgliederzahlen kontinuierlich ab und erreichten 1932 mit 520.000 ihren Tiefpunkt.⁵¹ Während der Inflationsperiode erfaßten die freien Gewerkschaften den überwiegenden Teil der organisierten Arbeiter. Die Berufsverbände wurden durch die Einrichtung von Industrieverbänden ersetzt. Nach 1918 sahen sich die Gewerkschaften, in ihrem Selbstverständnis als Organisationen im Klas-

senkampf, einer Situation gegenüber, in der es darum ging, den totalen Zusammenbruch zu verhindern. Sie wirkten "so eigentlich als konservative Organe".⁵² Die "staatstragende" Rolle bewirkte eine Kanalisation des revolutionären Konfliktstoffes von oben. Ähnlich wie in den ersten Jahren nach 1945 wurde die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Vorstellungen durch die Besetzung von Betriebsrätefunktionen mit Vertrauensleuten gesichert.

In der Monarchie zeichnete sich die Lohnentwicklung durch starke zeitliche, regionale und berufliche Schwankungen der Löhne aus. Die danach festzustellende Nivellierung war zunächst eine Konsequenz des auf beinahe alle Arbeitnehmer ausgeweiteten Geltungsbereiches der Kollektivverträge, die in ihrer generellen Gültigkeit vor dem Krieg nur bei den Buchdruckern zu finden waren.⁵³

Die ständig steigenden Lebenshaltungskosten brachten bereits während des Krieges das Alimentationsprinzip zur Anwendung. Die Löhne konnten der Preisentwicklung nur mit großem Abstand folgen: die Abgeltung der Inflation erfolgte mittels absoluten Sätzen, so daß die unteren Lohngruppen relativ stärker angehoben wurden. Dieser Nivellierungsschub wurde nach 1923 - ähnlich wie nach 1953 - durch eine Phase zunehmender Differenzierung abgelöst, die die Veränderungen im Lohn- und Gehaltsgefüge nur mehr teilweise rückgängig machte.

Bis zum Jahresende 1921 - zu diesem Zeitpunkt erfolgte der Abbau der Lebensmittelzuschüsse - paßte man die Löhne im Verhandlungsweg den Preisen an. Parallel dazu setzte sich zunehmend eine Bindung der Löhne an den Preisindex durch. Bis 1922 wurden sowohl Löhne als auch Preise in Dollar fixiert. Die Lohnentwicklung folgte damit automatisch der Abwertung der Krone.⁵⁴ Die Stabilisierung kennzeichnete auf lohnpolitischem Sektor der Abbau der Indexbindung und ein forcierter Einsatz der gewerkschaftlichen 'bargaining power'.

Nach 1918 versuchten die Gewerkschaften in ihrer Lohnpolitik einen langsamen Abbau des Alimentsprinzips und eine Rückkehr zum Leistungsprinzip. Dies kam in einem schrittweisen Abbau der absoluten Lohnzuschläge und einer Hinwendung zur Akkordentlohnung zum Ausdruck.⁵⁵

Einer der Hauptgründe für den starken Abbau der Lohnunterschiede während und unmittelbar nach dem Kriege ist in der Entwicklung der Gewerkschaften von einer Eliteorganisation der Arbeiterschaft des 19. Jahrhunderts zu einer Massenbewegung zu suchen. Die Stärke der Mitgliedschaft ermöglichte die Institutionalisierung von Kollektivverträgen und damit den Abbau von betrieblichen und regionalen Lohndifferenzen. Die Änderung in der Mitgliederstruktur und die Besonderheit der Situation erforderten einen geringen Einfluß der lohn-

bestimmenden Faktoren Qualifikation und Geschlecht.

3.2.2.2. Die Lohnquote

1913 betrug die Lohnquote, i.e. der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, 51 %. Für die Periode bis 1923 sind keine Daten verfügbar. 1924 hatte sich die Lohnquote auf einen Stand von 57 % erhöht.⁵⁶ Auch eine Bereinigung der Lohnquote durch Berücksichtigungen der Veränderung der Zahl der Lohn- und Gehaltsabhängigen an der Gesamtheit der Erwerbstätigen ergibt eine Umverteilung zugunsten der Löhne in der Inflationsperiode. Die Stabilisierung verschob die Verteilung zugunsten der Gewinne, weil die Indexierung zunächst weiterhin wirksam blieb und in der Folge die Arbeitslosigkeit die Verhandlungsposition der Gewerkschaften stark geschwächt hatte.

Kausel, Nemeth und Seidel führen den Anstieg der Lohnquote während der ersten Nachkriegsjahre hauptsächlich auf die Auflösung der Klasse der Rentiers zurück. Diese Interpretation wirft einige Probleme auf:

Da nur ein Jahr vor dem Krieg als Vergleichsbasis dient, müssen konjunkturelle Einflüsse berücksichtigt werden. 1924 war ein Krisenjahr, während 1913 in eine Periode guter Konjunktur fiel. Die Zunahme ist deshalb durch die Wahl des Basisjahres überschätzt.

Außerdem dürfte der Großteil der Rentiers selbständig geblieben sein. Ein großer Teil der Vermögensmittel wurde wahrscheinlich im Anfangsstadium der Inflation liquidiert und in Realvermögen angelegt. Diese Überlegung wird durch die zahlreichen Firmenneugründungen unterstützt. Pedersen und Laursen gehen davon aus, daß es sich bei den Wertpapierbesitzern um eine äußerst heterogene Gruppe handelte. Jene Gruppe, für die die Wertpapiere eine zusätzliche Einkommensquelle darstellten, konnte die Verluste teilweise durch die besseren Investitionschancen der Inflation wettmachen. Die Rentiers, für die Pensionen und Wertpapiere die einzige Einkommensquelle bedeuteten, kann man in zwei Gruppen teilen: in eine, die unfähig war, zu arbeiten und in eine arbeitsfähige. Von letzterer dürfte nur ein Teil unselbständig geworden sein. In der Gruppe der Arbeitsunfähigen dürften die größten Inflationsverlierer zu finden sein. Jedoch waren sie noch immer gegenüber alten und kranken Menschen begünstigt, die keinerlei Wertpapiere besaßen.

Außerdem hätte ein Teil dieser Gruppe im Fall einer restriktiven Kredit- und Fiskalpolitik, durch den Ruin ihrer Schuldner, ebenso Verluste hinnehmen müssen.⁵⁷

Die Umverteilung zugunsten der Löhne kann deshalb nicht in der Auflösung der Gruppe der Rentiers gesucht werden. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um eine "Verschiebung zwischen den Besitzern von Geld- und Realvermögen"⁵⁸. Die

Ursache dürfte in der geänderten Machtposition der Gewerkschaften nach 1918 liegen. Da der sinkende Anteil ^{der Gewinne} ein internationales Phänomen der Nachkriegszeit darstellt, sieht M. Szecsi einen weiteren Grund dafür in der "schwindenden Bedeutung des Grundbesitzes (Grundrenten) einerseits" und im "Aufkommen der Kapitalgesellschaften andererseits"⁵⁹, wobei dieser Prozeß Hand in Hand mit der Zurückdrängung der Rentiereinkommen geht.

Nach der Stabilisierung stiegen die Reallöhne an, allerdings bei einer gleichzeitigen durchschnittlichen Arbeitslosenrate von mehr als 20 % in den Jahren 1923 und 1924. Die Inflation ermöglichte einerseits die Erhaltung annähernder Vollbeschäftigung - mit Ausnahme der letzten Monate vor der Stabilisierung, die bereits von restriktiven monetären und fiskalen Maßnahmen begleitet waren - und erbrachte eine gleichmäßige Verteilung der Einkommen der Unselbständigen.

Länder, die bereits nach 1919 die der herrschenden Theorie entsprechenden Instrumente zur Verhinderung der Inflation eingesetzt hatten, verzeichneten nicht nur vorübergehende, sondern permanente Arbeitslosigkeit. Verbunden damit waren steigende Reallöhne, die aber auf weniger Lohnbezieher verteilt waren. Die Arbeitslosigkeit verteilte sich nicht auf alle Lohn- und Gehaltsbezieher gleichmäßig, sondern betraf hauptsächlich Jugendliche, Ungelernte und Frauen.

3.2.2.3. Gewinne

Innerhalb der Gewinne lassen sich extreme Ungleichheiten feststellen: Eigentümer von materiellen Produktionsmitteln gewannen einmal als Schuldner - und dies umsomehr, je größer der Kapitalbesitz und der Zugang zu Krediten war - und außerdem wegen der Knappheit der materiellen Ressourcen. Letzteres trifft vor allem auf den durch Hypotheken belasteten landwirtschaftlichen Sektor zu, aber auch auf die anderen Sektoren.

Innerhalb der Industrie führten die ständig wechselnden Marktbedingungen zu einer Konzentration, da jene von den größeren Unternehmen besser ausgenutzt werden konnten. Die Aufnahme von Großkrediten bei Banken und der Einfluß auf die staatliche Wirtschaftspolitik waren Instrumente der Großfirmen, die mit zunehmender Beschleunigung der Inflation immer wirksamer wurden. Kleinere Firmen wiesen eine weit geringere Anpassungsfähigkeit an die Unsicherheit in den Produktions- und Absatzbedingungen auf. Das arbeitende Kapital konnte durch die Verkaufserlöse oft nur in einem ungenügenden Ausmaß ersetzt werden. Der Substanzverlust ließ die Kleinunternehmen zu einem billigen Kaufobjekt werden. Da die österreichische Situation - wie schon in der Monarchie - durch eine weitgehende Kontrolle der Industrie durch die Banken gekennzeichnet war, kann man diese, neben der Landwirtschaft, als Hauptgewinner der Inflation bezeichnen.

Als einer der Hauptverlierer der Inflation wird immer wieder die Mittelklasse angeführt, deren Verluste sich gleichmäßig auf das Großkapital und das Proletariat verteilten. Der Begriff Mittelklasse ist allerdings vage.⁶⁰ Versteht man darunter mittelgroße bürgerliche Betriebe und das Gewerbe, so trifft die Diagnose sicherlich nicht zu. Zählt man dazu Angestellte, Facharbeiter und Besitzer von Vermögenstiteln, so trifft die Beschreibung zu. Andererseits hätten diese Gruppen ihre privilegierte Position wahrscheinlich auch in einer Situation stabiler Preise nicht halten können. Das Verhältnis Löhne zu Gehältern verringerte sich von 1:4 1914 auf 1:2 nach dem Krieg.⁶¹ Daß dies kein Inflationseffekt war, bestätigte die - zwar weniger ausgeprägte, aber dennoch - analoge Entwicklung in Ländern mit stabilem Preisniveau:

... but it is too often forgotten that the main cause of the deterioration of their position was the war and that they belonged to the group best able to bear the burden which in any case had to be born.

ANHANG

Fußnoten zum Vorwort

- ¹C. Bresciani-Turroni, "The Economics of Inflation", Vorwort von L. Robbins, London 1937.
- ²K.W. Rothschild und H. Schmahl, "Beschleunigter Geldwert-schwund", Hamburger Hefte 1972, S. 34.
- ³E. Streissler, "Die Geldwertstabilisierung als wirtschafts-politisches Ziel", in: E. Streissler, L. Beinsen, St. Schleicher, H. Suppanz, "Zur Relativierung des Zieles der Geldwertstabi-lität, Göttingen 1976, S. 10f.
- ⁴Kausel, Nemeth, Seidel, "Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963", Monatsberichte des österr. Institutes für Wirtschafts-forschung, 14. Sonderheft, Wien 1965, S. 15.
- ⁵Charles P. Kindleberger, "Die Weltwirtschaftskrise", München 1973, S. 26f.
- ⁶L. Robbins, a.a.O., S. 6.

Fußnoten zu Kapitel I

- ¹K. W. Rothschild, "Wurzeln und Triebkräfte der österreichischen Wirtschaftsstruktur", in: "Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern heute morgen", Bd 1, Wien 1960, S. 52.
- ²A. Kausel, "Österreichs großer Sprung nach vorn", in: Euro-päische Rundschau, 1973/1, S. 71 - 84, S. 74.
- ³R.L. Rudolph, "Quantitative Aspekte der Industrialisierung in Cisleithanien 1848 - 1914", in: "Die Habsburgermonarchie 1848 - 1918", Bd 1, "Die wirtschaftliche Entwicklung", Hrsg. A. Brusatti, Wien 1973, S. 233 - 249.
- ⁴G. Stolper, "Deutschösterreich als Sozial- und Wirtschafts-problem", München 1921, S. 115.

- ⁵K.W. Rothschild, a.a.O.
- ⁶W. Layton, Ch. Rist, "Die Wirtschaftsfrage Österreichs", Bericht der vom Völkerbund bestellten Wirtschaftsexperten, Wien 1925, S. 29.
- ⁷F. Hertz, "Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Kriege", Wien (o.J.), S. 36.
- ⁸Hertz, a.a.O., S. 25.
- ⁹1883 erfolgte die Abkehr von der Gewerbefreiheit und die Einführung landwirtschaftlicher Marktordnungen. Die freie Teilbarkeit landwirtschaftlicher Anwesen wurde aufgehoben und das Genossenschaftswesen gefördert. Damit war der Fortbestand der kleinbürgerlich-bäuerlichen Sozialstruktur gewährleistet.
- ¹⁰H. Matis, "Leitlinien der österreichischen Wirtschaftspolitik", in: "Die Habsburgermonarchie 1848 - 1918", a.a.O., S. 29 - 68, S. 67.
- ¹¹J. Wysocki, "Die österreichische Finanzpolitik", in: "Die Habsburgermonarchie ...", a.a.O., S. 68 - 105, S. 91.
- ¹²Matis, a.a.O.
- ¹³Hertz, a.a.O., S. 101.
- ¹⁴Hertz, a.a.O., S. 185.
- ¹⁵Hertz, a.a.O., S. 182ff.
- ^{16a}S. Stra_kosch, "Die Grundlagen der Agrarwirtschaft in Österreich", 2. Aufl., Wien 1917.
- ^{16b} Hertz, a.a.O., S. 40.
- ¹⁷G. Gratz, R. Schüller, "Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns", Wien 1930, S. 41.
- ¹⁸Kausel, Nemeth, Seidel, "Österreichs Volkseinkommen 1913 - 1963, Monatsberichte des österr. Institutes für Wirtschaftsforschung, 14. Sonderheft, Wien 1965, S. 37.

- 19 Layton, Rist, a.a.O., S. 48.
- 20 Hertz, a.a.O., S. 86.
- 21 Hertz, a.a.O., S. 87.
- 22 E. März, "Österreichische Industrie und Bankpolitik in der Zeit Franz Joseph des I", Wien 1968.
- 22a Layton, Rist, a.a.O., S. 86.
- 23 Layton, Rist, a.a.O.
- 24 Rothschild, a.a.O., S. 56.
- 25 Gratz, Schüller, a.a.O., S. 189.
- 26 G. Hardach, "Der Erste Weltkrieg", München 1973, S. 65.
- 27 F. Klenner, "Die Österreichischen Gewerkschaften", Eine Monographie, Wien 1974, S. 59.
- 28 Gratz, Schüller, a.a.O., S. 197.
- 29 Hardach, a.a.O., S. 133.
- 30 Walre De Bordes, "The Austrian Crown. Its Depreciation and Stabilization", London 1924, S. 6.
- 31 Gratz, Schüller, a.a.O., S. 46.
- 32 Gratz, Schüller, a.a.O., S. 45.
- 33 Gratz, Schüller, a.a.O., S. 93.
- 34 Hardach, a.a.O., S. 162.
- 35 Gratz, Schüller, a.a.O., S. 166ff. Etwas davon abweichende Zahlen findet man bei: E. Seligmann, "The Cost of The War and How It Was Met", A.E.R. 1919, S. 739 - 777, S. 744. Siehe dazu auch: H. Mendershausen, "The Economics of War", New York 1941, S. 305.
- 36 Siehe Tabelle 10, Seite 44.

- ³⁷F. Fellner, "Das Volkseinkommen Österreichs und Ungarns", Wien 1917.
- ³⁸F. Hertz, "The Economic Problems of the Danubian States", London 1947.
- ³⁹Kausel, Nemeth, Seidel, a.a.O., S. 31.
- ⁴⁰F. Hertz, "Die Produktionsgrundlagen ...", a.a.O., S. 198f.
- ⁴¹Hardach, a.a.O., S. 167.
- ⁴²Hardach, a.a.O., S. 83. Zu dieser kritischen Bemerkung muß einschränkend gesagt werden, daß sich das Friedensgewerbe gerade wegen des Auftragsmangels zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschloß.
- ⁴³Bordes, a.a.O., S. 51.
- ⁴⁴S. Pressburger, "Österreichische Notenbank 1816 - 1966. Geschichte des österreichischen Noteninstitutes", Wien 1966, S. 284.
- ⁴⁵O. Bachmayer, "Die Geschichte der österreichischen Währungs- politik", Wien 1960, S. 121f.
- ⁴⁶G. Schmölders, "Psychologie des Geldes", Hamburg 1966, S. 169.
- ⁴⁷Hardach, a.a.O., S. 183. Siehe dazu auch Seite 51f.
- ⁴⁸R. Kamitz, "Die österreichische Geld- und Währungspolitik von 1848 bis 1948", in: "Hundert Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848 bis 1948", Wien 1949, S. 163 - 172.
- ⁴⁹G. Schmölders, a.a.O.
- ⁵⁰M. Friedman, A.J. Schwartz, "A Monetary History of the United States", Princeton 1963, S. 204.
- ⁵¹Bordes, a.a.O., S. 51.
- ⁵²Bordes, a.a.O.
- ⁵³Kamitz, a.a.O.

- 54 C. Bresciani-Turroni, "The Economics of Inflation. A Study of Currency Depreciation in Post-War Germany 1914 - 1923", London 1937, Second Impression 1953, S. 120f.
- 55 G. Nyblen, "The Problem of Summation in Economic Science. A Methodological Study with Applications to Interest, Money and Cycles", Lund 1951, S. 178.
- 56 Hardach, a.a.O., S. 153f.
- 57 Pressburger, a.a.O., S. 301.
- 58 Pressburger, a.a.O., S. 303.
- 59 Bordes, a.a.O., S. 109.
- 60 Bresciani-Turroni, a.a.O., S. 128ff.
- 61 Bresciani-Turroni, a.a.O., S. 26.
- 62 Bordes, a.a.O., S. 115.
- 63 inklusive Giro Guthaben und Kassenscheine.
- 64 Pressburger, a.a.O., S. 309. Das Außenhandelsdefizit betrug allein in den ersten drei Kriegsjahren elf Milliarden Kronen. Siehe dazu Hardach, a.a.O., S. 154.
- 65 Hardach, a.a.O., S. 160.
- 65a Teilweise handelte es sich bei diesem "Horten" um einen Liquiditätsbedarf für den Schwarzen Markt und für die Rückzahlung von Schulden. Letzteres gilt vor allem für die bäuerliche Bevölkerung.
- 66 Ch. P. Kindleberger, "Die Weltwirtschaftskrise", München 1973, S. 43ff.
- 67 J. M. Keynes, "Vom Gelde", München und Leipzig 1932, S. 435.
- 68 Keynes, a.a.O., S. 435f.
- 69 Keynes, a.a.O., S. 437.
- 70 Hardach, a.a.O., S. 176ff.
- 71 Keynes, a.a.O., S. 439.

- ⁷²Hertz, "Die Produktionsgrundlagen ...", a.a.O., S. 221.
- ⁷³Klenner, a.a.O., S. 73.
- ⁷⁴H. Kallbrunner, "Die Landwirtschaft", in: "Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung in Österreich", Hrsg. J. Bunzel, "Schriften des Vereins für Sozialpolitik", Bd 169, München und Leipzig 1925, S. 5 - 19, S. 18.
- ⁷⁵Hertz, a.a.O., S. 189.
- ⁷⁶Die durchschnittliche Dividende der österreichischen Aktiengesellschaften betrug vor dem Krieg neun Prozent. Das Geschäftsjahr 1917 wurde mit einer durchschnittlichen Ausschüttung von 15 bis 25 Prozent abgeschlossen. Siehe dazu F. Klenner, "Die österreichischen Gewerkschaften", Bd 1, Wien 1951, S. 458.
- ⁷⁷Eine nicht unwichtige, aber nur kurzfristig wirksame Konsequenz der Kriegsgewinne war die Emanzipation der Industrie von den Banken. 1922 hatte die Bankabhängigkeit der Industrieunternehmen aber - anders als in Deutschland - wieder das Vorkriegsausmaß erreicht. Für Deutschland siehe dazu: F. Eulenburg, "Die sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse", in: "Schriften des Vereins für Sozialpolitik", Bd 170, München und Leipzig 1925, S. 87 - 108, S. 96f. Eine weitere Konsequenz, die Entschuldung der Bauern, war jedoch langfristig wirksam.
- ⁷⁸Hardach, a.a.O., S. 189f.
- ⁷⁹Klenner, 1951, a.a.O., S. 404.
- ⁸⁰Klenner, a.a.O., S. 457 und B. Kautsky, "Löhne und Gehälter", in: "Geldentwertung und Stabilisierung ...", a.a.O., S. 105 - 130, S. 107ff.
- ⁸¹Kautsky, a.a.O., S. 110f. Die Gehälter der öffentlichen Bediensteten waren, sowohl hinsichtlich der Realeinkommensverluste als auch hinsichtlich der Mivellierung am stärksten betroffen. Bis 1916 blieben die Gehälter stabil, 1916 erfolgte die erste Anhebung, die zwischen drei und acht Prozent lag. Siehe dazu: A. Madle, "Die Bezüge der öffentlichen Angestellten", in: "Geldentwertung und Stabilisierung ...", a.a.O., S. 131 - 139, S. 133.

Fußnoten zu Kapitel II

- ¹C. Brockhausen, "Die Staatsgewalt", in: Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung in Österreich", a.a.O., S. 239 - 253, S. 241.
- ²O. Bauer, "Die österreichische Revolution", Wien 1923, S. 126.
- ³Bauer, a.a.O., S. 130.
- ⁴Bauer, a.a.O., S. 150.
- ⁵W. Federn, "Die Kriegsbedingungen", in: "Der Österreichische Volkswirt", 11. Jahr, Wien 1919, Nr. 43, S. 803.
- ⁶Die wesentlichsten ökonomischen Bestimmungen des Friedensvertrages waren die Beschlagnahme österreichischen Eigentums im Ausland, eine für Österreich ungünstige Verteilung der Staatsschuld auf die Sukzessionsstaaten, die Konfiskation österreichischen Eigentums in den "Siegerländern", die Valorisierung der Vorkriegsschulden gegenüber ausländischen Gläubigern und ein Generalpfandrecht auf das gesamte Staatsvermögen zugunsten von Reparationsverpflichtungen. Die Aufwertung der Vorkriegsschulden führte später zu einem Übergang der Länderbank und der Anglobank in ausländischen Besitz. Das Generalpfandrecht hatte, obwohl die ursprünglich geplanten Reparationsbelastungen de facto nie zum Tragen kamen, einen Effekt auf die künftige Entwicklung, da sie Mitte 1921 die Möglichkeit, weitere Auslandskredite zu bekommen, behinderten. Siehe dazu: K. Ausch, "Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption", Wien 1968, S. 8f.
- ⁷Wöchentliche Durchschnitte, Bordes, a.a.O., S. 116.
- ⁸K. R. Stadler, "Austria", London 1971, S. 116.
- ⁹K. Renner, "Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik", Bd II, Wien 1953, S. 43. Siehe dazu auch: B. Kautsky, "Die ideologischen Wandlungen im österreichischen Sozialismus", in: "Sozialistische Weltstimmen", 1958.
- ¹⁰Stadler, a.a.O., S. 123.
- ¹¹F. Tremel, "Die wirtschaftliche Situation der Ersten Republik", in: "Österreich in Geschichte und Literatur", 4. Jg., 1960, Österreich 1918 - 1934, S. 94 - 112, S. 101.

- ¹²J. Bunzel, "Das neue Österreich", in: "Geldentwertung und Stabilisierung ...", a.a.O., S. 423 - 477, S. 470.
- ¹³T. Hornbostel, "Fremde Einflüsse auf die Politik der Ersten Republik Österreich", in: "Österreich in Geschichte und Literatur", a.a.O., S. 38 - 47, S. 39.
- ¹⁴Kausel, Nemeth, Seidel, a.a.O., S. 9.
- ¹⁵Kindleberger, a.a.O., S. 30.
- ¹⁶Hardach, a.a.O., S. 7.
- ¹⁷Keynes, a.a.O., S. 439.
- ¹⁸F. Klenner, "Die sozialen Probleme der Ersten Republik", in: "Österreich in Geschichte und Literatur", a.a.O., S. 47 - 62, S. 49.
- ^{18a}Unmittelbar nach dem Waffenstillstand wurden von den Alliierten sogenannte "Relief Missions" institutionalisiert, die Lebensmittellieferungen für die Verliererstaaten organisierten. Die ersten Lebensmittelimporte trafen im Februar 1919 in Österreich ein. Diese Lieferungen wurden durch Kredite der Alliierten und von neutralen Staaten finanziert und waren durch ein Pfandrecht auf österreichisches Staatseigentum abgesichert. Da gemäß dem Friedensvertrag die Reparationsforderungen der Siegermächte ebenfalls durch das österreichische Staatseigentum gesichert waren, führten diese Pfandrechte 1921 und 1922 zu einer entscheidenden Komplikation der Inflationsproblematik, da sie der Erlangung privater Auslandskredite - wegen der fehlenden Sicherheit für die Kreditgeber - im Wege standen. Siehe dazu: Walre De Bordes, a.a.O., S. 7f.
- ¹⁹Bordes, a.a.O., S. 7.
- ²⁰Bordes, a.a.O., S. 8.
- ²¹Klenner, a.a.O., S. 47.
- ²²Layton, Rist, a.a.O., S. 10.
- ²³Inklusive Tiere.
- ²⁴Layton, Rist, a.a.O.
- ²⁵Klenner, a.a.O., S. 48.
- ²⁶Layton, Rist, a.a.O., S. 12.

- 27^{Ch. A. Gulick, "Österreich von Habsburg zu Hitler", Bd 1, Wien 1948, S. 200.}
- 28^{Bresciani-Turroni, a.a.O., S. 40.}
- 29^{Bauer, a.a.O.}
- 30^{Bordes, a.a.O., S. 182.}
- 31^{Gemeint ist Wagners Buch "Russische Papierwährung", Riga 1868.}
- 32^{Bresciani-Turroni, a.a.O., S. 231.}
- 33^{Gleichzeitig blieb das inländische Angebot der Landwirtschaft gegenüber dem Vorjahr unverändert.}
- 34^{Sie wurden Ende 1921 beseitigt.}
- 35^{Dieser Zustrom übertraf die Abwanderung slawischer Beamter aus den Zentralstellen bei weitem.}
- 36^{C. Bachinger, H. Matis, "Der österreichische Schilling", Graz 1974, S. 26.}
- 37^{Dies war mit ein Grund für die im Vergleich zum Volkseinkommen überproportionale Zunahme der Staatsausgaben in der Monarchie.}
- 38^{Mit den deutschsprachigen Beamten der Monarchie übernahm der neue Staat auch das alte Offizierkorps, für das es zwar "keinen Gebrauch" hatte, das man aber auch nicht ohne weiteres "ins Elend stoßen" konnte. Siehe dazu: C. Brockhausen, "Die Staatsgewalt", a.a.O., S. 242.}
- 39^{Bachinger, Matis, a.a.O., S. 26.}
- 40^{Dieser Durchschnitt wird durch die Entwicklung der letzten zwei Monate, die bereits in die Stabilisierungsphase fielen, nach oben verzerrt. Von Oktober bis Dezember nahm die Zahl der Arbeitslosen um mehr als 50.000 zu.}
- 41^{A. Madle, "Die Bezüge der öffentlichen Angestellten", in: "Geldentwertung und Stabilisierung ...", a.a.O., S. 131 - 139, S. 135.}

- ⁴²Bachinger, Matis, a.a.O., S. 31. Die Vermögensabgabe war ursprünglich als Umverteilungsmaßnahme gedacht. Nunmehr war sie nur mehr ein Mittel zur Geldabschöpfung.
- ⁴³H. Patzauer, "Die Staatswirtschaft", in: "Geldentwertung und Stabilisierung ...", a.a.O., S. 263 - 279, S. 266f. Umgekehrt wurden die Einnahmen sogar gebremst.
- ⁴⁴Der in Papierkronen ausgedrückte Preis dürfte sich 1922 mehr als verzwanzigfacht haben. Patzauer, a.a.O., S. 268.
- ⁴⁵Das trifft auch für die Rückzahlung von Auslandsschulden des Staates zu.
- ⁴⁶Ähnlich verlief die Entwicklung in Deutschland. Siehe dazu: Bresciani-Turroni, a.a.O., S. 68.
- ⁴⁷Patzauer, a.a.O., S. 269.
- ⁴⁸Anders war die Situation in Wien, wo es ab 1919 durch verschiedene Methoden gelang, die Verringerung der Einnahmen weitgehend zu kompensieren. Siehe dazu: Layton, Rist, a.a.O., S. 109.
- ⁴⁹Patzauer, a.a.O., S. 276.
- ⁵⁰Patzauer, a.a.O., S. 277.
- ⁵¹Patzauer, a.a.O., S. 272.
- ⁵²Patzauer, a.a.O., S. 273.
- ⁵³Bauer, a.a.O., S. 202.
- ⁵⁴Kindleberger, a.a.O., S. 37.
- ⁵⁵"I shall define hyperinflation as beginning in the month the rise in prices exceeds 50 per cent and as ending in the month before the monthly rise in prices drops below that amount and stays below for at least a year. The definition does not rule out a rise in prices or a rate below 50 per cent per month for the intervening months, and many of these months have rates below the figure." P. Cagan, "The Monetary Dynamics of Hyperinflation", in: H. Friedman (Ed.), "Studies in the Quantity Theory of Money", Chicago 1956, S. 25 - 117, S. 25f.

⁵⁶Ausch, a.a.O., S. 25.

⁵⁷A. Wieser, "Die Verwertungsmöglichkeit der Arbeitskraft in der Industrie", in: "Geldentwertung und Stabilisierung ...", a.a.O., S. 99 - 105, S. 101.

⁵⁸Bresciani-Turroni, a.a.O., S. 182.

⁵⁹Bachinger, Matis, a.a.O., S. 20.

⁶⁰Ausch, a.a.O., S. 6.

⁶¹Bordes, a.a.O., S. 41.

⁶²Bordes, a.a.O., S. 34ff.

⁶³Bordes, a.a.O., S. 42, siehe Fußnote ebendort.

⁶⁴Bordes, a.a.O., S. 48.

⁶⁵Durch die Ende 1921 eingeführte "Geldumsatzsteuer", die alle Banktransaktionen belastete, wurde diese Tendenz noch verstärkt.

⁶⁶Bordes, a.a.O., S. 63.

⁶⁷Bordes, a.a.O.

⁶⁸F. Klezl, "Die Lebenskosten", in: "Geldentwertung und Stabilisierung ...", a.a.O., S. 139 - 161, S. 139.

⁶⁹Die regelmäßige Berechnung eines Großhandelspreisindex erfolgte erst ab 1923, wobei das Jahr 1914 als Basiszeitraum herangezogen wurde.

⁷⁰Bordes, a.a.O., S. 67.

⁷¹Bordes, a.a.O.

⁷²Klezl, a.a.O., S. 147.

⁷³Bei einer Preissteigerung, wie sie in Österreich zwischen 1914 und 1922 zu verzeichnen war, wirkt eine geringe Ungenauigkeit unter Umständen bereits wesentlich verzerrend. Diese Problematik verschärft sich noch, wenn man bedenkt, daß die Erhebung eines Monats als Grundlage für den Index herangezogen wurde. Der Durchschnitt des ersten Halbjahres 1914

wäre eine wesentlich verlässlichere Basis als die Beschränkung auf den Juli desselben Jahres.

⁷⁴Siehe dazu: "Statistisches Handbuch für die Republik Österreich", Hrsg. Bundesamt für Statistik, iii. Jg., Wien 1923, S. 86.

⁷⁵Mitteilungen des Bundesamtes für Statistik, 1922, Nr. 1.

⁷⁶Bordes, a.a.O., S. 89.

⁷⁷Bordes, a.a.O., S. 104.

⁷⁸Von Jänner 1918 bis August 1920 stiegen die Preise für Nahrungsmittel weit schneller als für die anderen drei im Index enthaltenen Gruppen. Danach blieben die Lebensmittelpreise hinter der Entwicklung des Gesamtindex zurück, während die Kosten für Heizung und Beleuchtung überdurchschnittlich zunahmen.

⁷⁹Pressburger, a.a.O., S. 348.

⁸⁰Ausch, a.a.O., S. 19.

⁸¹Bordes, a.a.O., S. 112.

⁸²Die Krone notierte erst ab Ende Juli 1919 in New York.

⁸³C. S. Phillpotts, "Report on the Economic and Commercial Situation of Austria to July 1922", Department of Overseas Trade, S. 11.

⁸⁴Es handelt sich um wöchentliche Durchschnitte. Quelle: Bordes, a.a.O., S. 114 - 139.

⁸⁵Federn, a.a.O.

⁸⁶Bauer, a.a.O., S. 250.

⁸⁷Laursen, Pedersen, "The German Inflation", Amsterdam 1963, S. 86.

⁸⁸Bordes, a.a.O., S. 22.

⁸⁹Bordes, a.a.O., S. 54.

⁹⁰Bresciani-Turroni, a.a.O., S. 142.

⁹¹Bordes, a.a.O., S. 24.

⁹²Bordes, a.a.O., S. 141.

Fußnoten zu Kapitel III

- ¹"The Economic Journal", Sept. 1938, S. 507 - 513.
- ²Bresciani-Turroni, a.a.O., S. 42.
- ³Im Herbst 1921 verabschiedete eine vom Völkerbund einberufene Konvention eine Resolution, in der unter anderem folgendes stand: "The close connection between budget deficits and the cost of living which is causing such sufferings and unrest throughout the world is far from being recognized." Die Resolution endete mit dem Satz: "The country which accepts the policy of budget deficits is threading the slippery path which leads to general ruin, to escape from that path no sacrifice is too great." Zitat nach Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 32.
- ⁴Eine ähnliche, wenig bekannte Auseinandersetzung gab es bereits im 18. Jahrhundert in Schweden. Siehe dazu: J. Myhrman, "Experiences of Flexible Exchange Rates in Earlier Periods: Theories, Evidence and a New View. A Paper presented to the Seminar on Flexible Exchange Rates and Stabilization Policy", Stockholm 1975, S. 13 - 17.
- ⁵P. Einzig, "The History of Foreign Exchange", Mac Millan 1970, S. 203.
- ⁶J. Viner, "Studies in the Theory of International Trade", New York, London 1937, S. 138. Zitiert nach Myhrman, a.a.O.
- ^{6a}This general tendency is illustrated by the approximate equality between American and British prices in gold from 1880 to 1930. G. Nyblen, "The Problem of Summation in Economic Science", a.a.O., S. 178.
- ⁷Myhrman, a.a.O., S. 20.
- ⁸W. E. Gibson, G. G. Kaufman (eds.), "Monetary Economics, Readings in Current Issues", New York, St. Louis, San Francisco 1971, S. 1.
- ⁹Siehe dazu: W. A. Norton, "The Trade Unionism, Full Employment and Inflation", in: R. J. Ball, P. Doyle (eds.), "Inflation", 1969, S. 99 - 117.
- ¹⁰St. Koren, Kleine Zeitung, 14.1.1975.
- ¹¹Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 22f.
- ¹²C. Napoleoni, "Grundzüge der modernen ökonomischen Theorien",

Frankfurt 1968, S. 15.

¹³G. Maynard, W. Ryckeghem, "A World of Inflation", London 1976, S. 8.

¹⁴Eine dritte Form wäre die Gleichung Fishers, die aber zum Unterschied zur Cambridge Version und der Theorie Wicksells keine Erklärung dafür liefert, warum das Preisniveau proportional mit der Geldmenge steigt. Fisher versucht vielmehr, empirisch zu untermauern, daß eine solche Beziehung existiert.

^{14a}Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 24.

¹⁵Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 25.

¹⁶G. Cassel, "Money and Foreign Exchange after 1914", London 1922, S. 138 - 140. Zitiert nach Myhrman, a.a.O., S. 20.

¹⁷Myhrman, a.a.O., S. 21.

¹⁸Robinson, a.a.O., S. 508.

¹⁹Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 33. In diese Kategorie fällt auch, fast 50 Jahre später, die Erklärung der Inflation durch K. Aussch. Er sah die Hauptursachen in der völlig verfehlten Finanzpolitik und in "wüster" Spekulation. K. Aussch., a.a.O., S. 18. und S. 20.

²⁰Bresciani-Turroni, a.a.O., S. 42.

²¹Dieser Faktor wurde vor allem in Deutschland immer wieder hervorgehoben. Die extreme Belastung durch Reparationen spielte hier eine ähnliche Rolle in ihren Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz wie der Zerfall der Monarchie für Österreich.

²²Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 35.

²³K. Helfferich, "Das Geld", Leipzig 1923.

²⁴Helfferich, a.a.O., S. 648. Das Wort Inflation wird hier in einem engen Sinn als eine durch vermehrte Papiergeldausgabe hervorgerufene Preissteigerung verstanden.

²⁵Robinson, a.a.O., S. 510.

²⁶Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 37.

²⁷Siehe dazu Keynes Kommentar zu Cassels Artikel "The Depreciation

of the German Mark", Economic Journal, Dec. 1919, S. 506.

- ²⁸Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 37. Siehe dazu auch: Myhrman, a.a.O., S. 21ff.
- ²⁹J. Tinbergen, "Economic Models for the Explantation of Inflation", in: G. Bombach (ed.), "Stabile Preise in wachsender Wirtschaft. Das Inflationsproblem", S. 115 - 125, S. 115.
- ³⁰Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 42.
- ³¹Laursen, Pedersen, a.a.O.
- ³²Laursen, Pedersen, a.a.O., Kap. IV und V und J. Pedersen, "Einige Bemerkungen zur deutschen Inflation von 1919 bis 1923." Zeitschrift f. d. gesamte Staatswissenschaft, Bd 122, 1966, S. 418 - 430.
- ³³Pedersen, a.a.O., S. 420.
- ³⁴Pedersen, a.a.O., S. 422.
- ³⁵Pedersen, a.a.O., S. 422 und 423f.
- ³⁷Siehe dazu: L. Beinsen, "Auswirkungen der Inflation auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen", in: Streissler et.al., S. 122 - 160, S. 126 - 144.
- ³⁸Dieser "mystische Terminus" erweckt den Eindruck als ob die Lohnbezieher durch die steigenden Preise zu einer Reduktion ihrer Konsumausgaben gezwungen werden. Laursen und Pedersen weisen aber darauf hin, daß dies in Wirklichkeit auf die geringe Produktivität zurückzuführen ist. Niedrigere Preise würden größere Arbeitslosigkeit und ein noch geringeres Konsumvolumen für die gesamte Gruppe der Lohnbezieher bedeuten. Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 73.
- ³⁹E. Streissler et.al., a.a.O., S. 42.
- ⁴⁰Etwa das klassische Werk Bresciani-Turronis, a.a.O.
- ⁴¹Layton, Rist, a.a.O., S. 73.
- ⁴²In Deutschland zählten die Banken zu den Inflationsverlierern. Siehe dazu Bresciani-Turroni, a.a.O., S. 212.
- ⁴³Es spricht einiges für diese Aussage, obwohl auch sie in

Zweifel gezogen werden kann. Siehe dazu: Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 97.

⁴⁴R. Strigl, "Das industrielle Kapital", in: "Geldentwertung und Stabilisierung ...", a.a.O., S. 74ff.

⁴⁵Bresciani-Turroni, a.a.O., S. 219.

⁴⁶Kindleberger, a.a.O., S. 32.

⁴⁷Kausel et.al., a.a.O., S. 17.

⁴⁸Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 97.

⁴⁹Ausch, a.a.O., S. 13.

⁵⁰Siehe dazu zum Beispiel: E. März, "Soziale Reform und Sozialisierungsdebatte in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg", in: W. Frühauf, "Wissenschaft und Weltbild", Wien 1975, S. 399 - 431.

⁵¹Gulick, a.a.O., S. 442.

⁵²E. Lederer, "Die soziale Krise in Österreich", in: "Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik", Bd 48, Tübingen 1921, S. 681.

⁵³B. Kautsky, "Löhne und Gehälter", in: "Geldentwertung und Stabilisierung...", a.a.O., S. 106.

⁵⁴K. Rothschild, "Austria's Economic Development between the two wars", London 1947, S. 27.

⁵⁵Kautsky, a.a.O., S. 112.

⁵⁶Die Verschiebung zugunsten des Lohnanteiles bleibt auch bei Berücksichtigung der Veränderung des Anteiles der Lohn- und Gehaltsabhängigen an der Gesamtheit der Erwerbstätigen eindeutig.

⁵⁷Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 119.

⁵⁸H. Szecsi, "Der Lohnanteil am österreichischen Volkseinkommen 1913 - 1967", Schriftenreihe der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien 1969, S. 21.

⁵⁹Szecsi, a.a.O., S. 23.

⁶⁰Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 121.

⁶¹Kausel et.al., a.a.O., S. 15.

⁶²Laursen, Pedersen, a.a.O., S. 121.

LITERATURVERZEICHNIS

- Ausch K., "Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption", Wien 1968.
- Bachinger C., H. Matis, "Der österreichische Schilling", Graz 1974.
- Bachmayer O., "Die Geschichte der österreichischen Währungs-politik", Wien 1960.
- Bauer O., "Die österreichische Revolution", Wien 1923.
- Ball R. J., P. Doyle (eds.), "Inflation", 1969.
- Beinsen L., "Auswirkungen der Inflation auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen", in: E. Streissler, L. Beinsen, St. Schleicher, H. Suppanz, "Zur Relativierung des Zieles der Geldstabilität", Göttingen 1976.
- Bordes Walré de, "The Austrian Crown, Its Depreciation and Stabilization", London 1924.
- Bresciani-Turroni C., "The Economics of Inflation, A Study of Currency Depreciation in Post-War Germany 1914 - 1923", London 1937, Second Impression 1953.
- Brockhausen C., "Die Staatsgewalt", in: "Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung in Österreich", Hrsg. J. Bunzel, Schriften des Vereins für Sozialpolitik", Bd 169, München und Leipzig 1925.
- Bunzel J., "Das neue Österreich", in: "Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung in Österreich", Hrsg. J. B., "Schriften des Vereins für Sozialpolitik", Bd 169, München und Leipzig 1925.
- Cagan P., "The Monetary Dynamics of Hyperinflation", in: M. Friedman (ed.), "Studies in the Quantity Theory of Money", Chicago 1956.
- Cassel G., "Money and Foreign Exchange after 1914", London 1922.

- Einzig P., "The History of Foreign Exchange", Mac Millan 1970.
- Eulenburg F., "Die sozialen Wirkungen der Verhältnisse",
in: "Schriften des Vereins für Sozialpolitik", Bd 170,
München und Leipzig 1925.
- Federn W., "Die Friedensbedingungen", in: "Der österreichische
Volkswirt", 11. Jahr, Wien 1919, Nr. 43.
- Fellner F., "Das Volkseinkommen Österreichs und Ungarns, Wien 1917.
- Friedman M., A. J. Schwartz, "A Monetary History of the United
States 1867 - 1960", Princeton 1963.
- Friedman M., (ed.) "Studies in the Quantity Theory of Money",
Chicago 1956.
- Gibson W. E., G. G. Kaufman (eds.), "Monetary Economics, Readings
in Current Issues", New York, St. Louis, San Francisco 1971.
- Gratz G., R. Schüller, "Der wirtschaftliche Zusammenbruch
Österreich-Ungarns", Wien 1930.
- Gulick Ch. A., "Österreich von Habsburg zu Hitler", Wien 1948.
- Hardach G., "Der Erste Weltkrieg", München 1973.
- Helffferich K., "Das Geld", Leipzig 1923.
- Hertz F., "Die Produktionsgrundlagen der österreichischen In-
dustrie vor und nach dem Kriege", Wien (o.J.).
- Hertz F., "The Economic Problems of the Danubian States", London
1947.
- Hornbostel T., "Fremde Einflüsse auf die Politik der Ersten
Republik Österreich", in: "Österreich in Geschichte und
Literatur", 4. Jg., 1960.
- Kallbrunner H., "Die Landwirtschaft", in: "Geldentwertung und
Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Ent-
wicklung in Österreich", Hrsg. J. Bunzel, "Schriften des
Vereins für Sozialpolitik", Bd 169, München und Leipzig
1925.
- Kausel A., "Österreichs großer Sprung nach vorn", in: Europäische
Rundschau 1973/1, S. 71 - 84.

- Kausel, Nemeth, Seidel, "Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963", Monatsberichte des österr. Institutes für Wirtschaftsforschung, 14. Sonderheft, Wien 1965.
- Kautsky B., "Die ideologischen Wandlungen im österreichischen Sozialismus", in: "Sozialistische Weltstimmen", 1958.
- Kautsky B., "Löhne und Gehälter", in: Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung in Österreich, Hrsg. J. Bunzel, "Schriften des Vereins für Sozialpolitik", Bd 169, München und Leipzig 1925.
- Keynes J. M., "Vom Gelde", München und Leipzig 1932.
- Kindleberger Ch. P., "Die Weltwirtschaftskrise", München 1973.
- Klenner F., "Die Österreichischen Gewerkschaften", Eine Monographie, Wien 1974.
- Klenner F., "Die Österreichischen Gewerkschaften", Wien 1951.
- Klenner F., "Die sozialen Probleme der Ersten Republik", in: "Österreich in Geschichte und Literatur", 4. Jg., 1960.
- Klezl F., "Die Lebenskosten", in: "Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung in Österreich", Hrsg. J. Bunzel, "Schriften des Vereins für Sozialpolitik", Bd 169, München und Leipzig 1925.
- Laursen, Pedersen, "The German Inflation", Amsterdam 1963.
- Layton W., Ch. Rist, "Die Wirtschaftsfrage Österreichs", Bericht der vom Völkerbund bestellten Wirtschaftsexperten, Wien 1925.
- Lederer E., "Die soziale Krise in Österreich", in: "Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik", Bd 48, Tübingen 1921.
- Madle A., "Die Bezüge der öffentlichen Angestellten", in: Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung in Österreich, Hrsg. J. Bunzel, "Schriften des Vereins für Sozialpolitik", Bd 169, München und Leipzig 1925.

- März E., "Österreichische Industrie und Bankpolitik in der Zeit Franz Joseph des I", Wien 1968.
- März E., "Soziale Reform und Sozialisierungsdebatte in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg", in: W. Frühauf, "Wissenschaft und Weltbild", Wien 1975.
- Matis H., "Leitlinien der österreichischen Wirtschaftspolitik", in: "Die Habsburgermonarchie 1848 - 1918", Hrsg. A. Brusatti, Wien 1973.
- Maynard G., W. Ryckeghem, "A World of Inflation", London 1976.
- Mendershausen H., "The Economics of War", New York 1941.
- Mitteilungen des Bundesamtes für Statistik, 1922, Nr. 1.
- Morton W. A., "The Trade Unionism, Full Employment and Inflation", in: R. J. Ball, P. Doyle (eds.), "Inflation", 1969.
- Myhrman J., "Experiences of Flexible Exchange Rates in Earlier Periods: Theories, Evidence and a New View", A Paper presented to the Seminar on Flexible Exchange Rates and Stabilization Policy, Stockholm 1975.
- Napoleoni C., "Grundzüge der modernen ökonomischen Theorien", Frankfurt 1968.
- Nyblen G., "The Problem of Summation in Economic Science, A Methodological Study with Applications to Interest, Money and Cycles", Lund 1951.
- Patzauer H., "Die Staatswirtschaft", in: "Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung in Österreich", Hrsg. J. Bunzel, "Schriften des Vereins für Sozialpolitik", Bd 169, München und Leipzig 1925.
- Pedersen J., "Einige Bemerkungen zur deutschen Inflation von 1919 bis 1923", in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd 122, 1966.

- Phillpotts O. S., "Report on the Economic and Commercial Situation of Austria to July 1922", Department of Overseas Trade.
- Pressburger S., "Österreichische Notenbank 1816 - 1966. Geschichte des österreichischen Noteninstitutes", Wien 1966.
- Renner K., "Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik", Wien 1953.
- Robinson J., Besprechung des Buches von Bresciani-Turroni, "The Economics of Inflation, A Study of Currency Depreciation in Post-War Germany 1914 - 1923", London 1937 in: "The Economic Journal", Sept. 1938.
- Rothschild K. W., H. Schmahl, "Beschleunigter Geldwertschwund", Hamburger Hefte 1972.
- Rothschild K. W., "Wurzeln und Triebkräfte der österreichischen Wirtschaftsstruktur", in: "Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern heute morgen, Wien 1960.
- Rothschild K. W., "Austria's Economic Development between the two Wars", London 1947.
- Schmölders G., "Psychologie des Geldes", Hamburg 1966.
- Seligmann E., "The Cost of the War and How It Was Met", A.E.R. 1919, S. 739 - 777.
- Stadler K. R., "Austria", London 1971.
- Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, Hrsg. Bundesamt für Statistik, iii. Jg., Wien 1923.
- Stolper G., "Deutschösterreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem", München 1921.
- Strakosch S., "Die Grundlagen der Agrarwirtschaft in Österreich", 2. Aufl., Wien 1917.

Streissler E., "Die Geldwertstabilität als wirtschaftspolitisches Ziel", in: "E. Streissler, L. Beinsen, St. Schleicher, H. Suppanz, "Zur Relativierung des Zieles der Geldwertstabilität", Göttingen 1976.

Szececi M., "Der Lohnanteil am österreichischen Volkseinkommen 1913 - 1967", Schriftenreihe der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien 1969.

Tremel F., "Die wirtschaftliche Situation der Ersten Republik", in: "Österreich in Geschichte und Literatur", 4. Jg, 1960.

Tinbergen J., "Economic Models for the Explanation of Inflation", G. Bombach (ed.), "Stabile Preise in wachsender Wirtschaft. Das Inflationsproblem", S. 115 - 125.

Viner J., "Studies in the Theory of International Trade, New York, London 1937.

Wysocki J., "Die österreichische Finanzpolitik", in: "Die Habsburgermonarchie 1848 - 1918, Hrsg. A. Brusatti, Wien 1973.